

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Theorie und Praxis.

Ein Nachwort zum Dresdener Parteitage.

Wenigleich seit dem Schluß der Dresdener Tagung über vierzehn Tage vergangen sind und in den meisten Wahlkreisen die Berichterstattung über die Dresdener Vorgänge bereits erledigt ist, steht doch das gesamte Parteileben noch immer ausschließlich unter dem Eindruck der Dresdener Debatten; in der Parteipresse wie in den Parteiverfassungen treten alle andern politischen Fragen völlig zurück hinter der leidenschaftlichen Diskussion über Ursache, Zweck, Bedeutung der Streitigkeiten auf dem diesjährigen Parteitage.

In diesen Erörterungen der letzten Tage ist auch wieder mehrmals, wie schon früher, die auf gänzlicher Verkenntung der treibenden Kräfte des heutigen Parteizwistes beruhende Behauptung ausgesprochen worden: alles Unheil käme nur von dem Janus der Theoretiker und würde alsbald verschwinden, wenn diese schweigen wollten. Besonders aus den Kreisen jener Arbeiter, die körperlich schwer um ihre Existenz zu ringen haben, ist in den letzten Tagen manch verstimmenes Wort über die „theoretischen Haarspaltereien“ gefallen und dem mäßigen Theoretisieren als etwas viel Wichtigeres die praktische Kleinarbeit im Dienste der Partei gegenübergestellt worden. Begreiflich sind derartige Ansichten. Unbekannt mit den geistigen Lebensbedingungen der socialistischen Bewegung, sehen die in dieser Weise Sprechenden, wie die theoretischen Streitigkeiten Uneinigkeit in die kämpfenden Reihen tragen, und da sie wieder sich in den verschiedenen Theorien zurecht zu finden vermögen, noch die Verflüchtungen des politischen und wirtschaftlichen Status erkennen, die in der Verschiedenheit dieser Theorien zum Ausdruck kommen, so liegt ihnen die Folgerung durchaus nahe, daß an dem ganzen theoretischen Streit, der sich seit Jahren in der Partei fortspinnet, nur die persönliche Haberdienst der Theoretiker schuld ist und dann, wenn diese sich „gegenseitig ausgefreien“ haben, wieder harmonische Eintracht herrschen würde. Es ist dieselbe Art der Schlussfolgerung, die zu Anfang der maschinellen Großproduktion manche Arbeiter, die sich durch das Eindringen der Maschine in ihr Gewerbe geschädigt fühlten und nicht die Bedeutung der neuen Produktionsform für die Konstituierung der Arbeiterklasse als politischen Machtfaktor erkannten, zur Zerstörung der Maschinen trieb — in der naiven Annahme, daß, wenn diese zertrümmert seien, das alte Arbeitsverhältnis wieder hergestellt würde. Und zu dieser völligen Verleumdung der Aufgaben der socialistischen Theorie im politischen Kampf gefügt sich ein letzter Rest jener innerhalb der intelligenten Arbeiterkreise mehr und mehr aussterbenden Auffassung, daß nur die körperliche Arbeit eine eigentliche Anstrengung erfordert und deshalb z. B. auch das Flugblattstricken etwas viel Verdienstvolleres sei als das Flugblattschreiben.

Thatsächlich ergibt sich aus den Dresdener Debatten und den sich an sie anschließenden Erörterungen in den Parteiverfassungen nicht die Unnützigkeit der Theorie, sondern umgekehrt die Forderung einer größeren theoretischen Vertiefung. Was soll es zum Beispiel heißen, wenn von sogenannten Praktikern erklärt wird: „Was kümmert uns der ganze theoretische Hader, wenn nur die Taktik feststeht.“ Kann denn eine Taktik feststehen, die nicht auf einer bestimmten theoretischen Grundlage fußt? Taktik ist die Art und Weise unseres politischen Handelns, die Methode unserer politischen Kampfführung; diese Methode führt aber doch nicht abseits von aller Theorie ihr besonderes eignes Leben. Sie ist, wenn auch die jeweiligen politischen Lebensumstände sie naturgemäß beeinflussen, doch in ihrem Hauptzug bestimmt durch das Ziel des Kampfes und die aus der socialen Entwicklungsrichtung sich ergebenden Bedingungen für das Ans-Ziel-Gelangen. Die Erkenntnis des Entwicklungszieles wie die Markierung des zu ihm führenden Weges ist aber nur durch die theoretische Untersuchung möglich.

Es ist allerdings auch gesagt worden, das Ziel sei nichts, die Bewegung alles. Der Ausspruch zeugt aber nur von einer gleichigen Begriffsverwirrung wie der obige. Im Gegenteil, die bloße Bewegung an und für sich ist nichts; sie ist nur insofern etwas, als sie Bewegung zu einem bestimmten Ziel ist. Es kommt nicht darauf an, daß überhaupt marschiert wird, planlos und richtungslos, bald dahin, bald dorthin, wo Augenblicks-Vorteile locken, sondern daß in der Richtung auf ein festes Ziel marschiert wird und zwar, soweit Terrain und Widerstände es gestatten, in gerader Richtung. Der Theorie fällt dabei die Aufgabe zu, das Ziel zu zeigen und zugleich in den unbekanntem Gründen, durch die der Marsch führt, nach bestem Können Wegweiser aufzustellen.

Daraus ergibt sich zugleich, daß nur die Theorie einigermaßen richtige Kriterien für die Abschätzung der im politischen Kampfe erlangenen Erfolge und Stellungen liefert. Inmitten des täglichen Kampfgewirrs besteht immer die Gefahr einer Ueber- oder Unterschätzung der jeweiligen Vor- oder Nachteile, denn es ist nur allzu natürlich, daß im Kampfgetriebe das Erreichte nach den Anstrengungen, die es gekostet, oder nach dem Eindruck, den der Verlust in den feindlichen Reihen hervorruft, beurteilt wird. Aber solche Augenblickskriterien führen fast stets zu einer falschen Wertschätzung. Ein annähernd richtiges Werturteil erhalten wir immer nur dann, wenn wir die erlangenen Erfolge daraufhin prüfen, wie weit sie uns dem Endziel, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Abschaffung des feindlichen Lohnsystems, näher bringen.

Es sind demnach 25 Jahre seit dem Erlaß des Socialistengesetzes vergangen: ein Vierteljahrhundert harten Kampfes und glänzender Erfolge, aber auch manches Meinungsstreites im Innern unserer Partei. Prüft man von der heute erlangten Etappenstation

aus die hinter uns liegende Wegstrecke, die Urteile, die im Lauf dieser 25 Jahre über so manche politischen Vorgänge immer und außerhalb der socialistischen Parteibewegung gefällt worden sind, dann drängt sich neben stolzen Erinnerungen an miterlebte alte Kämpfe oft die Frage auf, wie konnte man nur damals diese oder jene Position, dieses oder jenes Ereignis in seiner Bedeutung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse so sehr über- oder auch unterschätzen. Und immer ergibt sich als Antwort, daß damals die betreffenden Vorgänge allzu einseitig aus der Augenblicks-Situation heraus beurteilt worden sind.

Für solche Abschätzungen liefert die Theorie mit ihrem Hinweis auf das Ziel und die schwereren Bedingungen des Vorwärtsgelagens zum Ziel ein wertvolles Korrektiv, das, wenn es auch Ueberschätzungen der Tageskampf-Erfolge nicht vorbeugt, da gerade in Zeiten frohen Sieges das Gemüt am stärksten beim Urteilen mitwirkt, doch zu nächsternem Abwägen anhält — zu nächsterner Betrachtung im einzelnen, nicht des großen Gesamtkampfes der Arbeiterklasse, denn gerade dadurch, daß die Theorie immer wieder auf unser hohes Ziel hinweist, entfacht sie den Enthusiasmus, erzeugt sie jene Hingebung, die bisher so viel geleistet hat. Nur große Ziele können begeistern, nicht der tägliche gleichförmige Kampf mit seinen unvermeidlichen Widerwärtigkeiten.

Gewöhnlich wird mit dem Angriff auf das „unnütze Theoretisieren“ eine Lobeshymne auf die praktische Arbeit des Agitierens verbunden. Ja läßt sich denn eine klare, großzügige Agitation, die nicht bloß zu einer bestimmten politischen Handlung, z. B. zur Stimmabgabe, fortzweigen, sondern in die socialistische Gedankenwelt einführen will, ohne eine mit der socialen Entwicklung fortschreitende Theorie betreiben? In einzelnen Fällen mag ja der Hinweis auf vorhandene Mängel und die elende Lage der unteren Volksschichten oder die Appellation an das Gefühl genügen; wie aber, wenn der Gegner sein Verhalten durch allerlei der liberalen Weltanschauung entlehnte politische und wirtschaftliche Theorien, durch Bezugsnahme auf angebliche Naturgesetze usw. zu begründen sucht? Dann hilft doch nichts anderes, als diesen die socialistischen Theorien gegenüberzustellen und zu begründen. Besonders aber weisen gerade die letzten Wahlen der Theorie ein weites Agitationsfeld zu. Die socialdemokratische Partei ist infolge der Schwäche des deutschen Liberalismus mehr und mehr zur alleinigen energischen Vertreterin der modernen Kulturforderungen, zur Beförderin der demokratischen Grundgedanken gegenüber der feudalmilitaristischen Herrschaft geworden: eine Aufgabe, die in andern Kulturländern von radikal-liberalen Parteien übernommen ist. Diese Stellung der socialdemokratischen Partei im politischen Leben der Gegenwart hat ihr bei den letzten Wahlen eine Menge Wähler und Mitläufer zugeführt, die in England, Frankreich oder der Schweiz sich größtenteils als Liberal-Radikale, socialistische Radikale oder Demokraten fühlen würden, die aber in Deutschland, obgleich sie die eigentlichen socialistischen Forderungen ablehnen, doch socialdemokratisch stimmen und teilweise auch in ihren Kreisen für unsere Kandidaten agitieren, weil sie allein von diesen eine entschiedene Vertretung demokratischer Prinzipien, eine rücksichtslose Opposition gegen die hundertfach feudalen Gezeiten in unserem Staatsleben erhoffen. Und neben diesen oppositionellen Elementen führt uns, seit die Partei sich immermehr in die Breite dehnt, auch die rein mechanische Kraft der Anziehung des großen politischen Körpers manche Zugiehenden aus bürgerlichen Kreisen zu, die uns früher, als das Bekenntnis zum Socialismus noch eine Verfeinerung in der sogenannten guten Gesellschaft zur Folge hatte, wohlbedacht fernblieben. Diese Masse in die socialistische Weltanschauung einzuführen, sie zu disciplinieren und dem Körper der Socialdemokratie zu assimilieren, das ist die Aufgabe der nächsten Zeit — eine weit wichtigere als die Erringung einiger neuer Wahlsiege; denn so erwünscht uns auch dieser Zuzug als Verstärkung unserer Macht sein mag, so wird doch das Zahlenverhältnis der alten socialistisch fühlenden und denkenden Genossen zu diesen neuen Elementen mehr und mehr ein derartiges, daß dadurch dem proletarischen Charakter der socialistischen Bewegung Abbruch geschieht. Und diese Einführung in die socialistische Ideenwelt kann nur die Theorie leisten, nur sie allein!

Der Arbeiter, der sich unserer Partei anschließt, kommt unter ganz andern Umständen zu uns, als jener bürgerliche Zuzug. Der junge Arbeiter, der sich uns anschließt, ist vielleicht noch in naiver religiöser Anschauung befangen und bringt noch allerlei seltsame Begriffe über die Faktoren des gesellschaftlichen Lebens mit; aber in politischer Hinsicht ist er meist noch unberührt. Sein Gemüt ist, wenn man so sagen darf, noch unbeschnittener jungfräulicher Boden, der sich infolge eines fast immer vorhandenen natürlichen Klassen-gefühls als vortrefflich empfänglich für die socialistische Gedankenwelt erweist. Das ist bei den meisten Anschließenden aus bürgerlichen Kreisen anders, und zwar in desto stärkerem Grade, je intelligenter und charakterfester sie sind. Schule, Familie, gesellschaftlicher Verkehr und Berufstätigkeit haben hier durchweg schon einen bestimmten, mit der socialistischen Gedankenwelt kontrastierenden Anschauungskomplex geprägt; mancher war vielleicht auch liberaler Parteigänger und hat liberale Theorien in sich aufgenommen. Der Appell an das Klassengefühl verfaßt hier völlig; der neue Mitläufer kann nur dadurch zu einem bewußten Socialdemokraten werden, daß die socialistischen Theorien in ihm die liberalen niederringen.

Und noch in anderer Hinsicht hat die socialistische Theorie eine gewaltige Aufgabe zu lösen: nämlich in den socialen Wissenschaften die socialistische Auffassung zur Geltung zu bringen. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit hat manche mächtige Volksbewegung gesehen, aber nur jene haben sich längere Zeit behauptet und in der Geschichte ihre unverwischbaren Spuren hinterlassen, die dem geistigen Leben ihrer

Epochen den Stempel ihrer socialen Grundanschauung aufzudrücken vermochten. Auch der Socialismus wird, politisch zur Herrschaft gelangt, sich nur dann behaupten können, wenn er zugleich das geistige Leben revolutioniert und auf dem Gebiet der socialen Wissenschaften sich zur Geltung bringt. Ein Anfang ist dazu schon gemacht, wenn auch das meiste noch zu thun bleibt. In die Nationalökonomie, Sociologie, Historik, überall sehen wir die socialistische Auffassung vordringen, begleitet von dem Geizter der bürgerlichen Presse, die voll Ingrimm über die Umwertung der alten liberalen Werte klagt. Kergerlich sieht sie, wie die Nationalökonomie unter den Einfluß Marx'scher Lehren gerät, wie von den Universitäts-Lehrstühlen herab der akademischen Jugend das „socialistische Gift“ eingeträufelt wird, wenn auch meist in kalther-socialistischer verdünnter Lösung, wie in die Geschichtswissenschaft die ökonomische Kaufabstrachtung ihren Einzug hält.

In unsren eignen Reihen mißt man leider dieser Revolutionierung der Wissenschaften vielfach nur geringe Bedeutung bei. Allzu praktisch geworden, überschätzt man die tägliche agitatorische Kleinarbeit, während die Eroberungen der socialistischen Auffassung auf wissenschaftlichem Gebiet kaum beachtet werden. Zweifelloos wird auch in diesem Punkt eine spätere Zeit ganz andere Maßstäbe anlegen. Bürgerliche Intelligenzen haben schon heute für die Gefahr, die der heutigen Gesellschaft durch dieses Vordringen droht, durchweg ein viel feineres Verständnis.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Oktober.

Chamberlains Programm.

Chamberlain hielt am Dienstag in Glasgow in einer Versammlung eine neue Programmrede. Mit stürmischem Jubel begrüßt, führte er aus, obwohl Glasgow die Geburtsstätte des Freihandels sei, habe er sich nicht gesüßelt, hierher zu kommen, um die Zollfreie Einfuhr zu bekämpfen, und er fürchte sich noch weniger davor, die Vorzugsbehandlung der Kolonien zu predigen. Chamberlain wärmte sodann Balfour Worte wärmster Anerkennung und erklärte, nichts sei geschehen, was irgendwie die Freundschaft und das Vertrauen zwischen ihm und dem Premierminister beeinträchtigen könnte.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Chamberlain aus, das Land wünsche für die Zollfrage heranzubekommen zu werden, und er sei der Pionier dafür. Er sei Optimist und wäre wohl geneigt, weiter zu gehen als das offizielle Programm, aber sei denn das Land ebenso geneigt, weiter zu gehen? (Rufe: ja, wenige Segenrufe: nein.) Der Kampf, auf den er das Land gerüstet zu sehen wünsche, sei derart, daß wenn es unterliegen sollte, es schließlich seine Stellung unter den Nationen verlieren würde. Der Handel Englands stagniere seit 30 Jahren. Die Ausfuhr habe in dieser Zeit um 20 Millionen Pfund Sterling zugenommen, wogegen die Ausfuhr der Vereinigten Staaten um 110 Millionen, die Deutschlands um 66 Millionen Pfund Sterling gestiegen sei. In den letzten 30 Jahren hätte der Export Englands nach den fremden Ländern um 46 Millionen jährlich abgenommen und der Export nach den Kolonien um 40 Millionen jährlich zugenommen; der Handel nach den Kolonien sei der schäblichste Teil des englischen Handels. In derselben Zeit sei der Import aus fremden Ländern von 63 auf 149 Millionen gestiegen. Wenn der koloniale Handel nicht zunimmt im Verhältnis zu unserer Bevölkerung und mit der Abnahme unseres auswärtigen Handels, so müssen wir zu einer Nation fünften Ranges herabsinken; unser Geschick muß das der vergangenen Reiche sein. Auch unser Handel im Reich würde zurückgehen, wenn wir nicht Schritte thun, dies zu verhindern, so lange es noch Zeit ist. Die Kolonien wären bereit, uns mit einer mäßigen Bevorzugung entgegen zu kommen, und nach meiner Berechnung würden wir 26 Millionen Pfund von dem fremden Handel mit unsren Kolonien an uns reißen, und so 750 000 Menschen beschäftigen und fast vier Millionen Menschen unserer Bevölkerung unterhalten können. Chamberlain wies sodann mit Nachdruck darauf hin, daß er keinen Zoll auf Rohmaterial vorschläge; wenn England aber wüßte, den Kolonialhandel zu erobern und eine Trennung zu verhindern, so müsse man die Lebensmittel besteuern. Trotzdem würden durch keinen seiner Vorschläge aber die Unterhaltungskosten einer Familie des Landes auch nur um einen Farthing erhöht werden. Sein vorläufiger Plan gehe dahin, einen Zoll von zwei Schilling auf fremdes Getreide und einen entsprechenden Zoll auf Mehl, auf das Getreide aus den britischen Besitztungen aber keinen Zoll zu legen. Er schlage ferner vor, einen Zoll von 5 Proz. auf fremde Fleisch- und Wollereiprodukte, mit Ausnahme von Speck zu legen und den Kolonien eine wesentliche Bevorzugung ihrer Weine und Früchte zu gewähren. Er mache andererseits den Vorschlag, nur Dreiviertel des Zolles auf Thee und nur die Hälfte des Zuckerzolles zu erheben und eine entsprechende Herabsetzung des Zolles auf Kaffee und Kakao einzutreten zu lassen. Die neuen Zölle würden die Ausgaben des ländlichen Arbeiters um 1 1/2 Farthing wöchentlich und die des Handwerkers um 1 1/2 Farthing erhöhen; aber der Betrag, welcher sich aus der Aufhebung der Zölle ergebe, würde sich für den ländlichen Arbeiter auf 17 und für den Handwerker auf 19 1/2 Farthing stellen. Nach seiner Schätzung würden die Mindereinnahmen des Schatzamtes 2 800 000 Pfund Sterling jährlich betragen; aber er schlage vor, das wieder einzubringen durch eine Maßregel, die manchmal Reciprocity genannt werde, nämlich durch einen Zoll von zehn Prozent auf fremde Manufakturwaren. Dieser Zoll würde neun Millionen ergeben, die er, wenn er Schatzkanzler wäre, dazu verwenden würde, den Ausfall von 2 800 000 Pfund zu decken und eine weitere Ermäßigung der Rohwarenzölle und der übrigen Zölle, die das Land belasten, einzutreten zu lassen. Zum Schluß seiner Rede erklärte Chamberlain, er kämpfe für das Reich und bitte das Land, nichts zu

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Was auf einen Zerfall des Reiches hinarbeiten könnte.

In Besprechung der Rede Chamberlains findet „Standard“, daß seine Gründe schwankend und viele seiner Voraussetzungen hypothetisch und unabweisbar seien. — „Daily Mail“ meint, der Irrtum in Chamberlains Plänen sei sein Vorschlag, beide Teile seines Programms zugleich anzuwenden. Das Blatt glaubt, daß die Steuer auf fremde Manufakturwaren der Steuer auf Nahrungsmittel vorausgehen müsse. — „Morning Post“ hält den Plan für billig, einfach und ausführbar und glaubt, Chamberlain sei es bestimmt, die Annahme seiner Politik viel früher zu sehen, als das Volk und das Reich annehmen. — „Daily Chronicle“ führt aus, für jedes Pfund, welches in den Staatskassen nach dem Pläne Chamberlains fliehe, würden zwei Pfund aus den Taschen der Bürger genommen. Was die Wiederverteilung betreffe, so zeige die Rede eine große Abweichung von der Rede Valfours in Sheffield; denn Valfour sage, er wünsche nur ermächtigt zu werden, von Zeit zu Zeit Vergeltung zu üben, während Chamberlain auf einen Generalkrieg bestehe, welcher für seinen Plan wesentlich sei; es hieße die Kolonien arg schmähen, wenn man sage, daß sie sich vom Mutterlande trennen, wenn der englische Arbeiter Einwendungen dagegen erhebt, daß seine Nahrungsmittel zu deren Gunsten besteuert seien. — „Daily News“ führt aus, es sei unmöglich zu sagen, wie Chamberlain sich die Idee in den Kopf gesetzt habe, daß die Kolonien von dem Mutterlande sich trennen, wenn man nicht die Nahrungsmittel besteuere. Niemand hätte die Kolonien derartiges geäußert. Beide Blätter, „Daily Chronicle“ und „Daily News“, meinen, Chamberlains Aussprüche in dieser Beziehung seien die schärfste Verurteilung seiner Kolonialverwaltung.

Welche Aussichten Chamberlains Schutzoll-Imperialismus hat, läßt sich einstweilen noch nicht völlig übersehen. Die englische Arbeiterklasse, die Gewerkschaftswelt insbesondere, dürfte sich kaum für Chamberlains Pläne gewinnen lassen. Das Arbeitgebertum ist gespalten. Während zum Beispiel die Eisenindustriellen in Sheffield und Birmingham, die durch Deutschlands und Amerikas Konkurrenz getroffen werden, während auch Teile des Handwerks, durch das verhafte „made in Germany“ verärgert, für den Schutzoll zu haben sind, ist die große, wichtige Baumwollindustrie gegen denselben. Ebenso die Banken, die Exporteure u. a. In jüngst noch protestierten nicht weniger als 170 Handelskammern aus allen Teilen des Reiches gegen die Chamberlainschen Projekte.

Judem ist anzunehmen, daß bei dem von Chamberlain empfohlenen System wohl die Kolonien, nicht aber das Mutterland günstig abschneiden würden. Die Kolonien würden natürlich nichts dagegen haben, nach wie vor ihre Lebensmittel zollfrei nach England einführen zu können, ob sie aber England so große Zollbegünstigungen für seine Industrie-Erzeugnisse gewähren würden, ist sehr die Frage. Kanadas Verhalten, das England Zollbegünstigungen dergestalt gewährte, daß es England lediglich von einer vorgenommenen Zollerhöhung ausnahm, beweist, daß die Kolonien ihre Beziehungen zum Mutterlande sehr rechnerisch fühl aufpassen. In einem geschlossenen imperialistischen System gehörte auch das zollpolitische Entgegenkommen zwischen den einzelnen Kolonien, das sich bei der bestehenden rivalität sehr schwierig ermöglichen lassen würde. Chamberlains imperialistisches Ideal ist also durchaus nicht allzuleicht realisierbar. Es wird aller Voraussicht nach heftigen Widerstand zu überwinden haben. Nicht zuletzt, wie schon bemerkt, bei den Arbeitern, die unter den Lebensmittelpreisen, die, um wirklich wirksam sein, ja erhöht werden müßten, am schwersten zu leiden haben würden.

Deutsches Reich.

Ministerreden gegen den Umsturz werden jetzt Mode. Dem babylonischen Beispiel folgt jetzt der durch seine Segment-Intelligenz berühmte preussische Polizeiminister v. Hammerstein.

Der Minister streifte in einer Erfahrung Ansprache, wie der dortige „Allgemeine Anzeiger“ berichtet:

Die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Dresden und erwähnte, daß die Presse der Regierung Vorwürfe mache, weil sie angefaßt der den revolutionären Charakter der Partei klar zum Ausdruck bringenden Beschlüsse nicht sofort mit bestimmten Gegenmaßnahmen geantwortet hätte. Die Regierung habe die Ueberzeugung, daß durch diese Verhandlungen jedem patriotisch denkenden Deutschen die Augen geöffnet sein müßten, und hoffe bestimmt, daß es der deutschen Bürgerchaft gelingen werde, eine Gesellschaft, deren Unbefriedigungen so unverhüllt auf den Umsturz der bestehenden Staatsinstitutionen, ja sogar auf Befreiung der Religion gerichtet seien, aus eigener Kraft von sich abzuschütteln, und man die geeigneten Mittel und Wege dazu finden werde. Es werde vielfach die Befürchtung laut, daß eine Folge des sozialdemokratischen Anwachsens entweder die Revolution oder die Reaktion sein könnte. Sollten wirklich revolutionäre Bestrebungen zum Ausdruck kommen, so habe die Staatsregierung genügende Nachmittel in den Händen, um sofort derselben zu unterdrücken. Andererseits würden derartige Bestrebungen keinesfalls auf die Staatsregierung die Wirkung üben, daß sie sich beirren ließe, auf dem Wege, den sie mit der sozialpolitischen Gesetzgebung auf Grund der Volksthat unsres großen Kaisers Wilhelm eingeschlagen habe, fortzuschreiten und an dem Ausbau der Gesetzgebung zum Wohle der arbeitenden Klassen fortzuarbeiten.

Die letzte Anknüpfung ist sehr erfreulich, wir fürchten aber, daß selbst wenn die Regierung eine etwas gründlichere Socialreform wagen würde, die Bundesrat Centralverbänder sofort rebellisch werden würden.

Die Dresdener Verhandlungen sind aber offenbar dem Verständnis des Herrn von Hammerstein nicht zugänglich gewesen. Er sieht, wie ein nervöser Polizeiman, schauernd den Umsturz aller Dinge und sogar die Ausrottung der Religion. In Dresden hat man nichts weiter getan, als den sachlich revolutionären Charakter der Socialdemokratie aufs neue unabweisbar festgelegt, der darin besteht, daß sie erst mit der Befreiung der kapitalistischen Klassenherrschaft ihr Ziel als erreicht betrachtet. Von Straßenkämpfen träumt nur die Polizei und die Polizeimänner, aber nicht die Socialdemokratie. Was aber gar die Befreiung der Religion betrifft, so hat unsres Wissens weder der Dresdener Parteitag, noch irgend ein anderer Parteitag solchen Beschluß gefaßt; die Polizei-Älten, aus denen Herr v. Hammerstein seine Weisheit schöpft, müssen also recht unzuverlässig sein.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Die Wahlen in einem Drittel der Landtags-Wahlkreise Sachsens haben für die Socialdemokratie zu dem Erfolge geführt, zu dem sie nur führen konnten und der nur erwartet werden durfte.

In allen denjenigen Wahlkreisen, in denen die industriellen Arbeiterbevölkerung stark vertreten ist, gewann unsere Partei sämtliche oder fast sämtliche Wahlmänner der dritten Wählerklasse. So wurden in den zwei städtischen und drei ländlichen Wahlkreisen in und bei Dresden bis auf ganz geringe Ausnahmen nur socialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Ebenso wählte im ersten Leipziger Landtags-Wahlkreise, im ersten Chemnitzer, im zwölften städtischen Wahlkreise (Dorna-Pogau), im fünfzehnten (Glauchau) die dritte Wählerklasse durchweg socialdemokratisch. Und zwar allenthalben mit überwältigenden Majoritäten gegenüber den gegnerischen Parteien, den Konservativen und Rational-Liberalen. Allerdings war die Wahlbeteiligung im allgemeinen geringer als vor sechs Jahren, wo dieselben Kreise zum erstenmale unter dem Dreiklassenwahl-Gesetz zur Wahl standen. Die Wahlbeteiligung war geringer auf socialdemokratischer Seite, aber noch viel mehr auf Seite der reaktionären

Parteien. In einigen ländlichen Wahlkreisen sind Wahlmänner der Reaktion gewählt worden.

Bei den Wahlen der zweiten Wählerklasse, die am Dienstag stattfanden, drangen bei ganz geringen Stimmzahlen — mit ganz vereinzelten Ausnahmen zu Gunsten der Socialdemokratie — die Wahlmänner der Gegner durch. Die Wahlen in der ersten Wählerklasse werden das Werk der schmachvollsten Ungerechtigkeit vollenden. Es werden wie bei den bisherigen Wahlen unter dem Geldzoll-Wahlssystem nur Vertreter des Reichtums in den Landtag einzuziehen, da die socialdemokratischen Wahlmänner der dritten Klasse überstimmt werden von der doppelten Zahl der Wahlmänner in den beiden anderen Klassen.

Diese Erfolglosigkeit an Mandaten hat unsere Partei in Sachsen unzweifelhaft vorausgesehen. Sie ist in die Wahl eingetreten als in eine Protestwahl. Und der Erfolg, der hierbei möglich ist, ist erreicht.

Es ist erreicht, daß sich die in den Landtag einzuziehenden Abgeordneten nicht als Vertreter des sächsischen Volkes bezeichnen können. Sie sind als Vertreter einer winzigen Minderheit von vornherein gebrandmarkt vor aller Welt, während die große Mehrheit der Wähler ihnen ausdrücklich ihr Vertrauen verteidigt hat.

Und daß diese Erfolglosigkeit des Willens der großen Mehrheit neu festgestellt wurde, das ist der weitere Erfolg der Wahl. So stets von neuem führt das Volk drohlich das ungeheure Unrecht, dem es unterworfen. Die Erbitterung, die hierdurch im Volke schon bei den früheren Wahlen erzeugt wurde, hat zum fürchterlichen Vollsgericht des 16. Juni in Sachsen mächtig beigetragen. Der 16. Juni hat die Reaktion gezwungen, an eine Kenderung des Landtags-Wahlrechtes zu gehen. Die jetzigen Wahlen beweisen wiederum und vermehren zugleich den Groll der sächsischen Bevölkerung gegen die Schmach der Klassenwahlen.

Zur Neuwahl im 15. sächsischen Wahlkreise. Die Chemnitzer „Volkstimme“, die unter Parteiführung auch für den 15. sächsischen Wahlkreis ist, beginnt die vorbereitende Wahlarbeit für die durch Göbbers Mandatsniederlegung nötig gewordene Neuwahl. In einem Aufruf „Auf die Säbener“ sagt die „Volkstimme“:

Aus der Mandatsniederlegung Göbbers schöpfen die Gegner natürlicherweise Hoffnung, aus den 15. sächsischen Reichstagswahlkreis entziehen zu können. So bedauerlich die Vorläufige sind, die zur Mandatsniederlegung geführt haben und so bedauerlich der übereilte Verzicht Göbbers ist, die Schlagfertigkeit unserer Partei kann weder durch das eine noch durch das andre erschüttert werden. Denn über den Differenzen und über den Personen steht das gewaltige Interesse des arbeitenden Volkes, im Reichstage nur durch eine Partei vertreten zu sein, auf die es sich in allen Stücken fest verlassen kann.

Die „Volkstimme“ schildert weiter die von der Reaktion drohenden Gefahren und ruft die Arbeiter des Wahlkreises auf zu neuem tapferen Kampfe:

Bei Nachwahlen ist die Wahlbeteiligung in der Regel schwächer als bei den ordentlichen Wahlen. Die Gegner werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen und von ihren Gefinnungsgenossen in Sachsen und im Reiche in jeder erdenklichen Weise unterstützt werden, um aus den Kreis zu entziehen. Ein Wahlkampf mit Mitteln, wie sie noch nicht dagewesen sind, steht und bevor. Alles zu dem Zweck, damit in der Gestalt des 15. Kreises die Socialdemokratie ganz Deutschlands getroffen werde.

Unsre Parteigenossen im 15. Kreise haben die Aufgabe, mit ihrem Mandat zugleich das Ansehen der ganzen Partei zu verteidigen. In den nächsten Wochen wird die ganze politische Welt mit Spannung auf diesen Kreis blicken. Unsre Parteigenossen werden zeigen, daß sie von der Wichtigkeit ihrer Aufgabe völlig durchdrungen sind. Ihre Aufgabe ist schwerer, als sie den Parteigenossen irgend eines anderen Kreises beschieden war. Aber der löbliche Mut, die Ueberzeugungstreue, der politische Scharfsinn der organisierten Arbeiter, sie reichen aus, um den Gegnern das Spiel zu vereiteln, wenn der feste Wille hinzukommt, bei der Nachwahl mit demselben Fleiße, derselben Fähigkeit, derselben Unermüdbarkeit für die Partei zu arbeiten, wie es vor dem 16. Juni geschehen ist.

Hinweg mit dem Kleinmut, wo er sich zeigen sollte! Ein höheres, als alles andre, gilt es zu betätigen: die politische Ehre des 15. Kreises. Eine Hochburg der Freiheit, des Fortschritts soll er bleiben, nicht wieder ein Schlupfwinkel der Reaktion werden!

Auch wir sind sicher, daß die treffliche Parteigenossenschaft des 15. sächsischen Wahlkreises alles aufbieten wird, um dieses gute Stück des „roten Sachsens“ unserer Partei zu erhalten.

In der Deutschen Volkspartei wird der Versuch eines engeren Zusammenschlusses der bürgerlichen Linken-Parteien erörtert.

Der Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat eine aus Baden, Bayern, Preußen und Württemberg besetzte Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, dem am 14. November in Heilbronn zusammenzutretenden Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Parteitag erklärt es angefaßt der immer mächtigeren und wachsenden Reaktion für eine zwingende Notwendigkeit, daß die Gruppen der bürgerlichen Linken zur energischen Verknüpfung der radikalistischen Bewegung einen engeren Zusammenschluß suchen. Er erklärt sich namens der Deutschen Volkspartei bereit, zu einem solchen Versuch nach Kräften mitzuwirken.“

Für die Tagesordnung des Parteitages sind außerdem Kanal- und Verkehrsfragen, die demokratischen Aufgaben der Gegenwart, die Mittelstands- und Handwerkerfrage, die Militärgerichtsbarkeit in Aussicht genommen.

Regierungsvorgänge. Nach Berichten in glaubwürdigen Sportblättern stehen Reformen im deutschen Jucht- und Rennbetrieb bevor. Es verlautet darüber, daß eine Kommission von Sachverständigen zusammenberufen werden soll, die über geeignete Maßnahmen zur Ordnung, der in ihren Grundfesten schwer erschütterten Vollblut- bzw. Landesperdejucht zu beraten hat. Vorläufig heißt es, daß in dem preussischen Etat für 1904 eine bedeutende Erhöhung der Staatspreise vorgeesehen werden soll. Außerdem soll dem Reichstage ein Gesetz vorgelegt werden, demzufolge Wetten nur noch am Totalisator abgeschlossen, aber nicht mehr so hoch wie bisher besteuert werden dürfen. Diese beabsichtigten Neuerungen verfolgen wie alle Regierungsmaßnahmen wenigstens nebenbei noch den Zweck, das Wohl der wirtschaftlich schwächeren Kreise zu fördern, insofern für diese nämlich dadurch das Wetten in den Wettbüros und an sonstigen geleglich nicht privilegierten Orten verringert oder unmöglich gemacht werden soll. Gleichzeitig hofft man aber auch die Einnahmen aus der Totalisatorsteuer zu vergrößern.

Da von der konservativen Partei über den Mangel eines geeigneten Regierungsprogramms für die Wahlen geklagt wird, so möchten wir ihr empfehlen, unter dem Zeichen: „Nieder mit der Totalisatorsteuer, hoch der deutsche Rennsport!“ in den bevorstehenden Landtagswahlkampf zu ziehen.

Wahlrechtung in Baden.

Aus Mannheim schreibt man uns vom 8. Oktober: Einen hinterlistigen Anschlag auf das Wahlrecht der unbemittelten Volksschichten hat Herr Minister Schenkel unternommen, der eben noch in seiner Durlacher Scharfmacherrede seiner Regierung das Präbital der „fortschreitenden Freibeitlichkeit“ vindiziert hatte. Er verfügte durch generellen Erlaß an die Bezirksämter, daß unter die im § 35 unserer Wahlordnung aufgeführten Armenunterstützungen aus öffentlichen Mitteln, die das Wahlrecht des Empfängers ausschließen, auch die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln zu rechnen sei. Nun ist diese aber im Laufe der letzten Jahre in den größeren und mittleren Städten des Landes in ziemlichem Umfange in Anspruch genommen worden, weil die städtischen Behörden auf dies-

Bezügliche Anfragen jedesmal ausdrücklich erklärten, daß sie einen Ausschließungsgrund für das Wahlrecht nicht darstellten. Man lehnte sich dabei an die Praxis der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages sowie an die Uebung im benachbarten Bayern und Württemberg an, die eine solche rigorosität ausdrücklich ausschließen. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätten sicherlich neun Zehntel der jetzt in dieser Weise unterfügten Familienväter die Inanspruchnahme der zweifelhaften „Wahlthat“ abgelehnt. Jetzt, wenige Wochen vor der Wahl, nachdem man die Leute bezüglich ihres Wahlrechtes überall in Sicherheit gewiegt, kommt der Herr Minister und beraubt Tausende von Arbeitern ihres wichtigsten Rechtes. Dieses hinterhältige Vorgehen, das den Verdacht erwecken muß, als habe man die Leute absichtlich in eine Falle locken wollen, erregt begrifflichweise allenthalben Entrüstung. Der Stadtrat von Mannheim hat bereits die Erklärung abgegeben, daß er nach Lage der Sache außer Stande sei, der ministeriellen Anordnung Folge zu leisten. Ihm werden sich voraussichtlich andre anschließen. Auf alle Fälle aber wird unferseits gegen den Entrechtungsversuch der schärfste Protest erhoben werden.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Unruhen in Szegedin. In Szegedin haben am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch Unruhen stattgefunden, bei denen es zu Zusammenstößen zwischen dem Volk und dem Militär kam. Die Vorgänge werden folgendermaßen geschildert:

In Szegedin wurde am Dienstag früh am Kossuth-Denkmal ein Kranz gefunden mit der Aufschrift: „Zurückbehaltene Soldaten Deinem heiligen Andenken.“ Das Plakatkommando ließ den Kranz fortnehmen und auf das Stadtkommando, wo der Vice-Stadthauptmann den Kranz einer großen Volksmenge, welche die Herausgabe desselben forderte, zurückgab. Letztere legte den Kranz unter Abjüngung des Kossuth-Liedes wieder am Denkmal nieder. Nachmittags marschirten zwei Compagnien Infanterie zum Denkmal und nahmen den Kranz fort. Als die Menge hiergegen protestierte und mit Steinen auf die Soldaten, die Kaserne und Fenster von Offizierswohnungen warf, ging das Militär mehrere Male mit dem Bajonett gegen dieselbe vor. Von der Kaserne wurden nochmals zwei Compagnien abgeschickt, welche mit Hilfe der Polizei die Menge, die eine drohende Haltung annahm, mit dem Bajonett auseinandertrieb. Abends nach 6 Uhr erneuerten sich die Kundgebungen vor der Kaserne. Eine noch Tausenden zählende Menschenmenge warf die Fenster ein und forderte den Kranz, den das Militär vom Kossuth-Denkmal genommen hatte, zurück. Ein Bataillon Infanterie und eine Escadron Husaren rüdten aus, säuberten die Umgebung der Kaserne und sperren sie ab, gaben auch eine Salve auf die Menge ab, wodurch fünf Personen verwundet wurden. Die Kundgebungen dauerten in den Abendstunden noch fort.

Unruhen, 7. Oktober. (V. G.) Die Demonstrationen in Szegedin haben die ganze Nacht angehalten. Das Militär sah sich wiederholt genötigt, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. In hiesigen Regierungskreisen rufen die Nachrichten aus Szegedin große Verstimmlung hervor; man befürchtet, daß dadurch die Situation sich wesentlich verschlechtern wird. Das Honvedministerium hat eine sehr strenge Untersuchung eingeleitet.

Eine spätere Meldung lautet offenbar die Vorgänge abzuschwächen. Sie lautet: Szegedin, 7. Oktober. (Meldung des Ungar. Telegraphen-Bureaus.) Heute herrscht hier Ruhe. Die Militärbehörde stellt fest, daß das Militär gestern nicht geschossen hat; zwei Schüsse stammen von einem Soldaten, der, von einem Steinwurf getroffen, im Schmerze sie abfeuerte; ferner wird angezweifelt, daß der Kranz von Soldaten niedergelegt wurde, vielmehr scheint es, daß derselbe von Bürgern niedergelagt ist, um hierdurch Unruhen hervorzurufen.

Der offiziöse „Vester Lloyd“ hält es für nötig, mit größter Entschiedenheit das Gerücht zu dementieren, Prinz Eitel Friedrich von Preußen sei zum König von Ungarn ausgerufen und studiere bereits mit großem Eifer die ungarische Sprache.

Jordauer der ungarischen Kabinettsliste. Der Neuen Freien Presse zufolge hat v. Szell die Bildung des Kabinetts nicht übernommen; für Donnerstag ist die Berufung einer andern Persönlichkeit zum Kaiser zu gewärtigen.

Schweiz.

Die Delegierten-Versammlung des Grünliedens beschloß, die Verhandlung des Vereins in eine Genossenschaft umzuwandeln.

Frankreich.

Der Weberstreik in Nordfrankreich dauert fort. In den Mitteilungen, welche die offiziellen Nachrichtenbureaus verbreiten, werden die Ausständigen beschuldigt, sich bei ihren Demonstrationen gegen die schärfsten Ausschreitungen schuldig gemacht zu haben. Sie sollen Häuser demolieren und Barricaden aufgeführt, in Wärdern und Fleischbänken, Wirtschaften und andern Geschäften die Herausgabe von Lebensmitteln erzwingen, ja eine Kapelle geplündert und Telegraphenlinien zerstört haben.

In Lille schlossen am Dienstag infolge der Haltung der Ausständigen fünf Webereien und eine Spinnerei mit 2000 Arbeitern den Betrieb, eröffneten ihn jedoch gestern wieder unter dem Schutze eines Militärtruppenbesatzes.

Nach allen Teilen des Ausständigengebietes wurden starke Truppenabteilungen geschickt. Von Paris sind sechs Militärzüge mit Infanterie nach Moubais und Tourcoing abgegangen, da man befürchtet, daß auch dort die Streikenden den Stillstand der Fabriken erzwingen werden. Auch die Zollposten an der belgischen Grenze wurden verstärkt.

Der socialistische Bürgermeister von Lille, Deputierter Desory, weigerte sich, die Truppen in den Häusern der Gemeinde unterzubringen. Der Kriegsminister ersuchte den Präsidenten des Departements du Nord, alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die seiner Zeit anlässlich des Bergarbeiter-Ausstandes getroffen waren. Das ganze erste Armeecorps wird in Bereitschaft gehalten.

Italien.

Die Erhebungs-Kommission über die Marineverwaltung ist endlich, wie uns aus Rom, 3. Oktober, geschrieben wird, durch Dekret vom 2. Oktober ernannt worden. Sie setzt sich zusammen aus 17 Personen unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten der italienischen Kammer. Unter den Mitgliedern befinden sich 4 Senatoren, 7 Deputierte und 5 Beamte des Kassationshofes und des Rechnungsrates. Die ministerielle Presse rühmt, daß alle Commissare der Marineverwaltung fernstehen. Das mag eine gute Sache sein, aber sie hat eine Rehrseite: Die Herren sind fast alle technisch ganz incompetent. Der einzig Sachkundige soll ein höherer Verwaltungsbeamter der Marine sein, der als Sekretär der Kommission beigegeben werden soll. Ob das gerade einer gründlichen Erhebung über die Marineverwaltung, die ja doch die Angelegenheit ist, vorteilhaft sein kann, bleibt dahingestellt.

Zanarbelli hat mit großer Mühe die Kommission gebildet. Sie war jeder Autorität entkleidet, schon ehe sie fertig war. Den schmerzlichen Anklagen gegenüber war die Einsetzung einer vom Parlament gewählten Kommission geboten, die mit allen Vollmachten ausgestattet war, nicht die eines Popanzes mit nur administrativen Kompetenzen. Unter den Abgeordneten der äußersten Linken hat nur Riccardo Luzzatto eingewilligt, bei der Erhebung mitzuwirken; er hat wohl durch diese Einwilligung seine definitive Scheidung von den Radikalen vollzogen.

Die übrigen Abgeordneten sind: de Martino, Nanna, Mariotti, Nava, Stelluti, Seala und der frühere Finanzminister Wollenberg.

Die Censur geht weiter mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die Presse vor. So wurde das Organ der Textilarbeiter konfiszirt wegen eines Artikels „Das Blut des Proletariats“.

Der Kongress zu Jork ist von 186 Sektionen mit 257 Delegierten besetzt; auch die Frauen haben eine Vertretung erlangt. Am Montag (3. Oktober) wurde mit großer Majorität der Antrag Whistler angenommen: Die politisch organisierten sind verpflichtet, sich gewerkschaftlich zu organisieren! —

Türkei.

Von den macedonischen Wirren. Nach Angaben der Pforte ist die neuangebrochene Bandenbewegung im nördlichen Teile des Sandtschaks Serez zum größten Teile niedergeworfen. Mehr als 1000 der geschlagenen Komitatshis haben sich nach dem bulgarischen Kloster Milo geflüchtet. Eine Mitteilung der Pforte an die österreichisch-ungarische und die russische Botschaft besagt, daß nach Nachrichten, die dem dritten Corpskommando in Salonik zugegangen sind, den neuen in bulgarischen Grenzgebieten versammelten Komiteebanden sich die jüngst einberufenen bulgarischen Reservisten anschließen sollen, daß die Banden sich anschießen, die Grenze zu überschreiten, und ferner, daß den in Bulgarien weilenden türkischen Unterthanen die Heimkehr und die Verabfolgung von Pässen verweigert wird. Weiter heißt es, daß die Komitees von Warna und Burgas in Orabovo und Elena Munition anfertigen lassen.

Sofia, 7. Oktober. Die Leiter der macedonischen Bewegung bezeichnen die neueste Aktion Ostreich-Ungarns und Russlands als gänzlich verfehlt. Die Türkei sei ganz unfähig, Reformen einzuführen, der Aufstand werde erst dann aufgehört, wenn Mazedonien unter einen christlichen Gouverneur unter europäischer Kontrolle gestellt werde. —

Asien.

Russische Uebergriffe melden die „Times“ aus Tokio: Glaubwürdigen Berichten zufolge sind die Russen mit dem Bau von Festungswerten und Aufstellung von Batterien bei Jonzumpo beschäftigt, obgleich die coreanische Regierung sich energisch weigert, einen Pachtvertrag mit Russland abzuschließen.

Ein deutscher Kolonial-Freibeuter? Das Laffan-Bureau meldet aus Peking:

Der deutsche Gesandte Freiherr Mumm von Schwarzenstein hat das chinesische Auswärtige Amt veranlaßt, Ermittlungen über einen angeblichen ehemaligen Kapitän der deutschen Marine namens Rudolf Bode anzustellen, der im August aus Tientsin in Sianfu eintraf und sich rühmte, China zu durchreisen, ohne irgendwo etwas bezahlen zu brauchen. Er hat, wie berichtet wird, bei den Provinzialregierungen Gelder erhoben und die Verhaftung von Beamten erzwungen, welche die Bewilligung seiner Forderung ablehnten, indem er den Provinzial-Gouverneur und andre Beamte drohte, sich bei dem Gesandten Mumm zu beschweren. Die Missionäre beklagen sich darüber, daß solche Leute eingelassen werden, da die Missionäre die Folgen davon zu tragen hätten.

Afrika.

Tanger, 7. Oktober. Ein Trupp bewaffneter Räuber und Soldaten griff 30 Kilometer von der Stadt entfernt eine Karawane an und plünderte dieselbe. Die geraubten Güter gehören größtenteils europäischen Firmen. —

Landtagswahl.

Die Auslegung der Urwählerlisten und deren Bekanntmachung geschah vielfach mit einer, gelinde gesagt, Nachlässigkeit, die das bisherige Ordnung, das man mit Mühe und Not allenfalls aus dem Wirrwarr der Bestimmungen und Verordnungen des Dreiklassen-Wahlrechtes schließlich herauszufiltern kann, noch vollends über den Haufen wirft. In denjenigen Orten des Kreises Tellow, Weeslow, Storkow zum Beispiel, wo die Auslegung der Wählerlisten dem Landrat untersteht, ist vielfach der Fall zu verzeichnen, daß die Bekanntmachung über die Auslegung vom 2. Oktober datiert ist, die Auslegung selbst für den 5. bis 7. Oktober angelegt ist und der Einspruch, dem Gesetze entsprechend, auf drei Tage nach dieser Bekanntmachung, also für die Tage des 3., 4. und 5. Oktober, während die Listen überhaupt erst vom 5. ab zur Einsicht ausliegen! Würden die Behörden sich also nach dieser weisen Publikation richten, so hätten die Urwähler gerade einen einzigen Tag für ihr Einspruchsrecht. Man darf gespannt sein, wie die Praxis mit dieser Bekanntmachung umgeht; hält sie sich an deren und des Gesetzes Wortlaut, so werden berechtigte Wahlproteste in Hülle und Fülle aufzutauchen müssen.

Aus eben diesen Orten wie auch aus andern wird ferner die späte Bekanntmachung der Tage, an denen die Wählerlisten ausliegen, mit Recht lebhaft gerügt. Vielfach ist die Bekanntmachung erst am Abend des ersten Tages der Auslegung in den Ortszeitungen publiziert worden, so daß für die Masse der Urwähler der erste Tag völlig verloren gegangen ist; was das bei den drei zu gewöhnlichen Auslegungstagen heißt, ist klar, und es ist dringend zu wünschen, daß überall, wo solche unerhörte behördliche Nachlässigkeit, um wieder kein schärferes Wort zu gebrauchen, zu konstatieren ist, sofort zunächst an die vorgesetzte Behörde Bescheid werde und später an den Landtag ein damit begründeter Wahlprotest eingereicht wird. Wir haben geradezu die Verpflichtung, wenn irgendwo so bei diesem Wahlsystem jede Extraverwirrung dreifach anzujutieren.

Wahlabsamungen. Von der liberalen Presse wird das Verhalten unserer ostpreussischen Parteigenossen eine unerhörte Förderung der Reaktion genannt, weil sie an die freimüthige Parteileitung herantraten und eines der drei Königsberger Mandate in Anspruch nahmen (bisher war je ein Mandat im Besitz der freimüthigen Volkspartei, freimüthigen Vereinigung und Nationalliberalen), wofür sie dann ohne weiteres die Unterstützung der liberalen Kandidaten in Memel, Heydekrug und Tilsit-Niederung zusagten. In Memel, Heydekrug und Tilsit-Niederung sind 1898 je zwei konservative gewählt worden, in beiden Kreisen standen den Gewählten nicht unerhebliche Minoritäten gegenüber, so daß eine Verdrängung der Konservativen nicht unmöglich ist. Unsere Parteigenossen in Dyrpau haben sich bei ihrem Vorgehen nicht genau an die Berliner Resolution gehalten, indem sie bereits vor den Urwahlen Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen wollten, die nach Nr. 4 der Resolution erst nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Central-Wahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreiskomitees zu treffen sind; für die Liberalen aber liegt gar kein Grund vor, hierin eine verbotsfreie, der Reaktion förderliche Taktik zu sehen.

Wir haben stets betont, daß es ein gutes Recht der Liberalen ist, zunächst abzuwarten, ob die Socialdemokraten wirklich auslagelagende werden, als auch stets beklagt — und das thun wir auch hier —, daß sie sich bei Auswahl ihrer Wahlmänner darauf einrichten, für den Fall, daß die Socialdemokratie auslagelagend wird, einen Socialdemokraten neben ihren Kandidaten wählen zu müssen. Davon ändert sich gar nichts, wenn wie in Königsberg drei liberale Gruppen sich vorher in die Mandate teilen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, daß wir bei Stichwahlen gelegentlich der Urwahlen nach Ausfall der socialdemokratischen Wahlmänner solche Liberalen zu unterstützen haben, die erklären, unabhängig genug zu sein, eventuell für einen socialdemokratischen Abgeordneten stimmen zu können; die Verpflichtung, für einen solchen zu stimmen, sollten wir vor der Urwahl nicht verlangen.

Erklärungen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ und die Parteigenossen bitte ich um Entschuldigung, wenn ich nochmals, hoffentlich zur letzten Verichtigung komme.

Genosse Timm hat es fertig gebracht, die Chronik um eine Komik zu bereichern. Man höre: Veranlassung, die Sache Auer zur

Sprache zu bringen, bin ich nicht gewesen. Meine Darstellung ist somit als richtig bestätigt, damit war es also nichts. Um nun den Klatsch zu rechtfertigen, muß eine ebenso halboffene Variante herhalten, die ich nun auch noch kurz zerzausen muß.

Als mir Timm erklärte, bei seinen Anzuspinnungen freieswegs an mich gedacht zu haben und auch eine Äußerung ihm gegenüber bestritt, machte ich den Einwand, ob nicht doch die Möglichkeit bestehe, daß eine meiner Äußerungen solche Deutung zulasse. Diese Frage habe ich gestellt, um volle Klarheit darüber nach jeder Richtung zu erlangen.

Timm bestritt auch dies, worauf ich dann einwarf, durch Göhres Dazwischentreten seien ja die Gedanken überhaupt nicht zu Ende getragen. Daraus zu schlußfolgern, ich wollte die Angelegenheit Auer anschnellen, ist keiner, am allerwenigsten war T. dazu berechtigt zumal feststeht, daß ich mit ihm überhaupt nicht darüber gesprochen habe. Mir war ja Timms Stellung zum Revisionismus bereits durch die Presse bekannt. Bedinglich aus seinem Munde Aufklärung darüber zu erlangen war die Veranlassung meiner Aussprache. Im übrigen ist mir Ts Anschauung über Parteitaktik, Personalien usw. von jeher gleichgültig gewesen und habe und werde ich mich dadurch keineswegs abhalten lassen, dasjenige zu sagen, was ich im Partei-Interesse für geboten erachte, selbst auf die Gefahr hin, verhasst zu werden. Für was ich Auer halte, ist bei dieser Auseinandersetzung nebensächlich. Meine Auffassung, erst seine Rede resp. Stellungnahme zum Revisionismus und dergleichen abzuwarten, bevor über seine eventuelle Wiederwahl zu sprechen sei, ist bei vernünftigen Leuten so einwandfrei, daß weitere Worte überflüssig sind.

Wir kommt es lediglich darauf an, die Darstellung in der 2. Kreis-Verammlung als unrichtig zu kennzeichnen und zu zeigen, auf welchem Boden solcher Klatsch gedeiht; und dabei bleibt es.

Wenn schließlich Timm noch „Wert darauf legt, zu erklären, daß bei seiner Umgebung besprochen wurde, die ganze Debatte laufe darauf hinaus, einzelne Personen, darunter auch Auer, aus der Partei hinauszubügeln“, so berechtigt mich der Zusammenhang dieser Eröffnung, festzustellen, daß in meiner Umgebung das Gegenteil der Fall war. Ich und auch meine Umgebung waren fest entschlossen, einer Resolution zur Annahme zu verhehlen, welche Auer und klar die Stellung der Partei zu den strittigen Fragen darthut, um an der Hand derselben den fraglichen Genossen Zeit zu lassen, sich danach zu revidieren.

Diese Hoffnung gebe ich angeht der Wandlungsfähigkeit und Anpassungsvermögen der meisten Revisionisten noch nicht auf.

A. Lätarow.

Die Erklärung des Herrn Maximilian Harden im „Vorwärts“ vom 6. Oktober giebt mir keine Veranlassung zu langen Erwiderungen. Ich konstatiere, daß Herr Harden seine erste Behauptung hinsichtlich der Zahl unserer Zusammenkünfte nicht aufrecht zu erhalten scheint. Dagegen bleibt er dabei, die beiden Kaffeehaus-Zusammenkünfte, die ich von Mitte Februar bis Ende August mit ihm gehabt habe, einen „intimen Verkehr“ nennen zu wollen. Ich verhehle unter Intimitäten etwas anderes.

Ich habe also nichts weiter zu erklären, als daß ich meine Behauptungen aufrecht erhalte.

Ich kann beanspruchen, daß meine Angaben bei den Genossen mehr Glauben finden, als die des Herrn Harden.

Mit Parteigenossen und Blättern, die gestern Harden als größten Lumpen und Lügner beschimpft haben, um heute, sobald er mich verunglimpft, jedes seiner Worte als „Entdämmung“ und als laute Lathase zu behandeln, habe ich nicht zu reden.

Am liebsten spräche ich auch nicht von denen, die nicht zufrieden mit Hardens Beschuldigungen, frühweg noch was dazu erfinden. Erst der Bericht über die Rede der Frau Jettin in der Stuttgarter Versammlung („Vorwärts“ Nr. 232) in Verbindung mit ihrem Artikel in Nr. 21 der „Gleichheit“ zeigt mir, daß es möglich gewesen ist, aus einem geschraubt arroganten Satze Hardens die Verdächtigung herauszulesen, als ob die Teilnehmer des gefällig-litterarischen Zirkels, zu dem unter anderem auch Harden gehörte, und dem ich einigmal beigewohnt habe, sich dabei von Herrn Harden mit Wein und Speisen hätten bewirtet lassen. Um jeder Legendenbildung entgegenzutreten, erkläre ich, was für vernünftige Menschen eigentlich selbstverständlich sein sollte: Bei diesen Zusammenkünften, die in Restaurationen stattfanden, hat jeder nach Belieben seine eigene Zech gemacht und bezahlt. Nie habe ich auch sonst Herrn Hardens Gastfreundschaft genossen oder er meine; nie hat einer von uns des andern Haus betreten.

Auf die übrigen Anzuspinnungen, z. B. von Frau Luxemburg, Grimwald usw., zu antworten, erscheint mir nicht notwendig; ihre Verdrehungen richten sich selbst.

Berlin, 7. Oktober 1903.

Wolfgang Heine.

In dem heutigen „Vorwärts“ wird unter „Stimmen zum Parteitag“ eine Notiz der „Mainzer Volkszeitung“ citiert, die Genossen Jubel und nicht mit Liebeshörigkeit behandelt. Die Notiz des Mainzer Blattes bildet die Fortsetzung ähnlicher Anrempelungen, deren erste auch in hiesige bürgerliche Zeitungen übergegangen ist. In dieser Notiz wurde den Berlinern der gute Rat gegeben, „Arbeiter wie Jubel, Stadthagen usw. sich vom Hals zu schaffen“. . . es sei keine besondere Ehre, mit Stadthagen in einer Fraktion zu sitzen. . . auf Jubel zu antworten, halte die „Mainzer Volkszeitung“ unter ihrer Würde.“ Darauf habe ich an die „Mainzer Volkszeitung“ gestern folgende Erwiderung geschrieben: „In der „Mainzer Volkszeitung“ sind — wie ich erst aus hiesigen bürgerlichen Blättern und aus der „Leipziger Volkszeitung“ erziehe — gegen Genossen Jubel und mich allgemeine, und deshalb unfahbare, Verdächtigungen ausgestreut, welche den Ansehen erwecken sollen, als ob gegen unsere Ehrenhaftigkeit irgend etwas vorliege. Ich fordere hiermit den Verfasser des Wubensstücks auf, Farbe zu bekennen und die Thatsachen, aus denen er seine Verdächtigungen herleiten zu dürfen glaubt, zu veröffentlichen oder dem Parteivorstand mitzutheilen. Als Verfasser ist in hiesiger bürgerlicher Presse Genosse David angedeutet. Es bedarf für die Mainzer Genossen keiner Hervorhebung, daß weder Genosse Jubel noch ich den Genossen David für solcher Gemeinheit fähig halten. Hierzu steht Genosse David zu hoch. Ist der Verfasser, wie ich aus einer Notiz der „L. V.“ entnehmen zu müssen glaube, ein gewisser Mendel, so genüge zur Kennzeichnung dieses Genossen, daß dies der Mann ist, dem der freimüthige Abgeordnete Müller — Sagan die der Wahrheit widersprechenden Verichte über die Zollkommissions-Verhandlungen in die Finger diktiert hat. Diese Verichte sind S. 54 bezw. S. 10 des parlamentarischen Berichts näher gekennzeichnet und unter der Firma mg. socialdemokratischen Blättern zugesendet.“ Dieser Erwiderung füge ich nur noch hinzu, daß der beireisende Herr Mendel etwa halb so viel Lebensjahre hinter sich hat, als Genosse Jubel für die Partei thätig ist.

Arthur Stadthagen.

Zur Richtigstellung.

Von einer Reise zurückgekehrt, finde ich die „Eine Erklärung“ überforderns Beröfentlichung Webels, welche sich nachträglich noch einmal mit meiner Dresdener Rede beschäftigt.

Ich habe mich dort gegen die Behauptung gewandt, daß „die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter“ deren proletarische Anschauungen verdecke, und hinzugefügt, daß dieses Argument schon früher zur Verstärkung der Gegenläufe in unsren Reihen beigebracht habe, und daß Grillenberger deshalb unverzöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden sei.

Bebel glaubt nun, diese Anführung als eine „Mär“ bezeichnen zu können. Er nötigt mich dadurch, sehr wider meinen Willen, auch meinerseits noch einmal auf die Sohle zurückzukommen.

In der bekannten Rede, welche Bebel unmittelbar nach dem Frankfurter Parteitag am 14. November 1894 in Berlin hielt, sagte er den Grund für die damals seiner Meinung nach der Partei drohenden Gefahr hauptsächlich in dem immer stärkeren Eindringen des Kleinbürgertums in die Partei. Der Kleinbürgertliche Geist

gewinne besonders dadurch Einfluß, daß gewisse Elemente der Partei, unsere Vertrauensleute und Agitatoren, zur Selbständigmachung in Kleinbürgerlichen Stellungen gezwungen seien. Eine solche soziale Position wiele leicht zurück auf eine Vermischung der rein proletarischen Anschauungen. („Vorwärts“ 16. 11. 94.)

Jener Rede folgten Auseinandersetzungen in der Presse wie in Versammlungen, in denen Bebel u. a. auch besonders mit Grillenberger aneinander geriet. Beide griffen sich aufs Befristete an, wobei von seiten Webels namentlich auch der Vorwurf des Partikularismus eine Rolle spielte. Während Webels erste Äußerung über die Arbeiter in gehobener Lebenslage ganz allgemein gehalten war, gab er ihr nun in einer Artikelreihe, welche sich ausschließlich gegen bayerische Parteigenossen richtete, eine besondere Zuspitzung. Er wies sie auf „den Partikularismus, die Kleinbürgerei und Spießbürgerei, die auch schon Genossen ergriffen hat, die auf ihre frühere Thätigkeit hin in angelegene Vertrauensstellungen gelangten, infolge ihrer Kleinbürgerlichen Existenzweise aber allmählich das proletarische Massenbewußtsein verloren, ihre geistige Ausbildung und Weiterbildung an den Nagel hingen und nur noch von den Broden überwindenen Wissens leben und damit die Genossen und Nichtgenossen füttern. Wer glaubt, von mir gemeint zu sein, mag sich strenge prüfen und entweder andre Wege einschlagen oder einem jüngeren, frechameren Genossen seinen Platz räumen.“ („Vorwärts“ 1. 12. 94.)

Ich weiß bestimmt, daß Grillenberger diese Auslassung als gegen ihn gerichtet angesehen und nie vernommen hat. Und ich weiß weiter, daß diese Meinung zu jener Zeit in den Kreisen der bayerischen Genossen vielfach geteilt wurde. Was Bebel damals noch über die aus der Berliner Parteifasse nach Bayern geflossenen Gelder sowie über die besonders dem Münchener Geschäftsgewandene Unterstützung gesagt hatte, hat gewiß erheblich mit dazu beigetragen, Grillenberger zu verbittern. Aber daraus allein läßt sich unmöglich erklären, wenn z. B., wie in der Münchener Parteiverammlung vom 2. Dezember 1894, davon gesprochen wird: daß Grillenberger von Bebel „schlimmer als der verächtlichste Gegner angegriffen“ worden sei, und wenn in der angenommenen Resolution davon die Rede ist: daß Bebel Grillenberger „in beleidigender, sein Ansehen schwer alterierenden Weise behandelt“ habe.

Daß sich Freunde von Grillenberger und Bebel alle Mühe gaben, eine Verständigung herbeizuführen, kann ich nur bestätigen. Ich habe selbst zu ihnen gehört, und Grillenberger hat mir das lange nachgetragen. — So tief empfand er die ihm widerfahrne Verletzung. Bebel spricht davon, daß Grillenbergers Hartnäckigkeit „von gewisser Seite geflissentlich genährt“ worden sei. Wie die den familiären Landtagskollegen Grillenbergers, welche mit ihm monatlang Tag für Tag aufs vertrauteste verkehrt haben, ist von dergleichen nichts bekannt.

Bebel meint schließlich, Grillenbergers Unverzöhlichkeit gegen ihn daraus erklären zu können, daß dieser bereits an den ersten Symptomen der Krankheit gelitten habe, welcher er später zum Opfer fiel. Dem gegenüber sei einfach darauf hingewiesen, daß Grillenberger nach jenem Konflikt mit Bebel noch volle drei Jahre lang schlagende Beweise der ungebrochenen geistigen Kraft gegeben hat und schließlich nicht infolge irgend eines Stiechums gestorben, sondern fast unmittelbar nach einer im Landtag gehaltenen Rede von einem Gehirnschlag niedergestreckt worden ist.

Da Webels Ausführungen nicht nur durch die Parteipresse gegangen, sondern auch im Protokoll des Parteitages zum Ausdruck gelangt sind — ein ganz neues Verfahren, durch welches die Möglichkeit einer gleichberechtigten Antwort völlig abgeschnitten wird —, so darf ich wohl gleichfalls die Parteipresse im Nachdruck bitten.

Wollmar.

Aus Industrie und Handel.

Der Feinblech-Verband geht seiner Auflösung entgegen. Die am 3. d. M. in Köln stattgehabte Versammlung des Feinblech-Verbandes hat, wie die „A. V. Z.“ hört, dem vorliegenden Antrage eines Mitgliedes, den Verband wegen des zu stark gewordenen Wettbewerbes der außerhalb desselben stehenden Werke aufzulösen, seine Zustimmung zwar nicht erteilt, der von der Versammlung gefasste Beschluß zeigt indes, daß man diesen Wettbewerb auf die Dauer nicht mehr für erträglich hält. Bevor man nun außerhalb greift, will man jedoch die außerhalb des Verbandes stehenden Werke in aller Form zum Beitritt in den Verband auffordern. Wenn dies nicht zum Ziele führt, so soll einer einüberstehenden Versammlung anheimgegeben werden, betreffs der Auflösung des Verbandes endgültigen Beschluß zu fassen.

Auf dem Petroleummarkt zeigt sich in letzter Zeit ein andauerndes Steigen der Petroleumpreise. Die Preise für amerikanisches Petroleum stehen zur Zeit in Hamburg um 75 Pf. pro Centner höher als zu Anfang des Jahres, und ähnliche Preissteigerungen werden aus andren Hauptniederlagplätzen des deutschen Petroleumhandels berichtet, z. B. aus Mannheim. Die Bewegung geht vom amerikanischen Petroleummarkt aus, doch folgten bisher die Preise für russisches und österreichisches Petroleum den amerikanischen alsbald nach.

Die amerikanischen Blechwerke in der Neuen Homburger Wörsenhalle, von welchen wie kürzlich berichtet, werden in hiesigen Fachkreisen, als nicht für den deutschen Markt bestimmt, bezeichnet. Für den Import wäre erstens der jetzige Inlandspreis zu niedrig, zweitens der Zoll (3—5 M. pro 100 Kilogramm) und der Frachtsatz für den Transport nach Hamburg zu hoch. In den Jahren 1898/99 hat allerdings die nordamerikanische Union Feinbleche nach Deutschland geliefert, aber damals stand der deutsche Marktpreis um 50 bis 70 Proz. höher als jetzt. Es wird vielmehr in den hiesigen Fachkreisen angenommen, daß der amerikanische Stahltrist mit seinem Angebot nur den Zweck verfolgt, mit den Hamburger Exporteuren, die nach Südamerika Effentwaren ansühren, ins Geschäft zu kommen und sie zu veranlassen, statt der englischen Bleche dorthin amerikanische zu liefern. Da die deutsche Feinblechindustrie vorwiegend ihren Markt im Inlande hat und nur in relativ geringem Maße ausführt, so richtet sich der amerikanische Export überhaupt weit mehr gegen England bezw. gegen das englische Ausfuhrgeschäft als gegen das deutsche.

Interessant ist, daß neuerdings wieder aus den Vereinigten Staaten gemeldet wird, der Stahltrist beabsichtige, seine enge Verbindung mit dem Schiffahrtstrist zu Gunsten der Stahlausfuhr auszulassen. Als der Morganische Dampftrist gegründet wurde, bezeichnete man schon als eines seiner wichtigsten Ziele die Erleichterung der Ausfuhr der Vereinigten Staaten, wobei man besonders Eisen und Stahl im Auge hatte. Nun befindet sich freilich der Schiffahrtstrist „King“ gegenwärtig keineswegs in rosigter Lage; aber gerade darum wären ihm jetzt gewaltige, zur Verfrachtung kommende Mengen von Eisen und Stahl, wenn auch zu billigen Frachten, sehr willkommen.

In der „Glebeland Iron Trade Review“ war denn auch kürzlich schon, wie die „Köln. Volkszeitung“ meldet, zu lesen, daß die Möglichkeit der Ausfuhr amerikanischen Roheisens auf Grund der heutigen Preise nur eine Frage der Seefrachten sei; auf Grundlage billiger Seefrachten sei das Erscheinen südlichen Alabama-Roheisens in England und wohl auch auf dem europäischen Festland wahrscheinlich. Im New York „Commercial“ behauptet ein Beamter des Stahltrists, dieser könne im Bunde mit dem befreundeten Schiffahrtstrist, ungeachtet der viel höheren amerikanischen Arbeitslöhne, jedes europäische Werk unterbieten, und ein Beamter des Drahttrists versichert derselben Quelle, daß er „auf Grund der amerikanischen Arbeit und Maschinen den deutschen Markt erringen und Stahl viel billiger erzeugen könne, als die Deutschen selbst.“ Das gleiche sei mit dem südamerikanischen Geschäft und mit dem nach dem Osten der Fall.

Diese Behauptung des Angestellten des Drahttrists zählt allerdings zu den amerikanischen Kuffmebereien, wie sie in den letzten Jahren

Wichtig geworden sind. Der deutsche Inlandmarkt hat von der amerikanischen Konkurrenz — abgesehen von bestimmten feineren Stahlartikeln und Maschinen — wenig zu befürchten, umso mehr aber das deutsche Eisen- und Stahlexport-Geschäft, und da die deutsche Eisenindustrie auf dieses Geschäft durchaus angewiesen ist, stehen ihr schwere Zeiten bevor, mag es auch heute um ihren Export noch einigermaßen günstig bestellt sein.

Rußlands diesjährige Getreide-Ernte erweist sich als eine recht mangelhafte. Die Berichte, die kürzlich von einem Teil der russischen Presse veröffentlicht wurden, waren gesüßert. Nach einem auf amtlichen Nachrichten beruhenden Bericht des deutschen Konsulats in Moskau stellt sich der Ernteertrag im Vergleich zur vorjährigen Ernte sowie zum Durchschnittsertrag der Jahre 1897—1901:

	1903	1902	1897/1901
in Millionen Pud (1 Pud 16,38 Kilogramm.)			
Weizen	780	1 000,1	899,8
Roggen	1 250	1 408,4	1 209,6
Safer	650	824,7	677,8
Gerste	375	449,6	321,1

Der Ertrag ist also ein weit geringerer als im vorigen Jahre, obgleich in diesem Jahre bei sämtlichen Getreide-Arten die Anbaufläche um ca. 4—6 Proz. größer war. Und nicht allein in der Quantität ist die diesjährige Ernte hinter der vorjährigen zurückgeblieben. Die Körnerentwicklung ist im Ost-, im Central- und im Südggebiet infolge der großen Trockenheit, im Westgebiet infolge der allzuhäufigen Niederschläge ungenügend gewesen.

Für den russischen Bauern bedeutet dieser Ernte-Ausfall ein neues, noch traurigeres Hungerjahr.

Amerikanischer Stahlmarkt. Der soeben von der Verwaltung des Stahlwerks veröffentlichte Geschäftsbericht für das letzte Vierteljahr zeigt, daß die Abflauung des amerikanischen Eisenmarkts bereits die Geschäftslage des Trujis in starkem Maße während der letzten Monate beeinflusst hat. Die Quartalsdividende für die Stammaktien, die bisher 1 Prozent betrug, ist auf $\frac{1}{2}$ Prozent herabgesetzt worden, und selbst diese Dividende ist nur mit Ach und Krach herausgeschlagen worden. Der Telegraph berichtet darüber:

„Das für die common shares festgesetzte $\frac{1}{2}$ Prozent betrachtet man in hiesigen Kreisen als ein Kompromiß der Parteien, deren eine der Meinung war, daß man von einer Dividendenteilung ganz Abstand nehmen solle, während die andre 1 Prozent — wie bisher — wünschte. Vor Veröffentlichung der Erklärung ging man einige Wetten von 2 zu 1 ein, daß die bisherige Dividende wieder gezahlt werden würde, obgleich im Straßenverkehr dieselbe zu $\frac{1}{2}$ Prozent verkauft wurde. Späterhin erklärte ein Mitglied des Aufsichtsrats, daß man einmütig für die Herabsetzung der Dividende gestimmt habe, die auf ein Nachlassen der Geschäfte zurückzuführen sei.“

Was es mit diesem Nachlassen der Geschäfte auf sich hat, zeigt die eigne Mitteilung des Trujis, daß die nicht erledigten Aufträge am 1. Oktober d. J. nur 3 728 742 Tonnen betragen, das bedeutet eine Abnahme von 1 114 258 Tonnen gegen den 1. Oktober 1902 und eine solche von 937 836 Tonnen gegen Ende Juni 1903.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Marburg, 6. Oktober. Wegen Verbreitung socialdemokratischer Flugblätter an einem Sonntag während des Gottesdienstes hatten sich vor heutiger Strafkammer die Arbeiter Gundlach und Rudolf aus Kassel zu verantworten. Sie hatten am Sonntag, den 7. Juni, also während der Wahlzeit, in Friedendorf die Flugblätter von Haus zu Haus getragen, während es im benachbarten Spießhappel zur Kirche lautete und die Leute zum Gottesdienst wollten. Das Schöffengericht in Homberg hatte jeden der beiden zu 6 W. Geldstrafe verurteilt, weil nach dem Gesetz ein Ausstragen von Sachen, gleichviel welcher Art, an Sonn- und Feiertagen während des Gottesdienstes auf öffentlicher Straße verboten sei. Die Angeklagten hätten aber die öffentliche Dorfstraße benutzt, die Flugblätter in die Häuser zu bringen. Die Angeklagten hatten hiergegen Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß die Polizeiverordnung nur das Ausstragen von Flugblättern auf öffentlichen Straßen verbiete, nicht aber das Verteilen in den Häusern. Es handle sich aber hier nicht um eine bezahlte Arbeit, weil sie das Verteilen unentgeltlich bewirkt hätten. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, weil es niemand etwas angehe, wenn jemand ein Paket über die Straße trage, noch dazu vor dem Gottesdienst. Wenn die Polizeiverordnung das verbiete, so bestreite sie zu Unrecht, denn in dieser Handlung sei keine Störung des Gottesdienstes zu erblicken. Bewiesen sei aber, daß die Angeklagten die Flugblätter in die Häuser gebracht hätten.

Gewerkchaftliches.

Die Arbeitslosen-Versicherung eines Gewerkschaftsverbandes eine öffentliche Angelegenheit?

Mitglieder des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes hatten sich in Stiepel ohne polizeiliche Anmeldung versammelt, um einen Vortrag des Vorsitzenden Sachse über die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung für die Mitglieder des Verbandes zu hören. Der Einberufer Wente und der Redner Sachse erhielten Anklagen wegen Vergehens gegen das preussische Vereinsgesetz, weil die Versammlung der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gedient habe und somit der Polizei hätte angemeldet werden müssen. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten frei und führte aus, wenn die Frage der Arbeitslosen-Versicherung nur vor einer abgeschlossenen Gruppe und nur für diese erörtert werde, so wie hier vor Mitgliedern des Bergarbeiter-Verbandes für die Mitglieder dieses Verbandes, dann handle es sich nicht um eine öffentliche Angelegenheit. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Arbeitslosen-Versicherung der Mitglieder des Verbandes berühre auch die Interessen aller übrigen Bergarbeiter, die jederzeit dem Verbande beitreten könnten.

R.-A. Wolfgang Heine machte demgegenüber u. a. geltend, daß die Arbeitslosen-Versicherung der Mitglieder eines Verbandes durchaus ein privates Unternehmen derselben sei, wie es z. B. die Privatangelegenheit der Mitglieder einer Versicherungsgesellschaft sei, wenn diese über die Erhöhung der Prämien verhandelt. Etwas anderes wäre es nach der Judikatur der Gerichte, wenn etwa mit erörtert würde, ob und welchen Einfluß solche Arbeitslosen-Versicherung auf die Lage der Nichtverbandsmitglieder habe. Darüber sei hier aber nicht gesprochen worden und habe nicht gesprochen werden sollen. Nur hinsichtlich der Mitglieder sei die Angelegenheit erörtert worden.

Das Kammergericht vertwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Es sei denkbar, daß die Erörterung von privaten Interessen in eine Erörterung von öffentlichen Angelegenheiten übergehen könne, wenn der Kreis, worauf sie sich beziehe, ein so großer sei, daß seine Interessen die öffentlichen Interessen berühren müssen. Wenn der Oberstaatsanwalt eine große Verbreitung des Bergarbeiter-Verbandes behauptete, so könne das auf das Urteil des Kammergerichts nicht von Einfluß sein, weil es sich um eine Angabe rein tatsächlicher Natur handle. Im übrigen habe sich das Kammergericht den Ausführungen des Verteidigers anschließen bemächtigt.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

In der gestrigen Streikversammlung der Metallarbeiter erklärte der Referent Cohen, daß die Arbeitgeber in ihren Versammlungen recht oft von einzelnen ihrer Kollegen hinter das Licht geführt werden. So hat z. B. Herr Hegewald aus Oberschöneweide in der Vorkonferenz am Sonnabend behauptet, in seinem Betriebe arbeiteten nur noch vier Mann, die andern hätte er alle ausgesperrt. Es ist nun eine Thatsache, daß nicht vier, sondern 54 Mann und acht Arbeiterinnen dort noch ständig beschäftigt sind. — Was die Kontrollkommission der Fabrikanten auch wissen müßte, wenn sie es wissen wollte — so daß die notwendigen Arbeiten fortlaufend erledigt werden können. Noch immer wird von seiten der Arbeitgeber die Behauptung aufrecht erhalten, es seien rund 9000 Mann ausgesperrt. Dem Streikkomitee will es aber beim besten Willen nicht gelingen, mehr als 3000 herauszugähren, und es ist unerklärlich, wo die übrigen 6000 steden mögen. Nach vorläufiger Zählung der Aussperrten fehlen noch etwa 110 an der Zahl 8000; eine genaue Zählung wird am Freitag, wo die Aussperrten die erste Unterfertigung erhalten, vorgenommen. Mit derselben Hartnäckigkeit suchen die Stabnemänner die Meinung aufrecht zu erhalten, es hätten nur 34 kleine unbedeutende Firmen mit 300 Arbeitern bewilligt. Sie möchten selbstverständlich gern die Namen der Arbeitgeber, die bewilligt haben, wissen, um diesen Schwierigkeiten zu bereiten. Auf keinen Fall wird ihnen die Streikleitung diesen Gefallen thun. Die Mitteilungen, die von dieser Seite über die Bewilligungen gemacht sind, sind in keiner Weise übertrieben. Tagtäglich mehren sich die Zahl der Unterschriften. Eine genaue Zählung der Bewilligungen, die beim Gewerbegericht und bei der Streikleitung eingelaufen sind, wird noch im Laufe dieses Tages erfolgen. Ein Teil der Fabrikanten rechnet noch immer damit, dem Metallarbeiter-Verband würden wohl schon in dieser Woche die Mittel zur Fortführung des Streiks ausgehen. Man meint, es seien höchstens 100 000 M. erforderlich für Unterfertigung. So hoch erklärt Redner, sei die Summe freilich nicht, aber die nahezu 80 000 M., die seiner Berechnung nach draufgingen, könne der Verband auf lange Zeit hinaus auszahlen. Die 6 Proz., die die arbeitenden Mitglieder gern und pünktlich zahlen, seien eine unerschöpfliche Quelle. Vorläufig könne man auf alle anderen Hilfsmittel, die zur Verfügung ständen, sowie auf die von der Gewerkschaftskommission und von andern Seiten in Aussicht gestellte Beihilfe verzichten. Die Fabrikanten könnten lange warten, wenn sie die Erhaltung der Geldmittel des Verbandes abwarten wollten. Der Metallarbeiter-Verband hätte bisher noch jeden Kampf aus eignen Mitteln geführt, und so werde es wohl auch mit diesem Kampfe gehen. Von Tag zu Tag werde der Stand der Bewegung für die Arbeiter günstiger, so daß man annehmen könne, daß die endgültige Entscheidung nahe bevorstehe. — Starke Beifall, der dem Redner zu teil wurde, zeigte dafür, daß die Streikenden ebenso wenig wie die Streikleitung daran denken, den so günstig verlaufenden Kampf aufzugeben.

Die Lohnverhältnisse der Schraubenreder wurden am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung dieser Branche einer eingehenden Erörterung unterzogen. Wiefenthal ging in seinem Referate auf die Abmachungen ein, die zwischen den Schraubenreder und ihren Arbeitgebern im Jahre 1896 getroffen wurden. Damals sei schon ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde sowie die neunstündige Arbeitszeit vereinbart worden. Letztere ist nun zwar geblieben, doch der Lohn ist permanent gesunken. Abzüge auf Abzüge sind erfolgt, besonders in der Zeit der schlechten Konjunktur, an Aufbesserungen haben die Unternehmer indessen nicht wieder gedacht. An diesem Verhalten der Unternehmer sei zu ersehen, wie wenig Wert ihren ehrenwörtlichen Versicherungen den Arbeitern gegenüber beizulegen ist. Deshalb seien sich die gesamten Metallarbeiter sehr auch darüber schlüssig, daß Vereinbarungen und Verträge mit Arbeitgebern nur den geordneten Frieden entsprechen, wenn sie von letzteren unterzeichnet und anerkannt werden. Am nun ein möglichst klares Bild über die gegenwärtig in der Schraubenbranche gezahlten Löhne zu gewinnen, ist von den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe eine Statistik aufgenommen worden. Danach sind die Arbeitsverhältnisse äußerst schwankend. Abgesehen von einigen wenigen Betrieben mit stabilen Verhältnissen variieren die Stundenlöhne zwischen 58 und 32 Pf. Hilfsarbeiter verdienen 25 bis 30 Pf.; in besonders günstigen Fällen 35 Pf. Dreherinnen werden mit Löhnen bis herunter zu 18 und 15 Pf. abgespeist. In Perioden, wo verkürzte Arbeitszeit eingeführt wurde, oder die Arbeiter zeitweise aussetzen mußten, konnten nur Wochenverdienste von 18, 16 und 12 Mark erzielt werden; mehrfach mußten Arbeiter und Arbeiterinnen sogar mit 9 und 6 Mark und darunter nach Hause gehen. Auch bei guter Konjunktur sind Wochenverdienste von über 30 Mark immer nur eine Seltenheit. Hier in diesen Verhältnissen baldmöglichst eine stabile Einheitlichkeit durch Abschluß eines Tarifvertrags herbeizuführen, sei nunmehr das nächstliegende Ziel der Schraubenreder. Freilich dürfe dabei im Hinblick auf die gegenwärtige große Bewegung der Dreher und Gürtler nichts überstürzt werden. Doch bei besonnener, planmäßig betriebener Vorarbeit und energischer Agitation werde es demnächst auch gelingen, für die ca. 2000 Schraubenreder Berlins bessere Lohnverhältnisse zu erzielen. — In der Diskussion verpflichteten sämtliche Redner dem Referenten frei; auch bekräftigte die Versammlung den Streikenden und Aussperrten ihre vollste Sympathie aus. Zur einstimmigen Annahme gelangte alsdann folgende Resolution:

Die heutige Versammlung beauftragt die Agitationskommission, eine energische Agitation zu Gunsten einer Lohnbewegung der in der Schraubenfabrikation beschäftigten Kollegen und Kolleginnen zu entfalten. Das Resultat derselben ist einer Vertrauensmännerversammlung mitzuteilen, welche dann mit weiteren Vorschlägen an eine spätere Versammlung kommen soll.

Achtung! Preßer und Preßverleger. Wegen Lohnbifferenzen befinden sich die Kollegen der Lugschneidfabrik von Schwerdfeger u. Co., Reimendorferstr. 58, im Ausstand. Wir ersuchen, diese Werkstube zu meiden, Ordreverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Deutsches Reich.

Eine für Gewerkschaftskarteile wichtige Entscheidung fällt die Strafkammer in Halle auf die Direktion des Kammergerichts. Seit Jahr und Tag macht die dortige Polizeiverwaltung den Teilnehmern des Gewerkschaftskarteils das Leben schwer. Permanente wurden die Sitzungen aus Grund des § 6 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1890 überwacht und wenn sie der Polizei nicht gefielen, aufgelöst. Auch am 30. Oktober v. J. war eine solche Sitzung, an der etwa 50 Delegierte teilnahmen, der Auflösung verfallen. Der überwachende Beamte hatte die Teilnehmer bei Eintritt der Polizeifamde aufgefordert „sofort“ den Saal zu verlassen; die Gewerkschaftsmitglieder waren aber nicht gegangen, da sie doch wenigstens erst ihre Rede beizahlen wollten. Es wurden dann zehn Genossen notiert und schließlich erst vom Schöffengericht und dann vom Landgericht zu je 15 M. Geldstrafe event. drei Tagen Haft verurteilt. Nach eingelegter Revision erkannte aber die Strafkammer nun endlich an, daß die Angeklagten, obwohl sie den Willen gehabt haben, das Lokal nicht zu verlassen, sich trotzdem nicht strafbar gemacht haben, denn jene Zusammenkunft sei keine Versammlung im Sinne des § 6 des Vereinsgesetzes, sondern nur eine Sitzung gewesen. Es erfolgte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten und die nicht unerheblichen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

400 Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt. In Wilhelmshafen sind aus einer ganz geringen Ursache 400 Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt worden. Auf einem Bau stellten die Arbeiter das Verlangen, daß ein ihnen militärischer „Kollege“, mit dem sie wegen seiner Vergangenheit nicht zusammen arbeiten wollten, nicht entlassen, wohl aber auf einen andren Bau desselben Unternehmers ge-

sandt werde, auf welchem dieser seine unorganisierten Leute beschäftigte. Der Unternehmer ließ jedoch lieber die 31 organisierten Arbeiter aufhören, als daß er diesem Wünsche willfahrte, und nun sperren sie den Bau. Nimmere machen die Unternehmer die Gelegenheit ihres Kollegen zu der übrigen. Sie verlangten, die Aussperrung solle aufgehoben werden, nach Aufhebung der Sperre würden sie zwecks Beilegung der Differenzen mit dem Vorstand der Organisation in Verbindung treten, im andern Fall aber würden sie Gegenmaßnahmen ergreifen. Als die Arbeiter sich weigerten, vor Eintritt in die Verhandlungen die Sperre aufzuheben, schritten die Unternehmer zur Aussperrung. — Gegenwärtig schweben Unterhandlungen zur Beilegung des Konflikts.

Ausland.

Die Streikbewegung in Frankreich macht weitere Fortschritte. In den Textilarbeitern, Bädern, Schmieden usw. sind jetzt in Marseille die Streikholzarbeiterinnen hinzugekommen — 400 Frauen und Mädchen, die energischeres Arbeitsmaterial verlangen und bereits eine Unterredung mit dem Vizepräsidenten hatten. — Nach La Rochelle, wo die Bäder streiken, wurden 27 Militärbäder entsandt, die den Bädermeistern der Stadt als Streikbrecher dienen müßten.

Sociales.

Eine ungünstige Gewerbegerichtswahl. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Eisen saigten am 27. März die freien Gewerkschaften. Auf den Protest der christlichen Gewerkschaften hat der Bezirksauschuss die Wahlen für ungültig erklärt, weil die Wahlbezirke zu groß waren und infolge des großen Andrangs viele Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Die ungeeignete Bezirkseinteilung ist natürlich von dem Magistrat der Struppstadt lediglich im Interesse der freien Gewerkschaften gemacht worden und daher ist es kein Wunder, daß er vom Bezirksauschuss jetzt berichtigt wird. Wir hoffen aber trotzdem, daß solche Gründe auch einmal dort zur Aufhebung der Wahl führen werden, wo — was auch vorkommen soll — die christlichen Arbeiter und sonstige Gutgesinnte den Vorteil davon haben.

Der Segen der Socialgesetzgebung.

Von einem Schriftstüd, das die berühmte deutsche Socialreform im hellsten Lichte erschränkt läßt, hat das „Bayerische Vaterland“ kürzlich Notiz genommen:

Das betreffende Schriftstüd ist ausgefällt von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinschaft für den Regierungsbezirk Niederbayern und betrifft den Unfall des Bauers Peter Steger in Hohenberg. Auf Grund gepflogener Erhebungen wurde festgestellt:

1. Peter Steger ist zu — 25 Proz. erwerbsunfähig.	2. Peter Steger war bereits vor dem Unfall infolge der Strapazen des Feldzugs 1870/71 zu 40 Proz. erwerbsunfähig.
Die Rentenberechnung stellt sich demnach wie folgt:	
Jahresverdienst für die männlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter	840 M. — Pf.
Abzug der 40prozentigen Erwerbsbeschränkung infolge der Kriegsstrapazen vor dem Unfall.	240 — —
bleiben 60 Proz.	504 — —
Die Rente berechnet mit 60% Proz. ergibt jährlich	138 — —
Demnach macht die 25prozentige Arbeitsminderung durch den Unfall jährlich	34 — —
	vierjährlich 8 — 50 —

Es ist zu bemerken, daß der Mann, der weder Pension noch sonst eine Reichsbeihilfe bekommt, die Beiträge zur Unfallversicherung voll bezahlen mußte. Die Geschichte kann auch in dem Kapitel vom Bauernschicksal eine hervorragende Stelle einnehmen.

Aus Hessen wird uns geschrieben: Im Alter von 64 Jahren ist in Darmstadt der Gewerbe-Inspektor M o e s e r gestorben. M o e s e r war der erste Beamte der hessischen Gewerbe-Inspektion. Seine Berufung erfolgte im Jahre 1883. Viele Jahre hindurch hat er die Inspektion im ganzen Großherzogtum allein ausgeübt. Seine Berichte erleichterten es unseren Genossen im Landtage sehr, auf den Ausbau der Gewerbe-Inspektion zu dringen. Ihr Verlangen war befallschlich von Erfolg gekrönt, und schließlich war Hessen sogar der erste Bundesstaat, der weibliche Assistenten in Dienst stellte.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage der Freiheitsberaubung und der Beleidigung stand gestern der Straßenbahnführer Julius Hierdt vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. An einem Junimorgen besitz der Kaufmann Zimmermann den vom Angeklagten bedienten Wagen. Er setzte sich und vertiefte sich sofort in seine Zeitung. Nach einiger Zeit trat der Schaffner mit der üblichen Frage: „Wie weit, mein Herr?“ an ihn heran. Der Fahrgast griff ohne aufzusehen in seine Tasche, zog eine Abonnementkarte hervor und reichte sie dem Schaffner hin. Dieser erwiderte: „Sie müssen mir die Karte auseinanderklappen, damit ich die in der Innenseite befindliche Photographie und Nummer sehen kann.“ Der Fahrgast erwiderte: „Ich habe keine Zeit, ich muß lesen.“ Durch diese Antwort erregt werdend, bestand der Schaffner darauf, daß man ihm die Karte geöffnet entgegenzubalten habe. Herr Zimmermann vertrat den Standpunkt, daß er dies nicht nötig habe. Die Frage wurde auch von den übrigen Insassen lebhaft erörtert. Zimmermann äußerte bei der Auseinandersetzung mit dem Schaffner: „Von einem Angestellten der Straßenbahn sollte man etwas mehr Entgegenkommen erwarten.“ Die Auseinandersetzung zog sich bis zur Haltestelle hin. Hier sah der Schaffner einen Schuhmann stehen. Er rief ihn heran und auf Zimmermann zeigend, sagte er zu ihm: „Ich bitte, daß Sie den Herrn feststellen, er hat mich beleidigt.“ Als der Schuhmann den Herrn Zimmermann darauf aufmerksam machte, daß die Wade gerade gegenüber liege, folgte der letztere ihm willig dorthin. Er wurde nach Vorzeigung seiner Abonnementkarte sofort wieder entlassen. Er erstattete gegen den Schaffner obige Anzeige. Vor Gericht wies der Angeklagte aus seiner Instruktion nach, daß er berechtigt sei, zu verlangen, daß die Fahrgäste ihm ihre Abonnementkarten offen vorzeigen. Der Staatsanwalt erkannte dies an, bemerkte aber, daß es im vorliegenden Fall nicht nötig gewesen sei, so hartnäckig auf diesem Recht zu beharren. Auch sei es nicht korrekt gewesen, die Feststellung des Zeugen durch den Schuhmann bewirken zu lassen, der Angeklagte hätte darauf bestehen können, daß der Zeuge ihm seine Karte zeigte, und daraus hätte er alles entnehmen können. In dieser unnötigen Eistierung sei zwar nicht eine Freiheitsberaubung, wohl aber eine Beleidigung zu erblicken. Er beantragte hierfür gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 M. Der Gerichtshof konnte in dem Verhalten des Angeklagten auch keine Beleidigung erblicken und kam deshalb zu einem freisprechenden Erkenntnis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 7. Oktober. (B. L. Z.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Oestreich und Rußland protestierten gegen die Einlegung des macedonischen Komites unter Ghini Palada und sprachen sich gegen eine Umbenennung des von ihnen vorgelegten Reformprogramms aus.

Kristiania, 7. Oktober. (B. L. Z.) „Nord-Telegram-Bureau“ erfährt, daß das Ministerium Wiedr an einem der ersten Tage nach Zusammenritt des Stortings zurückzutreten gedenkt.

Paris, 7. Oktober. Wie die „Agence Havas“ meldet, wird auf eine von Italien an die Mächte gerichtete Einladung in Paris eine internationale Konferenz zusammengetreten, um die Vorschriften zur Verhütung der Ausbreitung der Pest und der Cholera in Europa und im Orient zu ergänzen.

Tourensing, 7. Oktober. (B. L. Z.) Heute sind größere Gruppen von Ausständigen aus Hallau und Mering hier eingetroffen; sie drangen in mehrere der hiesigen Weereien ein, schlugen vier Fenster ein und zwangen die Arbeiter zur Einstellung ihrer Thätigkeit.

Nach dem Parteitage.

Aus einem sehr langen Artikel der „Sp. Korrespondenz“, der in einigen Parteiblättern abgedruckt wird, geben wir in folgendem einen Auszug:

Mit Feuer und Eisen!

Das Weibel nicht in das gesunde Fleisch der Partei, sondern in eine Eiterbeule geschnitten hat, davon wird sich jetzt, nach den Enthüllungen des Herrn W. Harden, wohl auch der Sanftmütigste unter uns überzeugen haben. Das stinkt ja wie die Pest. Daß die Fäulnis soweit vorgeschritten ist, davon hat von uns allen, die außerhalb des Berliner Litteraten- und Parlamentarierkreises stehen, niemand eine Ahnung gehabt. Da gerät es nicht, vor Elend die Nase zu rümpfen — Jörn muß einen erschaffen, heißiger Jörn um der Sache willen, für die wir unser Bestes einsetzen und die diese Herren zum Spielball ihres Ehrgeizes und ihres politischen und sonstigen — der Teufel weiß, welchen noch — Strebertums gemacht haben.

In Dresden wird gegen Franz Mehring ein förmliches Kesseltreiben inszeniert. Der Haupttrumpf, der gegen ihn ausgespielt wird und der auch seine Wirkung nicht verfehlt hat, ist, daß er Harden Material zu einer Polemik gegen Bruno Schoenlant anbot. Aber die mit fittlichem Pathos ob dieser Verletzung der parteigenösslichen Solidarität sich an die Brust schlugen, sie haben Harden nicht etwa bloß polemische Material angeboten, sie haben ihn angestachelt zu einem Prozeß gegen ihren Parteigenossen Mehring. Darüber kann es keine zweierlei Meinung geben: Glaubten sie, im Partei-Interesse gegen Mehring vorgehen zu müssen, so müßten sie sich an die Partei-Instanzen wenden, schließlich an die Partei-Offenheit, — indem sie sich bemühen, einen Prozeß zu stände zu bringen, der sich unbedingt zu einem Parteiskandal auswachsen müßte, übten sie Verrat nicht nur an ihrem Parteigenossen Mehring, sondern an der Partei.

Seine wartete nicht erst, bis ihm Harden Material gegen Mehring anbot. Er verlangte aus eigener Initiative von ihm dieses Material, besprach mit ihm die Intrigue gegen Mehring, versah sich vor dem Parteitag nochmals mit den Hardenschen Dokumenten und schickte ihm noch vom Parteitag einen Rapport über den Verlauf der Vataille.

Diese Leute thaten also viel schlimmeres, als Mehring. Wie konnten sie sich über Mehring erheben? Das war Heuchelei. . . .

Geschah das aus persönlichem Haß gegen Mehring? Das mag gelten von wem sonst, nur gilt es von W. Heine nicht, dem läßt berechnenden diplomatischen Kopf, der von sich selbst sagt — in seinem Brief an Harden vom 8. April d. J.: „Ich halte Empfindlichkeit in der Politik für eine der größten Schwächen.“ Spielten auch persönliche Motive mit, der Grund war politisch: Mehring sollte vernichtet werden, weil er die radikale Richtung in der Partei vertritt. Mehring sollte zum Schweigen gebracht werden. Das Wissen, der Scharf sinn, die Logik dieses Mannes waren diesen politischen Gernegroßen unbedeuten, und da sie noch über keine Gefährnisse und keine Guillotine verfügten, so sollte er auf dem Wege der Parteifeme stranguliert werden. Die Richtung sollte getroffen werden durch die Vereitelung des Mannes, der sie vertrat. Das ist aber nur das letzte Glied einer Kaskade, die von jener Seite durch Jahre hindurch konsequent verfolgt wird. . . .

In Dresden die Hege gegen Mehring, in München die Hege gegen Kautsky, in Lübeck, vor Lübeck und nach Lübeck, bis auf den heutigen Tag, die persönliche Hege gegen mich und Genossin Lugensburg.

Dann aber sollte vor allem unser „Ton“ dazu herhalten, und auf die Proscriptionsliste zu setzen. Wir erörtern erst diese Klagen über den schlechten Ton recht wunderlich; ich konnte nicht begreifen, wie man so empfindlich sein kann, sich wegen Ungehörlichkeiten über den sachlichen Streit, der stets die vitalen Interessen der Partei betraf, hinwegzusetzen. Nach und nach ging mir ein Licht auf: die Schimpereien über den Ton sollten gerade dazu herhalten, die Aufmerksamkeit von den sachlichen Momenten abzulenkten. Ich warnte die Partei: Gebt Acht! nicht der persönlichen Polemik, sondern der grundsätzlichen Kritik gilt der Kampf! Auf dem Münchener Parteitage trat das auch bereits offen zu Tage: hier wollte man Kautsky eine Redaktionsführung aufnötigen, die den geistigen Zusammenhang unserer Bewegung und folglich alle Bande der Partei auflösen müßte. In einem neuen Glanze erscheint aber diese Hyperempfindlichkeit bei Parteipolemiken angesichts der verdrissenen Keuchung von W. Heine: „Ich halte Empfindlichkeit in der Politik für eine der größten Schwächen.“ Der „Neuen Zeit“, der wissenschaftlichen Revue der Partei, gegenüber hielt es, ihr schlechter Ton, ihre Polemiken verurteilen die Mitarbeiterchaft an ihr; in Lübeck hielt uns W. Heine eine Vorlesung über den guten Ton, — und als es sich um seine Mitarbeiterchaft bei dem parteigegenständlichen Sensationsblatt Hardens handelte, schrieb er: „Angriffe auf meine Partei, auch wo ich sie für persönlich ungerecht halte, würden mich nicht abschrecken. Ich halte Empfindlichkeit in der Politik für eine der größten Schwächen.“ Das schrieb er im April dieses Jahres, als Harden selbst ihm zu bedenken gab, ob denn seine Mitarbeiterchaft an der „Zukunft“ mit seiner Parteistellung vereinbar sei, und im September auf dem Parteitag erklärte er, die Angriffe Hardens auf unsere Partei veranlassen ihn, an der „Zukunft“ nicht mitzuwirken! Also glaubte er selbst nicht daran, was er sagte, also spielte er auf unseren Parteitag Komödie, also war das Doppelgängigkeit, Heuchelei, Demagogie.

Man spielte die Harmlosen und unschuldig Bekränkten, man spekulierte auf das Mitleidsgefühl der Massen, und that das, was Heine anbietet, in voller Berechnung, nach dem Rezept, das W. Heine seinem Freunde Harden mitteilt: „Die Rechnung auf Sentimentalitäten ist selten verfehlt.“ . . .

Man betrachtet jeden, der an die revolutionären Grundzüge der Partei erinnert, der Kärm schlägt gegen alle Verdächtigungs- und Verwünschungsbestrebungen, als Störenfried und überhäuft ihn mit persönlichen Invektiven. Und zugen die Vorwürfe der persönlichen Diktatur, die man jetzt gegen Weibel erhebt, nicht von der gleichen Methode? Wenn Weibel im Unrecht ist, hat auch er die Partei gegen sich. Das sah man auf dem Parteitag in Breslau, wo Weibel bei all seiner forensischen Beredsamkeit dreieriertel des Parteitages gegen sich belam. Aber es gilt dem Ansehen Weibels irgendwie Abbruch zu thun, und deshalb: Diktator! Wie niedrig muß man aber den Parteitag und die Partei einschätzen, um glaubhaft zu machen, daß sie sich von Weibel leithammeln lassen!

Wir haben jetzt die Fäden der Intrigue vor uns. Sie geht zwei Wege — innerhalb der Partei und außerhalb der Partei. Innerhalb der Partei möglichste Beschwichtigung der sachlichen Diskussion wird ausgedehnt, unauffällig in der „Prozis“, also in der parlamentarischen Thätigkeit versucht man die neue Methode der positiven Mitarbeit anzuprenden, wenn nötig, wird sie verleugnet, abgelehnt, allen Resolutionen wird zugestimmt, indessen wird gegen unbedeuten Kritiker mit persönlichen Verdächtigungen und Verunglimpfungen gearbeitet, die „Orthodoxie“ muß erst in Verzug gebracht werden, und sind erst ihre Vertreter unschädlich gemacht worden oder tot — man zählt die Jahre der Lebenden — dann würde man die Macht über die Partei ergreifen können. Außerhalb der Partei — möglichst gute Beziehungen zu der bürgerlichen Presse. Denn man legt Wert auf die Öffentlichkeit. Die Namen sollen populär werden. Auch ist die bürgerliche Presse noch in anderer Beziehung wertvoll — man kann sie gegen die unbedeuten Richtung in der eigenen Partei ausnutzen, selbst oder durch andre. Das kann sehr bequem geschehen, ohne Spuren zu hinterlassen. Man kommt mit einem Harden unter vier Augen zusammen, man unterhält sich mit ihm lordial über die Partei, über die eignen großen Absichten, über die Schwierigkeiten, denen man da seitens der dominierten Prinzipienreiter begegnet, man sagt einigen persön-

lichen Klatsch hinzu — und braucht sich um das weitere nicht mehr zu kümmern. Eine ganz harmlose Beschäftigung! Harden ist ein angenehmer Gesellschafter, weshalb soll man mit ihm nicht noch den Strapazen des Tages, nach den vielen juristischen und parlamentarischen Staatsleistungen ein Plauderstündchen abhalten. Und ist es nötig, so leugnet man es ab. Man habe sich von Harden bloß Litteraturstunden geben lassen, man habe mit ihm vom Wetter gesprochen und den neuesten Damenmoden. Harden ist ein verständiger Mensch und würde es begreiflich finden, wenn man von ihm öffentlich abridt. Die leidige Partei! Die Leute sind dumme, wissen nichts von der Kunst der höheren Politik, die mit den Grundfragen Kaugball spielt, sie sind mißtrauisch — man muß ihnen etwas vorgelesen. Es giebt auch eine gewisse Bemühtung, den Massen zu imponieren. . . .

Allen diesen Verhältnissen, sowohl jener, die von Harden persönlich abhängig waren, wie jener, die aus schlauer Berechnung sich mit Harden verbanden, ist das gemeinsam, daß sie in und außerhalb der Partei wandern, daß Parteigenossen sich innerhalb der Partei bewegen, die sich mit geheimen politischen Plänen und Beziehungen herumtragen die über die Grenzen der Partei hinausführten. Nun kommt der Unterschied: die einen wollten zweien Herren dienen — der Partei und dem politischen Abenteuer Harden, die andern wollten sich beider für ihre persönlichen Zwecke bedienen. In beiden Fällen wird eine politische Verfolgung erzeugt, die zur schlimmsten Korruption führen muß.

In der Parteiverammlung in Würzburg entwickelte sich nach einem Referat von Franz Schmitt-Münch ein lebhaftes für und wider. Schließlich wurde mit der knappen Mehrheit von sieben Stimmen folgende, vom Berichterstatter beantragte Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist von dem Ergebnis des Dresdener Parteitages nicht befriedigt. Sie hat, nach dem glänzenden Ausfall der Reichstagswahlen, von dem heutigen Parteitage mehr und besseres erwartet, als die unfruchtbar, von persönlicher Leidenschaftlichkeit getragene Litteratendeckelei. Sie ist der Meinung, daß die Frage der Mitarbeit in bürgerlichen Blättern mit weniger Earm und mehr Erfolg hätte erledigt werden können. Ebenso mißbilligt sie auch auf das entscheidende die Art und Weise, mit der einzelne Genossen sich das Recht anmaßten, über ganze Parteigenossenschaften sich als Richter aufzupspielen und sie grundloserweise zu beschimpfen. Sie sieht in dem Verstreben der hervorragendsten Führer, sich gegenseitig herunterzureißen, eine schwere Gefahr für die Entwicklung und den inneren Frieden der Partei und bedauert aufs tiefste, daß diese persönliche Polemik gegenwärtig in der Parteipresse noch weiter fortgesetzt wird. Sie fordert die betreffenden Parteigenossen auf, nachdem nun durch Annahme der Resolution 130 die sachlichen Differenzen erledigt sind, ihren Streit einzustellen, wie vorher mit Mäßigkeit und Besonnenheit weiter an der Emancipation der Arbeiterklasse zu arbeiten und solche Debatten wie die verflochtenen in Zukunft zu vermeiden. Die Versammlung verpflichtet sich, trotz allen Stürmen, welche die Partei von außen oder von innen unbrauchen, getreu den Grundanschauungen derselben nach wie vor energisch für die Befreiung des Proletariats aus politischer und ökonomischer Knechtschaft zu kämpfen.“

Eine andre Resolution, die sich mit der Thätigkeit des Parteitages einverstanden erklärt, war damit erledigt.

Die Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereins im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreis beschloß:

„Die heutige Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereins für den 22. Reichstags-Wahlkreis erklärt sich mit der Thätigkeit ihres Delegierten zum Parteitag sowie den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, nur bedauert sie, daß ein großer Teil der kostbaren Zeit häßlichem Parteigekanz geopfert werden mußte. Ferner nimmt sie mit tiefer Entrüstung von der nach dem Parteitag sich fortsetzenden häßlichen Zeitungspolemik und Entfaltungen über einzelne hervorragende Führer in der Partei Kenntnis, in Folge deren bisher sogar ein Abgeordneter sein Reichstags-Mandat glaubte freiwillig niederlegen zu sollen.“

Die Generalversammlung erklärt sich davon befriedigt, daß der Parteivorstand einmütig beschlossen hat, das das Ansehen der socialdemokratischen Partei im höchsten Grade schädigende Gebahren einzelner Genossen in Hinsicht der Mitarbeit an gegenständlichen Zeitungen bis zum Ende zu verfolgen und das Resultat dann den Parteigenossen im Reich zur Prüfung und Abgabe des Urteils zu unterbreiten.

Die Reinhaltung des Parteischildes hält die Generalversammlung des 22. Reichstags-Wahlkreises für eine Ehrenpflicht jedes Parteigenossen. Die bisherige alte Taktik, die auf dem Klassenkampf aufgebaut ist, soll auch ferner in der Partei Geltung behalten.“

Gegen die von Heinrich Braun-Berlin herausgegebene Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft“ wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung verurteilt die fortwährenden Reuegründungen von wissenschaftlichen Zeitungen innerhalb der socialistischen Partei, wie jetzt wieder eine solche von Seiten des Genossen Dr. Heinrich Braun ins Leben gerufen worden ist, und glaubt vielmehr, daß die Parteigenossen in der Parteirevue „Die Neue Zeit“ genügend Vektive finden, sich wissenschaftlich bilden zu können.“

Im 19. sächsischen Wahlkreis entstanden bei der Berichterstatter über den Parteitag in der Generalversammlung des Kreisvereins einige Differenzen wegen der Haltung der „Chemnitzer Volksstimme“ zum Parteitage, die das Parteiblatt für diesen Kreis ist.

Mehrere Redner griffen das Blatt an und bezeichneten es als „zu revisionistisch“. Der Redakteur E. D. ers vertat die Haltung der Redaktion und wies den Vorwurf zurück, daß das Blatt den Revisionisten Vorschub leiste. Die Kritiker des Blattes gaben sich damit zufrieden. Mit den Beschlüssen des Parteitages gab sich allgemein Einverständnis kund. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Parteiverammlung in Wiesbaden beschloß:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, und begründet die Feststellung, daß die Partei geschlossen auf dem Boden des Klassenkampfes steht und das Endziel, die vollständige Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise mit allen ihren schreienden Ungerechtigkeiten durch die socialistische Gesellschaft nicht verrücken zu lassen gewillt ist. Die Versammlung bedauert, daß die Verhandlungen des Parteitages zu viel Zeit für unliebsame persönliche Erörterungen zwischen einzelnen Parteigenossen wegnommen haben. Sie hält aber die offene Aussprache von Differenzpunkten für besser, als eine Verschleierung, um reine Bahn für gemeinsame praktische Arbeit zu schaffen.“

In Pinnerberg erklärte der Berichterstatter Jakobsen den Parteitag für sehr wertvoll und verurteilte die Mitarbeiter der „Zukunft“. Gegen Mehring vorgehen, habe kein Grund vorgelegen. Man beschäftigte sich dann mit dem Verhalten des Abgeordneten des Kreises, v. Elm, auf dem Parteitage. Es wurde nachstehende Resolution beantragt:

„Die von den Parteigenossen Pinnerbergs und Umgegend am 2. Oktober abgehaltene Versammlung protestiert gegen das taktische Verhalten des Reichstags-Abgeordneten A. v. Elm in der Partei, im besonderen in Bezug auf seine Abstimmung über die Resolution 130 auf dem Parteitage. Die Versammlung ersucht den Genossen v. Elm im Interesse seiner Wähler, öffentlich zu erklären, welche Gründe ihn zu seinem Verhalten der Resolution 130 gegenüber bevoogen haben; ferner im Interesse seiner Wähler klipp und klar zu erklären, ob er sich zur Parteizurückhaltung von Weibel-Kautsky bekennt.“

Ueber das Schicksal der Resolution wird nichts gemeldet. Der Dresdener „Vollfreund“ veröffentlicht eine Erklärung von Jitzauer Genossen, in der gegen Edmund Fischer Stellung genommen wird:

Wir erklären auf das nachdrücklichste, daß die Parteigenossen im ganzen ersten Kreise mit den Anschauungen Fischers nicht einverstanden sind, daß wir vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkte wie Weibel stehen. Hätte Genosse Fischer seinen Standpunkt noch vor der Wahl klargelegt, hätte er uns damals mit seinen innersten Herzenswünschen vertraut gemacht, wer weiß, ob die Genossen mit demselben Feuer, mit derselben Lust und Liebe an die Arbeit gegangen wären, wie sie es gethan haben, wer weiß, ob wir nicht den Verlust des ersten Kreises zu beklagen hätten; denn für eine Sache, für die man kein Vertrauen hat, mit Eifer vorzugehen, wird niemand verlangen können. Die Massen werden ihren Führern klar machen, daß sie nicht mit den Führern, sondern daß die Führer mit den Massen zu gehen haben, und wenn diese Bestrebungen, wie sie sich gegenwärtig bemerkbar machen, nicht dem Willen der Massen weichen, dann in den Dreck damit.

Zu Göhrs Mandatsniederlegung veröffentlicht Schöpflin in der „Volkszeitung für das Rheinland“ einen Artikel, mit dem er die Absicht verfolgt, auf Grund persönlicher Wissenschaft nachzuweisen, daß das Mißtrauen gegen Göhre unberechtigt sei. Er sagt, daß er es war, der Göhre, als dieser zum Eintritt in die Partei entschlossen war, aufgefordert habe, in Genuß seine erste Rede als Parteigenosse zu halten. Er habe ihm auch das Thema vorgeschlagen und diese Rede sei dann ohne Göhrs Veranlassung als Broschüre — die bekannte Broschüre „Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde“ — verbreitet worden. Göhre erhielt darauf verschiedene Angebote, zum Reichstage zu kandidieren. Schöpflin, an den sich Göhre um Rat gewandt hatte, war es auch, der ihn dann für die Kandidatur im 15. sächsischen Kreise in Vorschlag brachte und die Bedenken, die namentlich der Kreisvertrauensmann Landgraf wegen der jungen Parteigenossenschaft Göhrs geltend machte, zu zerstreuen wußte. Schöpflin fährt dann fort:

„Göhre hat, als er noch Pfarrer in Frankfurt a. O. war, gezeigt, daß er den Mut besitzt, seine Ueberzeugung zu vertreten. Ich habe dort manchen Strauß mit ihm ausgefochten, aber seine ehrliche und mutige Kampfweise schätzen gelernt. Ich weiß, welche großen Schwierigkeiten ihm damals bereitet worden sind, wie man ihn gesellschaftlich geächtet hat, weil er den Mut besaß, als Pfarrer offen zu bekennen, daß die Socialdemokratie eine mächtige Kulturbewegung ist. Beim Hamburger Hafenarbeiter-Streit und auch bei andern Gelegenheiten stellte er sich offen auf die Seite der Arbeiter, was ihm „oben“ aufs allerbeste vermerkt wurde. Bei der Waise 1896 kam er trotz seines Pfarramtes mit seiner Frau in unsere Mitte, weil ihm die Idee der Waise als eine hohe und sittliche begeisterte. Gewiß, das alles mögen in den Augen vieler Genossen unbedeutende Nebenächlichkeiten sein, aber mir sind sie wichtig genug, um an der politischen Ehrlichkeit des Mannes keinen Zweifel zu hegen, ganz abgesehen davon, daß Göhre bei seinem Uebertritt weder persönlich noch seiner Klassenlage nach die geringste Ursache hatte, zu uns zu kommen und all die Scherereien, Plaudereien und Angriffe über sich ergehen zu lassen, die das Los derjenigen sind, die in unserer Partei sich thätig betheiligen. Wenn Göhre auf seinen Vorteil bedacht gewesen wäre, bei seiner politischen Betätigung, dann müßte er Pfarrer bleiben. Das wäre für ihn materiel und gesellschaftlich vorteilhaft gewesen, und einen politischen Namen hätte er schon, den zu erhöhen auch dort ihm sehr gut möglich gewesen wäre.“

Zum Schluß sagt Schöpflin noch auseinander, daß er der Kritik über manche der schriftlichen Beurteilungen Göhrs vollständig zugestimmt habe und daß er die Mandatsniederlegung mißbillige. Göhre hätte die Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises befragen müssen.

Die Diskussion über den Parteitag

wurde am Dienstag in einer Versammlung des zweiten Wahlkreises, über die wir gestern schon kurz berichteten, fortgesetzt. Der Vorsitzende Scholz verlas mehrere Resolutionen. Eine derselben, die schon in der vorigen Versammlung von Fülle beantwortet ist, sagt unter andern, daß dem Genossen Weibel Dank und Anerkennung belohnt werde für sein Auftreten in der Mitarbeiter-Debatte, sowie dafür, daß er im Einverständnis mit der Mehrheit der Genossen die revisionistischen Bestrebungen zurückwies. — Eine andre, in der gegenwärtigen Versammlung von Wurm eingebrachte Resolution ersucht den Parteivorstand, unermüdet und noch vor den preussischen Landtagswahlen die Entscheidung über die Kandidaturen, welche Harden gegen einzelne Parteigenossen vorgebracht hat, herbeizuführen.

Vor Eintritt in die Debatte erklärte Werner, er habe in der vorigen Versammlung gesagt, in der Versammlung vor dem Parteitage habe jemand, der gar nicht Parteigenosse sei, D. v. Elm als Delegierten vorgeschlagen. Das sei ein Irrtum, den Redner hierdurch richtig stelle.

Weibel erhielt nun als erster in der aus der vorigen Versammlung übernommenen Rednerliste das Wort. Er ersuchte zunächst den Genossen Wurm, seine Resolution zurückzuziehen. Der Parteivorstand habe ja schon angekündigt, daß er sobald als möglich Bericht über die Angekündigten halten werde. Es liege aber noch nicht das gesamte Material in der Angelegenheit vor, die Dinge seien noch im Fluß. Harden habe ja für die nächste Nummer seiner „Zukunft“ einen neuen Artikel in dieser Sache angekündigt, auch sei zu wünschen, daß man erst die Mehring'sche Broschüre abwarte, damit nicht nur der Parteivorstand, sondern auch die Genossen sich über das, was Mehring zu seiner Verteidigung zu sagen habe, informieren können. So sehr auch zu wünschen sei, daß wir in dieser Angelegenheit bald einen Tisch machen, müßten wir uns angesichts der Landtagswahlen doch eine gewisse Reserve auflegen. Aus diesen Gründen könne man das Urteil wohl noch hinausschieben, um so mehr, als es nicht auf Stimmungen antomme, sondern auf Thatfachen, die nach Monaten noch denselben Wert haben wie heute. — Zur Resolution Fülle sagte der Redner, er möchte seinen Namen nicht so in den Vordergrund geschoben sehen, wie es diese Resolution thut, damit nicht dem blödsinnigen Geschwätz, er sei ein Diktator und habe einen unbedingten Einfluß in der Partei, Vorschub geleistet werde.

Zur Sache selbst führte der Redner unter andern aus: Der Parteitag hat in der Verteilung durch unsere Presse ein Bild geboten, wie es noch nicht da war. Wenn man die Urteile in der Presse, besonders auch in unserem Centralorgan, dem „Vorwärts“, liest, dann ist man überrascht, und man möchte sich fragen: Stehen denn an hervorragenden Stellen in unserer Parteipresse Leute, die so neurasthenisch sind, daß sie es nicht vertragen können, wenn an sich notwendige Erörterungen in lebhaftem Tone stattfinden? Es ist gesagt worden, dieser Parteitag sei das Geld nicht wert, es seien verlorene Tage, etwas Niederdrückendes und Beschämendes sei noch nicht dazugekommen. Gewiß ist Niederdrückendes und Beschämendes erörtert worden, aber das ist das Erhebende, daß der Parteitag all das Niederdrückende und Beschämende zurückgewiesen hat, und daß er gezeigt hat, es muß mit allem, was der Partei nicht geziemt, reiner Tisch gemacht werden. (Sehr richtig!) Wäre Lieblucht noch am Leben, ich bin überzeugt, unser Centralorgan hätte in der Beurteilung des Parteitages eine andre Haltung eingenommen. Lieblucht wäre durch die Verhandlungen nicht deprimiert worden. Wir haben uns die unangenehmsten Dinge vor der ganzen Welt gesagt. Das dürfen unsere Gegner nicht wagen. Sie dürfen ihre schwarze Wäsche am Tage nicht zeigen, geschweige denn waschen. (Weiß!) Keine einzige Partei hat solche Parteitage aufzuweisen wie wir. Unsere Gegner verhandeln hinter verschlossenen Thüren. Die Socialdemokratie kann man sich aber gar nicht anders denken als im vollen Lichte der Öffentlichkeit, auch wenn sie einmal schmutzige Wäsche zu waschen hat. — Die ausländische Parteipresse beurteilt den Parteitag viel objektiver

und zutreffender wie die deutsche. Die Franzosen gelten als Leute, die von der deutschen Socialdemokratie wenig verstehen, aber ich habe gesehen, daß die französischen Parteiblätter den Dresdener Parteitag viel unbefangener beurteilten wie ein großer Teil unserer deutschen Blätter. Auch der „Peuple“, das Organ unserer belgischen Genossen, schreibt: Wir begreifen nicht die Aufregung, die sich eines großen Teiles der Parteipresse bemächtigt hat. Wir können diese Urteile nicht billigen. Abgesehen von dem Persönlichen waren es große Verhandlungen, die der deutschen Partei durchaus würdig sind.

Es wird so viel von dem persönlichen Geiztät geredet, daß es scheint, als habe der Parteitag weiter nichts geleistet. Gewiß haben persönliche Angelegenheiten eine Rolle gespielt. Das ist aber natürlich, denn die Partei besteht doch aus Personen, und diese sind, je nach ihrer Stellung in der Partei, mehr oder minder prononciert hervorgetreten. Es ist aber unwohl, wenn man meint, es habe sich nur um Geiztät und Geiztät gehandelt. — Während die Parteipresse und die Versammlungen zum Teil so absprechend urteilen, finden sich in der bürgerlichen Presse ganz andre Urteile. Redner citiert die von ihm in Nr. 236 des „Vorwärts“ bekannt gegebenen Urteile des „Mölnischen Stadtanzeiger“ und der „Mühlheimer Zeitung“.

Die absprechenden Urteile in unserer Parteipresse sind nur so zu erklären, daß ein großer Teil dieser Presse wie im Dunkeln dem Dresdener Parteitag entgegengegangen ist. Man hat in den Redaktionen nicht verstanden, um was es sich handelte. Das liegt einerseits daran, daß sich unsere Partei mehr in die Breite wie in die Tiefe ausgebreitet hat, daß unsere Presse, deren Redakteure ja meistens mit Arbeiten sehr überlastet sind, die principiellen Aufklärung unserer Genossen nicht in genügender Weise vorbereitet hat. Andererseits aber hat man sich auch nach Kräften bemüht, die Gegensätze, die in der Partei vorhanden sind, zu vertuschen, und zu thun, als ob sie nicht da wären. Als dann in Dresden die Gegensätze auseinanderplatzten, wußten sich die Herren Redakteure die wahre Ursache davon nicht zu erklären. Ich habe es ausgesprochen und wiederhole es: Sind denn die Männer, die eine neue Welt aufbauen wollen, so unzulänglich, daß sie, wenn Erörterungen gepflogen werden wie in Dresden, nicht wissen, was sie der Partei schuldig sind? Da waren wir vor drei Jahrzehnten doch andre Kerle. (Beifall.) Wie hat man uns damals mißhandelt. Nicht einen Augenblick haben wir unsere Kampfesfreude verloren.

Es sind ja in Dresden Dinge vorgekommen, die man nicht voraussehen konnte. Auch ich, der ich doch manches von der Partei weiß, bin überrascht worden. Als wir in Dresden zusammenkamen, glaubte ich, die Debatte über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern würde höchstens eine Sitzung in Anspruch nehmen, und ich selber würde nur 15 Minuten dazu sprechen brauchen. Da auf einmal brachte eine gewisse Richtung ein Moment in die Debatte, das nichts mit derselben zu thun hatte. Braun griff, um wie er glaubte, seiner Richtung zu dienen, einen Genossen in unerhörter Weise an. (Plut!) Auf die persönlichen Angelegenheiten will ich nicht eingehen, aber das muß ich sagen: Die Angelegten haben sich selbst angeklagt in einer Weise, wie ich es nicht geglaubt hätte. Es sind jetzt durch die Veröffentlichungen Dinge an den Tag gekommen, daß ich sage, wenn es sich so verhält, wie angegeben wird, dann bleibt nichts übrig, als diese unangenehmen Sachen mit Feuer auszubrennen. Auch Bernhard griff mit persönlichen Dingen in die Debatte ein, die jedem der länger in der Partei ist, bekannt waren. (Zuruf: Schenktant!) Gewiß, über diese Karte war ich zuerst überrascht. Jetzt, wo ich darüber nachgedacht habe, muß ich sagen, diese Angelegenheit ist ja auch längst bekannt, es ist auch darüber schon früher geschrieben worden. Schönau hat die betreffende Karte genannt, er hat sich mit Wehring darüber ausgesprochen und beide sind nachher wieder gute Freunde gewesen. Wenn zwei Freunde eine solche Sache miteinander ausmachen, was geht das Dritte an. Ich sage aber: auch das Wehring betreffende Material muß heraus, auch über ihn muß geurteilt werden. (Sehr richtig.)

Wenn das also in solcher Weise in Dresden losging, und wenn man, wie ich, so vieles weiß, was man noch nicht sagen darf, dann ist es begreiflich, wenn man mit der Karte rechts und links dreinschlägt. (Beifall.) Es ist gesagt worden, ich sei ausgehebt worden. Ich sage, ich würde mich vor mir selbst schämen, wenn ich mich aufheben ließe. Nein, wenn von einer Heise die Rede sein kann, dann bin ich es der Heise, und der dafür sorgen wird, daß solchen Dingen, die der Partei schaden, ein Ende gemacht wird.

Zu den Veröffentlichungen Hardens ist manches zu Tage gefördert worden, wozon sich unsere Schulweisheit nichts träumen ließ. Auch mir war nicht alles bekannt, was da veröffentlicht ist, und ich muß sagen, gegen vieles was Hardens veröffentlichte, habe ich keine Verteidigung der Angegriffenen und keine Gegengründe kennen gelernt. — Unser Centralorgan sagte, ich sei in dieser Sache in Dresden mit Leidenschaft vorgegangen. Hardens hat sich auch dafür gerächt, sie haben es ja gelesen. Jetzt, nachdem ich das für und Wider genau studiert habe, werde ich in die Lage kommen, mein Urteil, das ich in Dresden über Hardens ausgesprochen, revidieren zu müssen. Mein Urteil über die eignen Parteigenossen kann ich leider, leider nicht revidieren. Hardens durfte allerdings, nachdem er angegriffen war, erwarten, daß die Männer, zu denen er Beziehungen hatte, anders gehandelt hätten, als sie gehandelt haben. Er durfte erwarten, daß ihn die nicht besudelten, mit denen er in intimen Beziehungen stand. (Sehr richtig!) Meine Haltung in Dresden ist durch den Gang der Dinge glänzend bestätigt worden. Wenn ich heute zu reden hätte, würde mein Urteil viel bernichtender ausfallen wie in Dresden. (Beifall.) Es ist eine unangenehme Situation, wenn man sagen muß: Hier hat der Gegner anständiger gehandelt wie die Genossen. — Man sagt, die Resolution zur Mitarbeiterfrage sei nichtstimmig und deshalb verfehlt. Warten wir es ab. Wer parteigewöhnliches Gefühl hat, weiß genau, wie er sich in dieser Hinsicht zu verhalten hat. Wegen die Mitarbeit von Genossen an wissenschaftlichen Redaktionen, in denen Vertreter aller Parteien zum Wort kommen, ist nichts einzusetzen. Voraussetzung dabei ist aber, daß in solcher Zeitschrift nicht die Partei beschimpft wird, deren Mitglieder an dem betreffenden Organ mitarbeiten. Hätte Hardens diesen Grundsatze befolgt, dann würde seine „Zukunft“ nicht von dem durch die Resolution ausgesprochenen Verbot betroffen. Wenn Genossen noch für diese Zeitschrift arbeiten konnten, nachdem Hardens uns so beschimpfte, wie er es anfänglich der Postkarte-Debatten that, so kann ich das mit meinem Reinlichkeitsbegriffen nicht vereinbaren. (Beifall.)

Der Redner ging nun auf die Debatte über den Revisionismus ein. Seine Ausführungen zu derselben deckten sich im wesentlichen mit dem, was er auf dem Parteitag zu diesem Punkt sagte. Wenn man befreit, daß es eine revisionistische Richtung giebt, so lasse sich das Gegenteil aus der Parteigeschichte der letzten sechs Jahre, so wie aus Artikeln von Bernstein, David, Gohre und andren in den „Social. Monats.“ nachweisen. Er nehme es den Genossen nicht übel, wenn sie ihre Ansichten vertreten, aber es sei empörend, wenn man jetzt auf jeder Seite sage, es gebe keinen Revisionismus. Es sei ja natürlich, wenn es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei gebe. Das erkläre sich aus den Umständen und dem Mangel einzelner Parteigenossen. Es sei eine historische Thatsache, daß die ersten Anfänge einer Volksbewegung fast immer von Leuten ausgehen, die nicht zu derjenigen Klasse gehören, in deren Interesse die Bewegung stattfand. Aber die Taktik solcher Leute, die nicht voll auf dem Klassenstandpunkt der Partei stehen, für die sie eintreten, dürfe nicht zur Taktik der Partei gemacht werden.

Als Vollmar 1891 auf gewisse nachfolgende Forderungen das Hauptgewicht gelegt wissen wollte, da haben wir ihn zurückgewiesen, denn wir sagten, damit geht unsere principielle Stellung in die Brüche. Das ist ja der Vorzug der deutschen Socialdemokratie, daß bei ihr Theorie und Praxis in Einklang stehen. Wenn man die Theorie bei Seite setzt und nur die Praxis gelten läßt, so bedeutet das, daß wir die englische Gewerkschaftspolitik einführen, daß wir eine Reformpartei werden, die nur die nächsten Ziele im Auge hat und darüber den principiellen Boden verläßt. Die Theorie darf nicht in den Hintergrund gedrängt und durch den Gesichtspunkt kleinlicher Tagesinteressen ersetzt werden. Aus diesem Grunde haben

wir das Betonen der bloßen Praxis bekämpft. Vor drei vier Jahren hatten wir eine Reihe von Leuten, die sich Bernsteinianer nannten. Heute wollen sie von ihm nichts mehr wissen. Vielleicht haben sie ihn sich anders vorgestellt. Aber was Bernstein in gedacht, das haben diese Leute in ein System gebracht und das ist der Revisionismus. Natürlich stimmen die Betreffenden nicht völlig überein, und deshalb wird geleugnet, daß es einen Revisionismus giebt. Mich kann man mit solchen Reden nicht täuschen, denn ich weiß zu viel, um getäuscht werden zu können. Wenn ich einmal reden will, dann kommt viel zu Tage. Mein Schweigen bedeutet kein Vertuschen. Es ist im Partei-Interesse notwendig. Wenn aber die Stunde kommt, dann werde ich reden. — Hardens hat ja seit Jahren eine Tafelrunde von Parteigenossen um sich gehabt. Da sind intime Partei-Angelegenheiten besprochen worden. Diese Behauptung ist nicht widerlegt. Wir werden auch Hardens vor unser Gericht bitten und öffentlich erfahren, was alles in seinem Kreise von Partei-Angelegenheiten erörtert worden ist.

Seit einer Reihe von Jahren sind Fragen, die ein Ausfluß des Revisionismus sind, auf den Parteitag erörtert worden. Jetzt die Vicepräsidenten-Frage, die Vollmar zu einer Hauptaktion gemacht hat. Macht erlangen in der heutigen Gesellschaft, das ist das Streben des Revisionismus. Vollmar hat in seiner Münchener Rede, die er drucken ließ, der Frage ein großes Gewicht beigelegt. Er sagte, wenn diese Frage auch jetzt negativ entschieden wird, so kommt sie wieder. Nun ist sie durch den Parteitag negativ entschieden und Vollmar hat gegen den entscheidenden Satz der Resolution, bei der Gesamtstimmung aber für dieselbe gestimmt. Das ist stark.

Wenn wir uns in die Richtung begeben, die von den Anhängern der Vicepräsidenten-Frage in Verbindung mit dem Hofgange und allem, was daran hängt, gewünscht wird, dann — so führt der Redner weiter aus — erfordert ein Schritt den andern. Auch die Neigung, für das Budget zu stimmen, die in Bagern hervortrat, in Baden sogar besetzt wurde, sei ein Zeichen des Revisionismus. Redner erinnert daran, daß auch in der Reichstags-Fraktion die Frage der Budgetbewilligung aufgetaucht sei. Das seien ungeheuerliche Dinge, die früher nicht möglich waren. Das alles beweise, daß der Revisionismus Hände und Füße und auch einen Kopf habe. Die Revisionisten wissen, was sie wollen. Deshalb sei die Resolution notwendig, welche die Taktik der Partei und der Fraktion in allen wesentlichen Punkten festlegt. Man habe in der Fraktion die Frage aufgeworfen, ob wir die Kolonialpolitik nicht unterstützen sollen, ob wir an unserer Negation gegenüber der Flottenpolitik festhalten sollen. Solchen Erörterungen sei durch die Resolution ein Riegel vorgehalten. Das sei das Große und Entscheidende an diesem Parteitag. — Nach all diesen Richtungen habe man das Verhalten des Parteitages in ein falsches Licht gestellt.

Wir brauchen die Akademiker. Wenn aber Leute aus Proletariatskreisen, die studiert haben, sich dem Liberalismus in die Arme werfen, März für überwinden erklären und dann in Parteiredaktionen kommen, so richten sie natürlich Unheil an. — Ich soll mit den Leuten in gebobener Lebensstellung alle Gewerkschaftsführer gemeint haben. Das ist eine Entstellung. Ich weiß, daß es viele Arbeiter in gebobener Lebensstellung giebt, die nicht Revisionisten sind, sondern zu den Besten in unserer Partei gehören.

Es ist gesprochen worden von der Wirkung der Parteitag-Verhandlungen auf die Gegner. Wenn wir auf die Gegner Rücksicht nehmen sollten, dann dürften wir überhaupt nicht mehr sprechen, wie es uns ums Herz ist. Man möge nur dafür sorgen, daß den Einwänden der Gegner entgegengetreten werden kann. Nicht Versicherungen von mir sind uns im Wahlkampf entgegengehalten worden, wohl aber hat man gegen uns ausgespielt, was Bernstein, David, Vollmar, Calwer, Schippel usw. geschrieben haben.

Ich hoffe, auch über die jetzigen Erörterungen wird man sich in der Partei allmählich beruhigen. Unser Weg ist uns vorgezeichnet. Zunächst gilt es, die Ordnung in den eignen Reihen herzustellen. Das wird geschehen. Dann sind wir geschlossen wie je zuvor und gehen gegen den gemeinsamen Feind, zunächst in Preußen bei der Landtagswahl. Da müssen wir alles thun, um den Wahlkampf in unserm Interesse durchzuführen. Wir werden unsere Gegner zeigen, daß wir noch immer die alten Socialdemokraten sind. In diesem Sinne zu handeln ist unsere nächste Aufgabe. (Lebhafte Beifall.)

Bernhard: Ich muß auf das Persönliche zurückkommen. Da der Parteivorstand die Angelegenheit untersuchen will, brauche ich mich hier nicht zu rechtfertigen. Aber ich habe das Bedürfnis, zu fragen: Was ist gegen mich vorgebracht, das, wenn es wahr wäre, mich unwürdig erscheinen ließe, Parteigenosse zu sein? Hardens sagt, ich hätte den Parteitag besogen. Das ist nicht wahr. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen, um der Untersuchung nicht vorzugreifen. Man hat jedes Wort, was Hardens sagte, als richtig angenommen. Seine Erklärungen im „Vorwärts“ wurden in voller Länge von der Parteipresse abgedruckt, von unsern Gegenerklärungen aber wurden nur wenige Zeilen gebracht und diese mit bissigen Glossen versehen. Hardens hat die Absicht, die bürgerliche Existenz der von ihm Angegriffenen zu vernichten und sie aus der Partei zu drängen. Singer sagte im vierten Wahlkreise: Wenn wir Bernhard verzeihen haben, können wir auch Wehring verzeihen. Verzeihen kann mir doch nicht werden, was erl unterdrückt werden soll, sondern nur, was ich gethan habe. Der Artikel in der „Zukunft“, das war meine Sünde. Was Wehring gethan hat, war doch eine sehr viel schwerere und größere Sünde. (Beifall und Lachen.) Es handelt sich bei Wehring nicht nur um „obscure Amellen“. Wehring hat auch in seinen neuesten Erklärungen wieder die Unwahrheit gesagt. — Ich habe Wehring nicht deshalb angegriffen, weil er mir politisch unbehagen ist, sondern weil er meinen Artikel nicht nur scharf kritisiert, sondern mir auch die niedrigsten Motive untergeschoben hat. Dazu aber — sagte ich mir — ist Wehring am wenigsten geeignet. (Oho! Oho!) Ich mußte mich gegen die sorgfältigsten Angriffe wehren, und hielt mich berechtigt, in dieser Situation die Mittel anzuwenden, die ich angewandt habe.

Silberschmidt: Mit den Beschlüssen des Parteitages über die Taktik und die Mitarbeiterfrage bin ich einverstanden, nicht aber mit dem Persönlichen in den Debatten. Doch darauf kommt es weniger an, sondern vielmehr darauf, ob das Vorgehen einzelner Genossen gerechtfertigt ist. Nach dem, was jetzt alles bekannt geworden ist, überkommt doch unsere Genossen ein Unbehagen. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht die Kritiker durch ihr Schweigen gesündigt haben und ob es nicht ihre Pflicht gewesen wäre, früher in das Bewusstsein zu greifen. Ich habe das Gefühl, daß die gebildeten Genossen zum Teil recht taktlos vorgegangen sind. Ich hätte einen sachlicheren Ton auf dem Parteitag gewünscht. Die an dem Parteitag geknüpften Erwartungen sind nicht erfüllt worden. — Wenn solche Zustände, wie wir sie jetzt sehen, seit Jahren obwalten könnten, so liegt wohl die Schuld an Mängeln in unserer Partei-Organisation. Heute handeln die Genossen eines jeden Wahlkreises nach eigenem Ermessen. Wer aus der Reihe tanzen will, hat unter solchen Umständen die beste Gelegenheit dazu. Eine Reformierung der Partei-Organisation an Haupt und Gliedern muß der Zeit und dem Zweck entsprechend durchgeführt werden. Die Arbeiterkraft muß zur strengeren Disziplin erzogen werden. Unsere Organisation bietet zwar nicht zu wenig in der Menge, es fehlt aber die Planmäßigkeit und Einheitlichkeit derselben in allen Landesteilen. Die Partei muß auf dem Grunde einer festen Organisation aufgebaut werden. Ein solcher Aufbau, der besser ist wie der jetzige lose Zusammenhang ist sehr wohl möglich. (Lebhafter Anruf: Auf: Bericht vom Parteitag.) Redner fährt fort, seine Ansichten in demselben Sinne vorzutragen und empfiehlt zum Schluß unter lebhaftem Beifall die Schaffung einer festen einheitlichen Organisation im Interesse des weitesten Gebehens der Partei.

Nichard Fischer: Auch ich hätte den Parteitag in andern Lichte sehen mögen, als er sich uns gezeigt hat. Nach dem Siege vom 16. Juni hätte er ein andres Bild bieten müssen. Nicht ein Katholikentag, nicht eine Parade soll der Parteitag sein. (Auf: Huldbildungsfeier!) Ach, wenn Sie so naiv sind, meine Er-

klärung im „Vorwärts“ nicht zu verstehen, dann lohnt es sich auch nicht, darüber zu sprechen. (Beifall.) Man hätte wirklich ein andres Bild vom Parteitag erwarten können, namentlich, da sich seit dem Schluß des Reichstages nichts ereignet hat, was dieses Vorgehen in Dresden rechtfertigen könnte. Vebel erklärte in Dresden, wir seien niemals uneinig gewesen. Singer dagegen ließ die Behauptung dieser Partei-Unreinigkeit öffentlich als eine Lüge da bezichtigen. Ob der „Vorwärts“ in der Beurteilung des Parteitages ein andres Bild gezeigt hätte, wenn Vebel nicht noch am Leben wäre, ist eine Frage. Das aber ist gewiß: In Dresden hat uns unser alter Liebknecht sehr gefehlt. Ich meine, wenn wir ihn in Dresden noch unter uns gehabt hätten, so hätte sein Einfluß es vermodt, daß manches böse Wort nicht gefallen wäre. Ob es nötig war, in dem Tone der Erbitterung zu reden, darüber bin ich auch anderer Meinung wie Vebel. Freilich, wenn die Dinge so wären, wie Vebel sie sieht, wenn die Partei direkt vor dem Verrat, vor dem Aufgeben ihrer Grundsätze stände, dann hätte er recht und ich würde jede seiner Schlussfolgerungen unterschreiben. Ich teile aber in diesem Punkt nicht die Auffassung Vebels. Ich bin derselben Meinung, die Liepmann im fünften Wahlkreise aussprach. Wenn Vebel in Dresden nach seiner Rede den Ausschluß einer Reihe von Genossen verlangt hätte, er wäre beschloffen worden. Das beweist doch, daß es nicht sordliche Momente waren, sondern daß das von Vebels Rede ausgehende Fluidum seine samatisierende Wirkung auf die Zuhörer übte. Nachdem er eine Nacht geschlafen hatte, sagt Liepmann weiter, habe er ruhiger über Vebels Rede geurteilt. Das war eben eine Rede gegen die Verdächtigen“, wie sie seiner Zeit im französischen Konvent gehalten wurden, auf die keine Gegende, sondern nur noch eine Verurteilung folgte. (Zwischentafel.) Ja, wenn Sie bloß verurteilen wollen, dann gut, dann kann man auch nicht von Rechtsprechung reden. Die zwei Strömungen in der Partei hat Vebel uns schon öfter gekennzeichnet. Aber ich kann seiner Ansicht nicht beistimmen. (Auf: Auer.) Wenn Sie nicht beweisen können, daß Auer etwas gesagt oder gethan hat, was ihn zu einem Revisionisten, der uns ins bürgerliche Lager hinführen, uns vom Klassenkampf abbringen will, kennzeichnet, dann sollten Sie solche Bemerkungen unterlassen. (Zuruf: Revisionist Fischer.) Wenn Sie von mir glauben, ich sei Revisionist, dann stellen Sie sich selber ja das größte Armutzeugnis aus, denn Sie haben mich doch am 16. Juni in den Reichstag gewählt als einen Vertreter der Klassenforderungen des Proletariats. So lange die Partei besteht, ist revidiert worden, aber den Revisionismus, den Vebel sieht, den sehe ich nicht. Es ist niemand unter uns, der die Partei ins bürgerliche Lager führen will. Sollen denn Auer, Vollmar und andre, die man als Revisionisten bezeichnet, die aber für die Resolution gestimmt haben, elende Feindler sein? — Feinlich hat mich die heutige Keuperung Vebels berührt, daß wenn er sein Urteil in Dresden revidieren müßte, er dies höchstens in Bezug auf Hardens, nicht aber bezüglich der von ihm angegriffenen Genossen thun könnte. Ich unterschreibe nicht jedes Wort, was Vebel in Dresden über Hardens sagte, der uns dort als absolut ungläubwürdig, als ein politisch Prostituirter hingestellt wurde. Und jetzt soll plötzlich dem Ranne geglaubt werden, weil er gegen Parteigenossen schreibt. Solange Hardens nur Stellen aus Briefen veröffentlicht und die Angeklagten seine Behauptungen bestreiten, solange habe ich zu den angeklagten Genossen mehr Vertrauen und schenke ihnen mehr Glauben wie Hardens. (Beifall.) Alle diese Hardenschen Anschuldigungen beweisen doch nur, daß er die Parteigenossen verheißt, die Angegriffenen bei den Genossen diskreditieren will. Der soll nicht gewußt haben, welchen Zwecken die Briefe, die er hergab, dienen sollen? Diese seine Spekulation auf die Dummheit der Parteigenossen möchte ich zurückweisen.

Vebel hat weiter gemeint, man sollte doch nicht gleich „zusammenknicken“ wegen der Dresdener Vorgänge. „Zusammenknicken“ ist wohl niemand, vor allem nicht im Kampfe gegen die Gegner. Aber freude braucht man an diesen Vorgängen auch nicht zu haben. Und wenn Vebel auf die Urteile der Gegner hinweist, so pflegt er sonst zu sagen, das Lob der Gegner müsse uns nachdenklich machen. Wenn der Parteitag und der Geist seiner Verhandlungen abfällig kritisiert wird, so thun wir nur, was Vebel im 1894 nach dem Frankfurter Parteitag hier so sehr angezogen hat. Er erinnere Vebel auch an das Urteil, das sein Freund Adler in der Wiener „Arbeiterzeitung“ über seine Leidenschaft und Uebertreibung der Anklagen in Dresden gefällt habe, dessen Appell an seine Selbstverleugnung habe er heute bereits beherzigt. Wenn er in Dresden so ruhig geredet hätte wie heute, dann wäre vieles heute so Unliebbare nicht vorgekommen. Und die Behauptung, daß diese trüben Szenen unsere Stärke seien, werde erschüttert durch das Urteil von so und soviel Versammlungen, von so und soviel Bestimmen. Da müssen wir uns doch fragen, ob wir nicht in Zukunft solche Dinge, wie sie in Dresden erörtert wurden, anders behandeln sollen. Dazu braucht es kein Vertuschen, sondern nur die Rücksicht, die wir den Genossen schuldig sind, die vielleicht bloß aus Irrtum gefehlt haben, und schuldig sind unserer Partei, die den Kampf mit den Gegnern in der alten Weise führt. (Beifall.)

Fülle teilt mit, er habe seine Resolution dem Wunsche Vebels gemäß geändert. Dann kritisiert der Redner den Genossen Bernhard, weil dieser seinem in der vorigen Versammlung gegebenen Versprechen zuwider seine persönlichen Angelegenheiten, ehe das Schiedsgericht sich damit befaßt, hier wieder berührt habe. — Wir glauben Hardens nicht alles, sondern nur das, was er dokumentarisch belegt hat, und es scheint, daß das noch nicht alles ist, und daß wir, wenn die Sache weiter geht, noch manche unangenehme Dinge zu hören bekommen. Koch ein Wort über Fischer. Wenn er sagt, es giebt keine Revisionisten, das sei alles dummes Gerede, so sage ich, das dumme Gerede kommt von anderer Seite. — Woher kommt es denn, daß Parteiblätter Meinungen vertreten, von denen die Genossen nichts wissen wollen. So findet der „Vorwärts“ in der Art, wie er fast alle parteitaktischen Fragen behandelt, nicht den Beifall der Berliner Genossen. Ebenso ist es in Breslau, Karlsruhe und andren Orten. Woher kommt das? Wenn eine Redakteurstelle frei wird, werden in der Regel solche Genossen berückichtigt, die, weil sie gewandt sind und mit radikalen Phrasen um sich werfen, das Vertrauen der Genossen erlangen. Sihen sie erst in der Redaktion, dann werden sie bald anderer Meinung. Die Worte Vebels: Seht Euch jeden, der zu Euch kommt, genau an, wenn es aber ein Akademiker ist, dann seht ihn Euch zweimal an — sollten in jedem Sitzungszimmer, wo über Parteistellungen entschieden wird, mit großen Buchstaben angeschrieben werden. — Die Schuld an den unliebbaren Debatten in Dresden trägt Braun. Nachdem dieser angefangen hatte, müßte Vebel antworten wie er es gethan. Der jetzige Skandal wird ja seine Erledigung finden, seine Folgen werden überwunden werden und die Partei wird ungeschwächt den Kampf gegen die Gegner führen. (Lebhafte Beifall.)

Burm ersucht um Annahme seiner Resolution. Es sei Zeit, daß der Sache möglichst bald ein Ende gemacht wird. Was Hardens veröffentlichte, genüge, um ein Urteil zu fällen. Es sei zu wünschen, daß das noch vor den Wahlen geschehe, denn gerade der Wahlkampf erfordere, daß unser Schild rein und fadenlos sei. (Beifall.)

Es folgte die Abstimmung. Die Resolution Fülle wurde gegen ungefähr 6 Stimmen angenommen. Sie lautet:

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die kostbare Zeit des Parteitages durch Debatten persönlicher Natur über Gebühr in Anspruch genommen wurde. Auf der andern Seite ist sie der Ueberzeugung, daß der Parteitag eine Pflicht, die ihm die Partei-Ehre auferlegte, in energischer Weise zu erfüllen hatte. Die Thatsache, daß eine nicht unbedeutende Zahl von Parteigenossen dem Herausgeber einer sozialistenfeindlichen Zeitschrift literarische Handlungsdienste leisteten, mußte den Parteitag zum flammenden Protest herausfordern.

Ferner spricht die Versammlung ihre Genugthuung darüber aus, daß der Dresdener Parteitag die revisionistischen Bestrebungen als dem Parteigeist, den Parteitraditionen und der Parteidisziplin zuwiderlaufend, energisch zurückgewiesen hat. Die Versammlung

Vierter Verbandstag des Centralverbandes der Stukkateure usw.

Köln, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Nachdem am Tage vorher eine Vorbesprechung stattgefunden hatte, begannen am Montag im Gewerkschaftshause in Köln die Verhandlungen des Verbandstages des Centralverbandes der Stukkateure, Gipfer, Plasterer und verwandten Berufs-genossen. Es sind 25 Delegierte erschienen, und zwar aus Berlin (8), Breslau, Dresden, Leipzig, Plauen, Nürnberg, München, Stuttgart, Freiburg i. Br., Darmstadt, Frankfurt a. M., Köln (2), Düsseldorf (2), Elberfeld, Dortmund, Duisburg, Hannover, Hamburg (2), Kiel, Münster. Als Vertreter des Hauptvorstandes sind Odenthal und Edler, des Ausschusses Schäfer, Leipzig, der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Sassenbach, Berlin, des Verbandes der Maurer Reichstags-Abg. Bömelburg erschienen. Als Vertreter ausländischer Organisationen sind erschienen Lang, Wien, Bauer, Budapest und Christensen, Kopenhagen. Die holländischen Kollegen haben ein Begrüßungsschreiben gefandt, worin sie die Vorteile einer regen Korrespondenz mit der deutschen Organisation betonen. Weiter haben die organisierten Kollegen in Bukarest ein Begrüßungsschreiben gefandt.

Den Bericht des Hauptvorstandes, der sich über die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 30. Juni 1903, also über anderthalb Jahre erstreckt, erstattete der Verbandsvorsitzende Odenthal. Dem Bericht ist zu entnehmen: Trotz des wirtschaftlichen Niederganges und trotz des von 20 Pf. (10 Pf. für die Wintermonate) auf 50 Pf. (30 Pf. für die drei Wintermonate) pro Woche erhöhten Beitrages hat sich die Mitgliederzahl in der Berichtszeit verdoppelt. Im ersten Viertel 1901 betrug sie 2081, im zweiten Viertel 1903: 4350 Mitglieder. Am 1. April 1901 hat der Verband den Verbandsvorsitzenden als besoldeten Beamten angestellt. Der „Grundstein“, der damals gemeinsames Verbandsorgan war, wurde damals von dem Maurerverband gekündigt, weil der Mann von diesem selbst benötigt wurde. Jetzt wird der Satz des „Grundstein“ zur Herstellung des „Stukkateur“ mit verwendet. Mit der Anstellung des Vorsitzenden als besoldeten Beamten erfolgte die Verlegung des Verbandssitzes von Köln nach Hamburg. Die Unterstützungsbeiräte erhielten eine Erweiterung durch die Einführung der Sterbe-Unterstützung. So war ein Boden für eine gedeihliche Weiterentwicklung des Verbandes geschaffen. Die Zahl der Mitglieder schwankte in den letzten zwei Jahren von Vierteljahr zu Vierteljahr in folgender Weise: 1949, 1865, 1922, 2508, 3011, 2679, 3310, 4350. In Berlin und in Leipzig wurden von den Unternehmern begründete Gegen-Organisationen gegründet, die zunächst den dortigen Mitgliederbestand schädigten. In Leipzig konnte die auch-Organisation sich nicht lange über Wasser halten. In Berlin ist sie nach ihrer schweren Niederlage bei der letzten Lohnbewegung, wenn auch noch nicht verschwunden, so doch völlig bedeutungslos geworden. Aufgabe der Berliner Kollegen wird es sein, dies Monstrum in der Arbeiterbewegung nie mehr hochkommen zu lassen. Gegenüber dem Begehren der Mitglieder nach auswärtigen Referenten verwarf der Hauptvorstand vielfach auf die Selbsthilfe und auf die Notwendigkeit, daß die Ortsverbände die örtliche Agitation selbst leisten. Als eines der besten Mittel zur Gewinnung der Säumnigen wurde die Hausagitation empfohlen. Vor zwei Jahren wurde an die Gewerkschaftsartelle aller Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern geschrieben, aber ohne Erfolg; meist wurde nicht mal Antwort gegeben. Es ist sehr zu bedauern, daß die reisenden Kollegen so wenig für den Verband wirken und statt Zahlstellen ins Leben zu rufen, meist nicht mal ihre Mitgliedschaft dort aufrecht erhalten, wo keine Filiale besteht. Die Erfahrung hat gelehrt, daß gerade die reisenden Kollegen viel für den Verband thun können. Das Wachstum des Verbandes ist nicht auf die Zunahme der Filialen, sondern auf das innere Wachstum der bestehenden zurückzuführen. Trotz der fast gleichen Zahl der Filialen hat sich die Mitgliederzahl verdoppelt. Es gelang der Organisation nicht nur alle Angriffe der Unternehmer in den verschiedenen Orten abzuschlagen, sondern noch bedeutende Vorteile zu erringen. Der Bericht geht auf die einzelnen Lohnkämpfe näher ein und zieht die Lehren aus den Erfahrungen. Die Lohnbewegungen zeigen, daß dort, wo starke Organisationen bestehen, die Streiks vermieden werden. Der Bericht warnt davor, bei der geringsten Veranlassung schon den Ruf: „Zuzug fernhalten!“ auszusprechen. Das fördere die Gefahr, daß dieses wirksame Kampfmittel schließlich die Wirkung verliere.

Der Bericht läßt sich über die im Verband bestehende Reise-Unterstützung, Sterbe-Unterstützung und den Rechtschutz aus. Die Auflage des Fachorgans „Der Stukkateur“ beläuft sich jetzt auf 5400. Der Vorsitzende schließt seinen Bericht mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß der Vorstand zur Zufriedenheit der Mitglieder gearbeitet habe.

Den Rassenbericht erstattet der Kassierer Edler, Hamburg. Die Gesamtsumme in der 2 1/2-jährigen Berichtszeit beträgt 95 139,83 M., die Ausgabe 85 573,27 M., das Gesamtvermögen 9566,56 M. Den Bericht des Ausschusses erstattet Schäfer, Leipzig. Es folgte dann eine ausgiebige Diskussion über die Berichte.

Köln, 6. Oktober.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht werden von den Delegierten die verschiedensten Wünsche vorgebracht. Die Berliner Delegierten fordern die Verlegung des Verbandssitzes von Hamburg nach Berlin. Dähne, Düsseldorf kennzeichnet die Querstreiberelen der christlichen Gewerkschaftler im Rheinland. Wo von seiten der freien Gewerkschaften Versammlungen einberufen werden, kommen die „Christlichen“, nicht um die Organisation zu fördern und der Arbeiterfrage zu nützen, sondern um die freie Gewerkschaft zu bekämpfen. Der Redner schlägt vor, Rheinland und Westfalen in drei Agitationsgebiete einzuteilen, deren Sitz in Dortmund, Düsseldorf und Köln sein solle. Stier, Darmstadt und Westerberger, München befürworten die Einteilung Süddeutschlands in Agitationsbezirke. Wetter, Frankfurt verlangt die Verlegung des Vorstandssitzes nach Frankfurt. — Edler, Hamburg und Odenthal wenden sich gegen das System der Agitationsbezirke, das sie als veraltet bezeichnen. Diese Bezirks- und Gau-Einteilungen seien unzuverlässig, wenn ihnen nicht besoldete Agitationsleiter vorstünden. — Alle Anträge bezüglich der Agitationsbezirk-Einteilung werden abgelehnt.

Ein Antrag Dresden, der von Bud begründet wird, lautet: Der Verbandstag wolle beschließen über Mittel und Wege, um die östreichischen Kollegen zu organisieren, um damit eine internationale Organisation herzustellen. — Dieser Antrag wird durch eine Erklärung des Vorstandes erledigt, wonach mit den östreichischen Kollegen noch weitere Vereinbarungen, auch bezüglich der Reise-Unterstützung und der Vereinfachung des Uebertritts, getroffen werden.

Es liegen zwei Anträge der Filialen München und Frankfurt a. M. vor, wonach im Fachorgan die Befassung mit Politik und religiösen Dingen unterbleiben soll. Der Münchener Delegierte fährt die zu Öftern, Pfingsten und Weihnachten erschienenen Leitartikel zur Begründung des Antrages an. Die Artikel seien der Agitation hinderlich. Eine Anzahl Redner bezeichnen die Anträge als unbegründet. In den Artikeln sei nichts enthalten, was in religiöser Beziehung Anstoß erregen oder verletzen könne. Die Befürworter der Anträge bringen keine Belege für ihre Angaben bei. Die Anträge werden abgelehnt.

Bei der Diskussion über den Rassenbericht wird unter anderem der Antrag gestellt, eine zweite Rate von 5000 M., die den Berliner Kollegen gelegentlich ihres Ausstandes unter Vorbehalt der Rückzahlung gegeben worden sind, nicht mehr als Schuld

zu buchen, sondern durch Annahme der Hauptabrechnung als erloschen zu betrachten. Nach einer lebhaften Debatte für und wider wird der Antrag mit 14 Stimmen angenommen. Ferner wird eine zwischen dem Hauptvorstand und der Düsseldorf-Filiale streitige Summe von 308,44 M. als Streikunterstützung erklärt und als erledigt angesehen. Dem Vorstand wird einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgt die Beratung des Tagesordnungsgegenstandes: Lohnbewegung und Streik. Der Verbandstag befaßt sich zunächst mit dem gegenwärtig in Elberfeld-Barmen bestehenden Streik. Der Ausstand hat selten günstige Ausichten. Die dortigen Kollegen sind aber bei der Lohnbewegung nicht statutenmäßig verfahren. Der Hauptvorstand wünscht, daß die Verbandsversammlung über die Gewährung der Unterstützung aus der Hauptkasse beschließt. Bei diesem Gegenstand nimmt der als Gast den Verhandlungen beizuhörende Hauptvorsitzende des Maurerverbandes Bömelburg das Wort und befristet unter Hinweis auf die Verhältnisse in Rheinland Westfalen die Unterstützung. — Dähne, Düsseldorf bezeichnet ebenfalls den Elberfelder Streik als durchaus berechtigt. Das Hauptagitationsfeld des Verbandes liegt jetzt in Rheinland und Westfalen.

Der Verbandstag beschließt einstimmig: „die Elberfeld-Barmen Kollegen weiter aus der Hauptkasse zu unterstützen; doch verpflichten sich die Kollegen, dafür einzutreten, daß diese Gelder von sämtlichen Filialen Deutschlands aus ihren lokalen Mitteln aufgebracht werden.“

Die Beratung wird fortgesetzt.

Der Prozeß gegen den Handlungslehrer Dippold

hat vorgestern in Wahrenth begonnen. Der Angeklagte, der, wie wir gestern berichtet haben, unter der Anschuldigung steht, daß er den 14 Jahre alten Sohn des Berliner Bankdirektors Koch zu Tode geprügelt hat, verteidigte sich mit vieler Weisheitsweisheit, und machte zu seiner Rechtfertigung namentlich geltend, daß er durch seine Prügelmethode die ihm überantworteten beiden Knaben von geheimen Lasten habe kurieren wollen. Ueber die Todesursache führte der Angeklagte folgendes an:

Heinz Koch hat schon im Januar mehrfach Ohnmachten simuliert. Am 8. März fiel Heinz wieder einmal in Ohnmacht, diese hielt ich ebenfalls für eine Simulation. Am folgenden Tage, den 9. März, erzählte mir Joachim: Heinz sei wieder einmal in Ohnmacht gefallen. Ich versetzte, wenn es ihm Vergnügen macht, dann habe ich nichts dagegen. Als ich hinaus kam, war Heinz wieder munter. Ich fragte ihn, ob er irgendwelchen Schaden genommen habe. Heinz verneinte dies. Nachmittags unternahm ich mit den Knaben körperliche Übungen. Heinz machte diese derart schlecht, daß ich ihm sagte, Du läßt Dich von Deinem jüngeren Bruder beschämen. Heinz sagte mir: er fühle sich zu schwach. Da ich die Schwäche auf „geheime Sünden“ zurückführte, so ließ ich am Abend die Rattirge hinaufbringen. Am folgenden Morgen, den 10. März, klagte Heinz über Schlaflosigkeit und bat, ihn doch schlafen zu lassen. Ich sagte dem Heinz: Steh nur auf, wenn Du kalt gebadet haben willst, mich dich die Schlaflosigkeit schon geben. Beim Baden fiel Heinz in Ohnmacht; er erhob sich aber bald. Ich glaube, es werde besser werden, wenn wir einen kleinen Spaziergang unternähmen. Heinz klagte jedoch weiter über Schwäche, und als wir nach Hause gekommen waren, fiel er wiederum in Ohnmacht. Ich ließ nun die Rattirge herunterholen und brachte den Knaben zu Bett. Da er klagte, daß er trotz seiner Schwäche nicht schlafen könne, so gab ich ihm ein Schlafpulver. Heinz schlief ein. Inzwischen nahm ich mit Joachim das Mittagbrot ein. Ich wollte nach beendetem Mahlzeit den Heinz wecken, um ihm Milch zu geben. Joachim weckte ihn, kam aber sehr bald mit der Nachricht zu mir, Heinz sei nicht zu erwecken, er glaube, er sei tot. Ich eilte ans Bett, rochete am Herzen, und nahm wahr, daß das Herz nicht mehr schlug. Ich machte alle möglichen Versuche, um die Herzthätigkeit wieder in Bewegung zu bringen. Da dies aber erfolglos war, so schickte ich ein Fuhrwerk meines Vaters nach einem Arzt.

Als Herr Dr. Severin kam, bestätigte dieser, daß Heinz tot sei. Ich bat den Arzt, eine Sektion der Leiche vorzunehmen, um die Todesursache festzustellen, damit ich vor den Eltern gerechtfertigt sei. Dr. Severin bemerkte, er nehme Sektionen nicht vor, dies werde der Landgerichtsarzt in Wahrenth machen. — Vorsitzender: Sie sollen aber auch die Knaben, wenn sie schon fest schliefen, geschlagen und aus dem Bett gerissen haben. — Angeklagter: Das geschah, weil die Knaben auch im Schlaf „geheime Sünden“ trieben. — Vorsitzender: Das sieht so aus, als hätten Sie den Knaben die Betreibung der

„geheimen Sünden“ suggeriert?

Angeklagter (heftig): Eine solche Beschuldigung höre ich zum erstenmal von dem Herrn Vorsitzenden. Ich habe niemals so etwas suggeriert. — Vorsitzender: Man muß aber unwillkürlich auf diesen Gedanken kommen, denn das ist nicht glaublich, daß die Jungen noch, wenn sie schliefen, „geheime Sünden“ betrieben? — Angeklagter: Die Jungen schliefen selten vor Mitternacht ein, sie unterhielten sich sogar bisweilen bis 4 oder 5 Uhr morgens. — Vorsitzender: Frau Kommerzienrat Koch hat bekundet: Die Jungen sind gewöhnlich, kurz nachdem sie sich zu Bett gelegt hatten, einschlafend. Es ist doch kaum anzunehmen, daß solch junge Kinder derartig am Schlaflosigkeit leiden. Sie sollen die Jungen auch oftmals am Halse gewürgt haben. — Angeklagter: Das geschah nur, um die Jungen zu beruhigen. (Gelächter im Zuscherraum.) Der Vorsitzende ermahnt das Publikum zur Ruhe.

Aus den Zeugen-Aussagen führen wir folgendes an: Der erste Zeuge ist Lehrer Bornbran (Mittelstreu): Als Dippold in Würzburg studierte, habe ich in seiner Familie verkehrt. Er habe seinem Sohn von Dippold Nachhilfe-Unterricht in der Mathematik geben lassen. Er hatte keine Ahnung, daß Dippold mit seiner Tochter ein Liebesverhältnis hatte. Zunächst habe er einen großen Krach gemacht, schließlich aber in die Verlobung des Dippold mit seiner Tochter eingewilligt. Er habe dem Dippold mehrere Male Geld geliehen. Nach einiger Zeit sei Dippold nach Berlin gegangen und habe ihm dort von mehreren Briefen geschrieben. — Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts gelangen die Briefe zur Verlesung. In einem Briefe schreibt Dippold: Es ist ungeheuerlich, wie viel Juden es auf der Berliner Universität giebt. Es ist nur ein Trost, daß in unmittelbarer Nähe der Universität und des königlichen Schlosses die katholische Hedwigskirche steht. — Weitere Briefe enthalten Versicherungen, daß er, Dippold, in Berlin ein

sehr religiöses Leben

führe. — Schließlich hatte er (Zeuge) von einem Weislichen in Würzburg erfahren, daß Dippold sich in Würzburg einem überlichen Lebenswandel hingeegeben, mit überlichen Dirnen verkehrt und das ihm geliehene Geld verprakt habe; darauf habe er dem Angeklagten geschrieben, daß er die Verlobung mit seiner Tochter aufhebe. — Vorsitzender: Es war dem Angeklagten bekannt, daß Ihre Frau sehr religiös war; deshalb schrieb er wohl Briefe bigotten Inhalts. — Zeuge: Das ist möglich.

Frau Bornbran schließt sich den Aussagen ihres Gatten an und teilt noch mit: Dippold habe einmal ohne jede Ursache ihren zehn-jährigen Sohn heftig geschlagen. — Rechtsanwältin Deppt, Würzburg, der danach als Zeuge erscheint, bekundet: Der Angeklagte habe ganz eigentümliche Ansichten gehabt. Er sagte: Nur die robuste Kraft müsse entscheiden, die Schwächlinge mühen von der Welt verschwinden. Der Angeklagte sei sehr jähzornigen Charakters gewesen. Er habe seine jüngeren Brüder oftmals heftig geschlagen und geprügelt: Er schlage den Bruder, weil dieser für das Studium un-

brauchbar sei. Er wolle denselben von der Universität wegbringen. Er (Zeuge) hatte die Auffassung, Dippold schlage seinen Bruder, damit er von der Universität gehe und er allein das Geld von seinem Vater erhalte und außerdem, damit er von seinem Bruder nicht kontrolliert werde. Dippold sagte einmal: Mein Bruder teilt alles, was ich ihm, meinem Vater mit. — Rechtspraktikant Michael Wolff, Würzburg: Der Angeklagte habe an

Größenwahn

gelitten. Ganz besonders, wenn er Alkohol getrunken hatte, sei er in große Erregung geraten. Bezüglich des Geschlechtslebens habe Dippold der freien Liebe gehuldigt; wenigstens habe er sich dahin geäußert. — Angeklagter: Ich bemerke, daß ich in Berlin meine Anschauung vollständig geändert hatte. — Cand. jur. Feldbaum, Würzburg: Er habe auch die Auffassung gewonnen, daß Dippold an Größenwahn gelitten habe. Der Angeklagte sei Mitglied des Bauernbundes geworden und habe vielfach auf die bestehenden Klassen geschimpft. Auch ungemein jähzornig sei der Angeklagte gewesen. — Stud. jur. Töpfer, Koburg: Er sei mit dem Angeklagten in Berlin befreundet gewesen. Der Angeklagte habe wohl mit Damen verkehrt, er habe aber ein vollkommen sittenreines Leben geführt und sogar ihn (den jüngeren Kommissionsrat) vor Ausschweifungen gewarnt. Er habe einmal den Heinz gesehen, der ganz gerötete Augen hatte. Auf sein Befragen habe ihm der Angeklagte gesagt: Der Knabe betreibe „geheime Sünden“, deshalb habe er den Knaben heftig geprügelt. Dippold zeigte ihm einen biden Spazierstock mit silberner Spitze und erzählte: Er habe beide Jungen schon mehrfach bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, so daß der Stock zerbrochen sei. Er habe darauf dem Angeklagten Vorstellungen gemacht. — Es wird hierauf ein Brief verlesen, den der Zeuge dem Angeklagten ins Gefängnis geschrieben hat. In diesem teilt der Zeuge dem Angeklagten mit: er sei nur pathologisch zu beurteilen. — Auf Befragen des Ersten Staatsanwalts bemerkt der Zeuge, daß er den Angeklagten für vollständig normal halte. — Der folgende Zeuge stud. jur. Fenster, Berlin: Er sei der Vorgänger des Angeklagten bei dem Kommerzienrat Koch gewesen. Er habe in der Hauptkade Joachim, zum Teil auch Heinz unterrichtet. Er habe viel über die Unaufrichtigkeit, Faulheit und Widerspenstigkeit der Knaben zu klagen, er sei auch genötigt gewesen, die Knaben oftmals zu züchtigen, besonders ungeberdig seien aber beide Knaben nicht gewesen. Heinz war weidlicher und weniger widerstandsfähig als Joachim. Die Knaben haben sich wohl bisweilen gegenseitig mit Wasser bespritzt, haben Eskimos gespielt, im übrigen sei es ihm ein Vergnügen gewesen, mit den Knaben Ausflüge zu machen. Es herrsche dabei ein so angenehmer, fröhlicher Ton, daß er seine volle Freude daran hatte. — Vorsitzender: Haben Sie einmal wahrgenommen, daß sich die Knaben sexueller Ausschweifungen hingeeben haben? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Haben Sie die Knaben, auch wenn sie zu Bett lagen, in dieser Beziehung kontrolliert? — Zeuge: Gewiß, oftmals, ich habe aber niemals eine Spur entdeckt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Aufgabe eines Abgeordneten im preussischen Landtag spricht Genosse Litfin heute abend 8 Uhr im Lokal Südost, Waldemarstr. 75, ebenso hält über dasselbe Thema Genosse Hermann Künzl in der Urania, Wrangelstr. 10/11, heute abend 8 Uhr einen Vortrag. In beiden Versammlungen, zu denen auch unsere Gegner eingeladen sind, werden die socialdemokratischen Wahlmänner bekannt gegeben.

Hermendorf. Sonntag hält der hiesige Wahlverein eine Festlichkeit mit Tanzkränzchen ab.

Reinickendorf. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Parteiverammlung im Lokal des Herrn Abraham, Schönholz 14. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag. 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch, auch der Frauen, ist erwünscht.

Friedrichshagen. Das Herbstfest des Arbeiter-Bildungsvereins findet Sonnabend im Eisfelder (Wittner) statt. Das Programm besteht aus Konzert, Vorträgen und Tanz. Eintritt 25 Pf., Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Einladungen sind im Vereinslokal von Kosulle und bei den Bekannten Genossen zu haben.

Lokales.

Die Schapostel an der Arbeit.

Mit dem Uebermut der Scharfmacher ist es wahrlich weit gekommen. Daß sie einen Rösche Brandmarkten, weil er die ihm unterstellten Arbeiter anständig behandelt und auch für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einiges Verständnis gezeigt hat, mag man von ihrem Standpunkt aus verstehen. Auch der Horn darüber, daß Herr v. Posadowsky eines Tages im Reichstage den Thatfachen Recht gab und die Socialdemokratie als die Vertretung der Arbeiterklasse anerkannte, ist begreiflich. Daß alle Erscheinungen, die auf Erzielung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern oder wenigstens auf eine Bänderung der Gegensätze hindeuten, wie partielle Arbeitsnachweise, Anerkennung der Gewerkschaftsorganisation u., ebenfalls von den Vertretern einer traffen Unternehmerbrutalität ingrinnig angegriffen werden, ist allenfalls auch verständlich bei Leuten, die den Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Tier behandelt wissen wollen, das man bei artigem Verhalten sanft, bei Widerborstigkeit dagegen mit der Peitsche traktiert.

Das schier Unmögliche ist aber jetzt eingetreten: Die Polizei wird des Verrats am Scharfmachertum geziehen! Die „Post“ vom heutigen Tage läßt gegen die eifrigste Stütze des Unternehmertums folgende Ahräfflung vom Stapel:

Die gegenwärtige völlige Schulpflichtigkeit der Arbeitswilligen ist wohl kaum jemals so grell in die Erscheinung getreten, wie kürzlich im Verlaufe der Aufstandsbewegung der Berliner Omnibusfahrer. Die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, daß vorläufig nach 6 Uhr abends kein Omnibusverkehr mehr stattfinden könne, weil beschränkt werden müsse, daß die aus den Fabriken heimkehrenden Arbeitermassen sich gegen die Arbeitswilligen wenden würden, mußte auf alle ordnungsliebenden Staatsbürger geradezu verblüffend wirken. Wenn man das liest, muß man sich erst vergewissern, ob man wirklich was ist, oder ob man durch ein Traumbild genarrt wird, man muß sich befennen, ob man wirklich im Deutschen Reich, im Staate der Disciplin und der geschlichen Ordnung, in Preußen, oder in der Republik Haiti sich befindet. Der preussische Wahlprüd: Jedem das Seine! kann nicht schärfer verurteilt werden, als es durch diese polizeiliche Verfügung geschehen ist. Dieselbe hat nicht nur der Omnibus-Gesellschaft und den arbeitswilligen Kutschern den polizeilichen Schutz verjagt, sondern auch dem Publikum in dem verkehrreichen Abendstunden eine viel begehrte und benutzte Verkehrsgelegenheit entzogen. Und warum? Weil die Socialdemokraten alle Arbeitswilligen verbeht, sie gleichsam außer Gesetz und Recht gestellt hat, und man fürchtet, die zahlreichen aus den Fabriken kommenden Arbeiter möchten dem Willen der Socialdemokratie Geltung verschaffen. Kann man sich noch wundern, wenn Arbeitgeber aus Schwäche den Forderungen ihrer socialdemokratischen Arbeiterklasse auf Entlassung nicht organisierter Arbeiter nachgeben, nachdem ihnen von der Polizei ein so wenig erhebendes Vorbild in der Unterordnung unter dem socialdemokratischen Willen gegeben ist? Wenn jetzt der Uebermut der „Genossen“ noch gewaltiger wächst und die Angst gewisser, in Konzeptionen gegen den Umsturz immer weiter gehender Krei-

nach mehr zuntimt, so kann man darüber nicht klagen. Wenn die Hölzer der öffentlichen Ordnung dem Rechte gegenüber den Umstürzern nicht mehr zur Geltung zu verhelfen mag, wo soll man da noch einen Damm gegen das immer herausfordernder auftretende Demagogentum suchen? Man hätte es verstehen können, wenn die Verlehrsbeschränkung für den ersten Tag angeordnet wäre, um der Möglichkeit von Ausschreitungen vorzubeugen, so lange nicht umfassende Maßnahmen getroffen waren, Gesetzwidrigkeiten zu hindern. Aber das ohne weiteres die Verfügung fortbesteht, das bedeutet nichts anderes als das Eingeständnis der Polizei, daß sie sich nicht zutraut, den verheerenden Massen gegenüber Gesetzlichkeit und Ordnung zu schützen. Somit stellt sich diese Verfügung ungeschminkt als eine Kapitulation der Polizeigewalt der Reichshauptstadt vor dem Willen der Socialdemokratie dar, und die letztere kann sich rühmen, wieder einmal gezeigt zu haben, daß der anmaßende Vers: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ doch nicht nur eine leere Renommisterei ist. Wir haben es wahrlich herzlich weit gebracht in dem machtvollen Staatswesen, über dessen Wohl noch vor anderthalb Jahrzehnten das Auge des Eisernen Kanzlers wachte!

Das wird derselben Polizei gesagt, die im Kampf gegen ausländische Arbeiter eine ihrer vornehmsten Aufgaben sieht und deren Finger gegen die Streikposten so weit geht, daß beinahe kein Tag verstreicht, wo nicht die Gerichte, die doch wahrlich der Arbeiterschaft nicht grün sind, einen zu Unrecht angeforderten Arbeiter von Strafe und Kosten freisprechen müssen. Ja, was soll denn die Polizei noch mehr im Interesse des Unternehmertums anstellen? Sie hat während des Streiks der Omnibus-Angestellten nicht allein die wirklichen Madaubrüder, sondern auch anständige Leute, die unversehens ins Gewühl kamen, mit dem Säbel traktiert, sie ist im Streikbrecherstreifen vom Morgen bis zum Abend auf den Beinen gewesen! Sie, die sonst oft bis zum Uebermaß vorsichtig ist in der Erteilung von Fahrtscheinen, hat den zusammengehängenen Arbeitswilligen der Omnibus-Gesellschaft mit freigegebener Hand die Fahrtscheine bewilligt und ließ in dieser Unterstützung des Unternehmertums auch nicht nach, als die vielen Unglücksfälle im Omnibusverkehr sie von der Gefährlichkeit namentlich dieses Verkehrs gegen die armen Kaufmänner überzeugen mußte. Das Verbrechen der Polizei in den Augen des Scharfmachertums ist nun, daß sie in der Fülle ihrer Unternehmerrundlichkeit das Publikum nicht ganz und gar der Ungelenktheit der Streikbrecher preisgab. Es hätte Duzende von Menschenleben kosten können, wenn sie der Unternehmerrundlichkeit zuliebe den im Fahrwesen unkundigen Streikbrechern gestattet hätte, auch im Bewußt der Abendstunden blindlings darauf loszufahren, und dies kleine Zugeständnis, das wohl oder übel heilsame nicht den Ausständigen, sondern der öffentlichen Sicherheit gemacht werden mußte, hat das Scharfmachertum zur Rafferei getrieben. Es ist ein Dogma der kapitalistischen Ordnung, daß die Arbeiter für die Sünden des Unternehmertums büßen müssen. Doch diese Opfer genügen nicht. Zur höheren Ehre des Kapitalismus sollen wahllos aus den Reihen des Publikums Menschenleben zerstört werden. Das ist ein Verlangen, das selbst die Verteidiger der „Ordnung“ wahnwitzig nennen müssen.

Zur Landtagswahl. Um Arbeitsruhe am Tage der Urwahlen von 12 Uhr mittags an haben die Berliner städtischen Arbeiter den Magistrat in folgendem Schreiben erlucht: „In Rücksicht der Wichtigkeit der preussischen Landtagswahlen halten es die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter für ihre Pflicht, sich als Urwähler an diesen Wahlen zu beteiligen, um ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten zu genügen. Da der Beginn des Termins zu den Wahlen bereits auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt ist, bitten wir höflichst darum, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, von 12 Uhr ab die Arbeit ruhen zu lassen, damit dieselben im Stande sind, sich zu Hause zu reinigen und rechtzeitig an dem Wahlort teilzunehmen zu können. Wir hegen die feste Zuversicht, daß es nur dieses bescheidenen Wunsches bedarf, um den Herrn Oberbürgermeister zu veranlassen — ähnlich wie bei den Reichstagswahlen — entsprechende Anweisungen ergehen zu lassen.“

Auch wir hoffen, daß der Magistrat dem Gesuch der städtischen Arbeiter möglichst bald Erfüllung zusagt und so den Privatunternehmern ein gutes Beispiel giebt.

Was einem Steuerzahler passieren kann.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit der Petition eines Mannes zu beschäftigen haben, dem bei seiner Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer Unrecht geschehen ist. Daß ein Steuerzahler Grund hat, mit der ihm widerfahrenen Veranlagung unzufrieden zu sein, weil man sein Einkommen zu hoch angenommen und infolgedessen ihm einen zu hohen Steuerbetrag zuerkannt hat, das ist ja nichts Ungewöhnliches und kommt bekanntlich in jedem Steuerjahr vieltausendmal vor. Der vorliegende Fall jedoch ist dadurch interessant, daß hier zwar das Einkommen des Steuerpflichtigen richtig angenommen, aber seine Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer nicht den bestehenden Vorschriften gemäß ausgeführt worden ist.

Der Petent ist ein Eiseubahnenbeamter mit einem Einkommen zwischen 1500 und 1500 Mark. Als Staatsbeamter hätte er hiervon nur die Hälfte, also ein Einkommen zwischen 600 und 900 Mark zu versteuern, aber infolge eines Verfehlers, das den Organen der Steuerverwaltung zur Last fällt, ist er für das Steuerjahr 1903/04 irrtümlich mit dem vollen Einkommen zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen worden, obwohl er schon im Jahre 1902/03 nur als Beamter besteuert worden war. Er hat gegen die Veranlagung für 1903/04, weil sie zu hoch sei, Einspruch erhoben, ist aber zurückgewiesen worden, und zwar lediglich aus dem formalen Grunde, weil die Einspruchfrist bereits abgelaufen war. Daß die Veranlagung nach einem falschen Verfahren ausgeführt worden war, wurde zugegeben, und es wurde dem Reklamanten auch in Aussicht gestellt, daß man für 1904/05 bei der Veranlagung wieder seine Beamten-eigenschaft berücksichtigen werde. Der Mann hat sich hierbei nicht beruhigt. Er hat mehrere Gesuche um Erlass der Steuer an den Bezirksausschuß usw. gerichtet, ist von hier an die Stadtverordneten-Versammlung verwiesen worden und bittet nun diese, ihm dazu zu verhelfen, daß ihm die Steuer erlassen und die schon bezahlten Beträge ihm zurückerstattet werden. Der Bezirksausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, dem die Eingabe vorgelegt wurde, hat zu erwägen gehabt, ob auch in diesem besonderen Fall an dem Grundhaft festgehalten werden dürfe, daß durch Veräussnerung der Einkommensteuer die Sache zu Ungunsten des Reklamanten entschieden und erledigt ist, oder ob man nicht berücksichtigen müsse, daß es sich hier doch um einen Fehler der Verwaltung handele, den diese wieder gut zu machen habe. Auf den letzteren Standpunkt stellten sich namentlich die socialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses. Der Vertreter des Magistrats machte geltend, daß Untersuchungen nicht zugelassen werden könnten, weil das eine Menge anderer Streitfälle nach sich ziehen und der Stadt große Verluste bereiten würde. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich schließlich dahin ausgesprochen, daß die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen sei — ein Vorschlag, dem die Versammlung hoffentlich beizutreten wird.

Die Erklärung des Magistratsvertreters, daß bei Durchbrechung des Fristverhältnisses-Principals die Stadt große Verluste haben werde, läßt vermuten, daß selbst solche den Vorschriften widersprechenden Veranlagungen wohl nicht so selten sind, wie man annehmen möchte. Dem Rechtsbewußtsein eines Menschen, der nicht in Paragraphen zu denken gelernt hat, wird es unfaßbar erscheinen, daß die Stadt sich die Fristverhältnisse auch dann zu Range machen will, wenn ein offenkundiges Versehen der Steuerverwaltung vorliegt. Weil die Organe

der Steuerverwaltung die nun einmal bestehenden Vorschriften über die Veranlagung nicht beachtet haben, soll der Steuerzahler büßen! Ist das recht und billig?

Der außerordentliche Geschwindigkeits-Rekord, welchen die Studiengesellschaft mit ihrem Siemens-Wagen erzielt hat, veranlaßte gestern wieder eine ganze Schar von Fachleuten in Civil und Uniform mit den Frühlagen nach einer Station der Jössener Vorortstraße zu fahren, um von dort aus die Versuchsfahrten zu beobachten. Diese machte leider der orkanartige Windsturm unmöglich; Obergenieur Reichel wollte sich zwar durch das „bischen Wind“ nicht abschrecken lassen, die Leitung war unter Spannung (14 000 Volt), die mitfahrenden Herren hatten schon im Schnellwagen Platz genommen und der „Witzzug“ wurde den Vorausstationen signalisiert. Der Sturm aber wurde immer ärger, die Arbeitsleitungen pendelten hin und her und es war daher eine fortgesetzte Entgleisung der Stromabnehmer zu befürchten. So nahm man denn schließlich von der Fahrt Abstand, die an das gestrige Resultat doch nicht hätte heranreichen können, wenn den Motoren die nötige Energie nicht ununterbrochen zugeführt werden konnte. Das Abfahrtsignal wurde widerrufen und gegen 9 1/2 Uhr mußte man es auf allen Unterwegstationen, daß der Siemens-Wagen, nach dem so viele Augen ausgehakt, nicht kommen werde. In den Bahnhöfswirtschaften wie in den überfüllten Vorortzügen unterhielt man sich von nichts anderem als den Schnellfahrten der Studiengesellschaft. Hier debattierte man über die mögliche Verbesserung der Arbeitsleistung und der Stromabnehmer, dort über den gewaltigen Winddruck, der die Räder festlich an die Schienen presse und eine unangenehme Vremstwirkung auslöse, und dort wieder über die armen Vögel, welche dem dahinsausenden Siemens-Wagen zum Opfer fielen. Ueberall aber, in Hoch- wie in Laienkreisen, gab sich ein außerordentlich lebhaftes Interesse kund für den neuesten Rekord der deutschen Industrie.

Die freie Vereinigung der Fleischermeister zu Berlin ist seit Jahren bestrebt, eine zweite Fleischereinung in Berlin zu gründen. Der Polizeipräsident, dem sie den Entwurf eines Statuts einreichte, lehnte ihren Antrag und die Genehmigung des Statuts ab. Dann kam die Angelegenheit vor den Bezirksausschuß, der die Klage des Vorstandes der genannten Vereinigung mit der Begründung abwies, daß der Verwaltungsrichter im vorliegenden Falle überhaupt nur die Entscheidung des Polizeipräsidenten abändern könnte, wenn sich der Polizeipräsident bei Ablehnung des Antrages von Willkür hätte leiten lassen. Das sei aber hier nicht nachweisbar. — Das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz hob aber dies Urteil auf und verwies die Sache an den Bezirksausschuß zurück. Begründet wurde ausgeführt, der Bezirksausschuß habe seine Stellung gegenüber dem Antrage der freien Vereinigung auf mündliche Verhandlung über den ablehnenden Bescheid des Polizeipräsidenten verlor. Der Verwaltungsrichter habe hier in derjenigen Weise alles für und Wider so zu prüfen, wie der Polizeipräsident. — Der Bezirksausschuß folgte jedoch dieser Weisung nicht, sondern erklärte den Antrag der freien Vereinigung für gegenstandslos, weil er aus einer Verletzung glaubte entnehmen zu können, daß der Antrag auf mündliche Verhandlung zurückgenommen sei. Der Vorstand bestritt dies und ging abermals an das Ober-Verwaltungsgericht. Der dritte Senat des Gerichts hat nun jetzt abermals die Sache an den Bezirksausschuß zurückverwiesen, indem er davon ausging, daß die Klage nicht zurückgenommen sei. Der Bezirksausschuß müsse jetzt materiel entscheiden und dabei u. a. berücksichtigen, ob Bedenken gegen die Existenz einer zweiten Fleischereinung in Berlin vorlägen. — Nun wird ja wohl die Sache, die schon so lange die Gemüter der Fleischermeister bewegt, endlich erledigt werden.

Eine „Rebenschule“ für Schwachbegabte. Eine Gemeindegemeinschaft, die nur aus Rebenklassen für Schwachbegabte besteht, ist am Dienstag in der Gegend des Rosenhals Thores eröffnet worden. In dem Hause Brunnenstr. 186 hat die Schuldeputation die früher von einer privaten Mädchenschule benutzten Räume gemietet und es sind darin die sieben Rebenklassen untergebracht worden, die bisher an der 223. Gemeindegemeinschaft in der Rheinsbergerstraße bestanden. Die gemieteten Unterrichtsräume, im ganzen acht dreizehnhundert Klassenzimmer, die sich auf vier Stockwerke eines Hintergebäudes verteilen, sind vollständig erneuert worden. Schon in der Rheinsbergerstraße waren von diesen sieben Rebenklassen sechs in aufsteigenden Stufen zu einem besonderen, in sich geschlossenen Schulsystem zusammengefaßt, während die siebente als Hilfsklasse für störrische Kinder eingerichtet war. Durch die Verlegung in ein eigenes Gebäude kommt jetzt noch deutlicher zum Ausdruck, daß diese kleine, von wenig über 100 Kindern besuchte „Rebenschule“ ein selbständiger Schulorganismus ist. In der Brunnenstraße gilt die „Rebenschule“ zwar noch als Filiale der 223. Gemeindegemeinschaft, aber sie ist hier unter einen besonderen Leiter gestellt.

In der städtischen höheren Rebenschule ist ein neuer Lehrplan eingeführt, wobei auf die in Berlin blühende Konfektion Rücksicht genommen worden ist. Die neuen Konfektionskurse umfassen nicht nur Zuschneiden, sondern auch Musterzeichnen, Färberei-Unterricht usw. Der Minister Köllner hat zu diesem Zwecke 10 000 M. unter der Bedingung bereit gestellt, daß die Stadtgemeinde die übrigen Kosten übernimmt. Hierzu ist der Magistrat bereit. Der für den Färberei-Unterricht zu beschaffende Projektionsapparat kostet 10 000 M., die Kosten für die Beschaffung des übrigen Inventars betragen rund 25 000 M.

Die Berliner Tischlerschule hat in der Straßmannstr. 6 (städtische Schule) eine Ausstellung von Schülerarbeiten (Zeichnungen, Tischler-, Bildhauer-, Drechslerarbeiten usw.) eröffnet. Die Ausstellung ist bis zum 11. d. M. geöffnet und zwar von 10—2 Uhr und von 7—9 Uhr abends. An den letzten drei Wochentagen sind sämtliche Werkstätten in Betrieb.

Der Herkules-Brunnen auf dem Rikowplatz wird am nächsten Sonntagvormittag 11 Uhr der Öffentlichkeit übergeben werden.

„Alt-Heidelberg“ ist der Mittelpunkt einer ganzen Reihe strafrechtlicher Verfahren wegen Vergehens gegen das Urheberrecht geworden. Das Stück macht jetzt die Runde durch alle möglichen Theater- und sonstigen Vereine, die es gegen billiges Eintrittsgeld aufführen lassen, ohne von dem allein berechtigten Verleger Entschädigung zu erhalten zu haben. Diese Art der Aufführung wird ganz systematisch betrieben: ein Unternehmer hat einen Prospekt mit der Dekoration Heibelberger Schloßruine und die sonst dazu gehörigen Dekorationsstücke malen lassen, diese werden gegen billiges Geld verborgt und machen die Runde durch die Vereine, einige engagementslose Schauspieler sind immer bei der Hand und so macht eine solche Vereinsvorstellung nicht große Schwierigkeiten. Da neuerdings diese Methode einen großen Umfang angenommen hat, so wird jetzt in jedem Einzelfall Strafanzeige wegen unbefugter Aufführung eines Theatersüdes erstattet. Es sollen bereits etwa zwanzig solcher Anklagen schweben.

Der heftige Sturm hat am gestrigen Tage vielen Schaden angerichtet. Im Tiergarten sind zahlreiche Bäume entwurzelt worden. Auch die Charlottenburger Chaussee entlang erblühte man zu beiden Seiten entwurzelte und abgebrochene Bäume. An der Bellevue-Allee und der Charlottenburger Chaussee sind vier Klazien abgebrochen worden. Sie fielen im Lauf des Vormittags, während die Wege ziemlich belebt waren. Von den Zweigen des einen Baums wurde ein Knabe, der trotz der Warnung der Arbeiter vorwärts lief, erfasst und quer über die Allee geschleudert, glücklicherweise ohne Schaden zu nehmen.

Auf dem Tempelhofer Felde wurden mehrere mit Stroh beladene Wagen, darunter ein Wagen der Garde-Artillerie, der vom Tempelhofer Provianddepot kam, umgeworfen. Der Sturm trieb die Stroh-bunde über die Geleise der Straßenbahn und zerstreute sie über das Feld.

In Charlottenburg hätte der Sturm bald eine Katastrophe beim Rathaus-Neubau herbeigeführt. Dieser ist jetzt bis zur Errichtung des Turmes gedeihen, der 80 Meter hoch werden soll. Für den Turm hat man an der Berlinerstraße ein entsprechend hohes Gerüst hergestellt. Die ungeheure Gewalt des Sturmes brachte am Morgen

nun die Krönung des mächtigen Gerüstbaues in Gefahr. Sie klappte sich der Bau-Arbeiter durch den Absturz einer Anzahl Bretter vom Gerüstende an. Infolge dessen mußte sofort der Verkehr auf dem Bürgersteige den Rathausbau entlang gesperrt werden. Doch oben hatten sich einige Gerüstbalken gelockert, da der Wind die Ankerdrähte gelockert hatte, die sich um die einzelnen Gerüstteile spannen. Die Gefahr des drohenden Einsturzes des Gerüstbaues wurde zum Glück rechtzeitig abgewendet, indem die Verbindungsdrähte neu befestigt wurden.

Aus allen Teilen der Stadt liegen uns Berichte über eingestürzte Fensterscheiben vor. So wurden in der Oranienstraße ein Geschäftslokal der Disconto-Gesellschaft drei große Fensterscheiben durch den Sturm eingeworfen; ebenso wurden in der Schleifchen Straße drei große Schaufenster zertrümmert. Am Jelt Nr. 4 hat der Sturm einen Ast abgerissen, der beim Niederstürzen einige Glas-scheiben der Veranda einschlug und nach Beschädigung einer Anzahl Laternen schließlich den über dem Garteneingang befindlichen Beleuchtungsbogen vollständig zertrümmerte. Nebenbei knickte er noch einen Laternenpfahl um. Auch in der Eichendorffstraße wurden zwei große Schaufensterscheiben zertrümmert. Im Botanischen Garten wurde das Glasdach des Treibhauses zertrümmert. Auch in der Chaussee-straße ist mannigfacher Schaden angerichtet worden. Besonders nachhaltig scheint sich die Wirkung des Orkans in Rikowdorf bemerkbar gemacht zu haben, wo in der Hermann-, Emser- und Siegfriedstraße Neubauten abgedeckt wurden.

Aus zahlreichen Orten des westlichen und nördlichen Deutschland wie Dresden, Frankfurt a. M., Bremen, Kiel, Emden usw. treffen Meldungen ein, daß dort seit Dienstag starke Stürme herrschen, die vielfachen Schaden angerichtet haben. Auch der telegraphische und telephonische Verkehr dieser Orte erlitt vielfache Störung.

Aus Dresden schreibt man uns: Auf dem Elbberg stürzte gestern vormittag 1/10 Uhr das Gerüst des Neubaus des städtischen Volksschulsaals zusammen. Tausende von Menschen umstehen die Unfallstelle, auf der die Feuerwehrlöcher arbeiten. Bis jetzt wurden 3 Tote und 6 Verwundete aufgefunden. Die Ursache des Unglücks ist der Sturm und zu schwache Balken. Auch standen die Gerüstbalken glatt auf den Steinen, statt daß man sie eingegraben hätte. Vor einem Jahre verunglückten aus dem gleichen Grunde zwei Arbeiter beim Neubau der städtischen Schule auf dem Freiburger Plage.

Aus London wird gemeldet: In ganz England wüteten gestern heftige Stürme, die bedeutenden Schaden verursachten. Die telegraphischen Verbindungen sind größtenteils zerstört. Der Dampferverkehr zwischen Frankreich und England kann wegen des hohen Seeganges nur mit größter Mühe aufrecht erhalten werden. Aus vielen Orten werden Überschwemmungen gemeldet. Auch an der Nordküste von Wales herrscht ein orkanartiger Sturm.

Die „Brandische Millionenerbschaft“ beschäftigte dieser Tage noch einmal die Öffentlichkeit, nachdem man lange nicht mehr von ihr gehört hatte, allerdings nicht die Erbschaft selbst, sondern ein Zwischenfall in dieser Angelegenheit. Der Maurermeister Friedrich Brandt und der Kaufmann Wilhelm Bethke wurden bekanntlich am 10. Dezember v. J. vom Landgericht I wegen Verleumdung des Grafen Douglas zu 2 und 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie wären wohl nach dem Urteilspruch sofort verhaftet worden, wenn sie es nicht vorgezogen hätten, eine einjährige Pause in der Verhandlung zur Flucht zu benutzen. Gegen Brandt und Bethke ist das Urteil nun auch rechtskräftig geworden, da das Reichsgericht ihre Revision verworfen hat. Man könnte es also jetzt vollstrecken, wenn man die beiden erst hätte. Einstweilen aber sucht man sie noch, und zwar mit wenig Glück. Während nämlich von Bethke nichts mehr verlautet, wird jetzt bekannt, daß Brandt noch vor nicht langer Zeit am Sitz des Reichsgerichts, das jetzt seine Revision verwarf, unangefochten verweilt. Ein Bekannter begegnete ihm dort, unterhielt sich auch noch mit ihm. Aber nicht bloß in Leipzig war Brandt, sondern auch in Wiesbaden, dem Centrum seiner Tätigkeit in der Millionenerbschaft, und nicht bloß einen Augenblick hielt er sich hier auf, sondern lange genug, um von neuem in der Millionenerbschaft zu arbeiten, wie es heißt, nicht ganz ohne Erfolg für seine Tasche. Brandt hatte seinen äußeren Menschen erheblich verändert, wurde aber trotzdem hier und da erkannt. Nach dem, was er in Wiesbaden von seinen Schicksalen zu erzählen für gut fand, hat der verfolgte Millionenerbe seinen Wohnsitz in Paris.

Ein zwölfte Jahre währendes Konkursverfahren ist jetzt endlich vom Berliner Amtsgericht I zum Abschluß gebracht worden. Der Konkurs betrifft die ehemalige Handelsgesellschaft Berliner Wechselbank Hermann Friedländer u. Sommerfeld, deren Inhaber bekanntlich im Jahre 1891 durch Selbstmord endeten. Gestern wurde der Schlußtermin abgehalten; der Grund dafür, daß ein so langer Zeitraum zwischen der Eröffnung und dem Abschluß des Konkursverfahrens liegt, ist darin zu finden, daß die Realisation der Masse eine außerordentlich schwierige war. Auf 2 521 300 M. nicht beborendigte Forderungen wurde eine Dividende von 42 1/2 Proz. zur Verteilung gebracht.

Absturz. Auf dem Neubau des Hauses Wladimirstr. 123 ist gestern der Steinträger Theodor Red aus Schmarndorf dadurch abgestürzt, daß von der ersten Etage ein Brett, worauf der Arbeiter trat, sich löste. Red erlitt bedeutliche Verletzungen am Kopf und an der Schulter. Nachdem man ihm auf dem Bau den ersten Notverband angelegt hatte, wurde er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Leider fand der Verunglückte dort keine Aufnahme, so daß er auf weitem Wege nach dem Kreis-Krankenhaus in Richterfelde gebracht werden mußte.

Die erste Serie der vom Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern veranstalteten Vortragskurse findet im Oktober bis Dezember statt und umfaßt 11 Kurse von je 6 Vorträgen (außer Kursus 2 Harnack, der nur 4 Vorträge umfaßt), die alle um 8 1/2 Uhr abends beginnen. Das Programm lautet: 1. Montags: Geheimere Medicinalrat Professor Dr. Waldeyer: „Die Absonderungsorgane des Menschen und ihre Verrichtungen“ im Hörsaal der Anatomie, NW, Philippstr. 12; Anfang: 9. Novbr. 2. Montags: Professor Dr. Harnack: „Geschichte der Entdeckung und Entwicklung des Papillitoms bis zur Gegenwart“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW, Reichstagsufer 6; Anfang: 2. Novbr. 3. Dienstags: Dr. Theodor S. Flaßau: „Stimm- und Sprachkrankheiten und deren Verhütung“ im Hörsaal der Landwirtschaftlichen Hochschule, N, Invalidenstr. 42; Anfang: 27. Oktbr. 4. Dienstags: Lic. Dr. Schüring: „Abrecht Dürer“ in der Aula des Real-Gymnasiums in Rikow, Kaiser Friedrichstr. 210; Anfang: 27. Oktbr. 5. Mittwochs: Geheimere Regierungsrat Professor Dr. jur. Stephan: „Handels- und Verlehrsrecht“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW, Reichstagsufer 6; Anfang: 28. Oktbr. 6. Mittwochs: Privatdocent Dr. Renzer: „Die pessimistische Weltanschauung mit besonderer Berücksichtigung Schopenhauers“ im Paraden-Auditorium der Universität im Kasanienwäldchen hinter der Universität; Anfang: 28. Oktbr. 7. Donnerstags: Professor Dr. P. Plate: „Die unterirdischen Tiere und Pflanzen? Eine Einführung in die Grundbegriffe der Lebenskunde“ im Hörsaal des Zoologischen Instituts, N, Invalidenstr. 43; Anfang: 5. Novbr. 8. Donnerstags: Professor Dr. Brautig: „Gesundheitspflege im täglichen Leben“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW, Reichstagsufer 6; Anfang: 29. Oktbr. 9. Donnerstags: Privatdocent Dr. Gottschalk: „Die Hygiene der Frau“ in der Aula des Andreas-Realschulsaals, O, Langestr. 31; Anfang: 5. Novbr. (NB. nur für Frauen). 10. Freitags: Professor Dr. v. Lusaan: „Einführung in die allgemeine physische Anthropologie“ im Hörsaal des Museums für Völkermunde, SW, Königgräberstr. 120; Anfang: 30. Oktbr. 11. Sonnabends: Professor Dr. Reizen: „Reinigung, Erzeugung und Verwendung der Wärme“. Physische Vorträge mit Experimenten im Theateraal der alten Urania, N, Invalidenstr. 67/62. Ausführliche Programme sowie Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für jeden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, Cigarrenhandlung, W, Leipzigerstr. 136; Mendant A. Schüg, O,

Solamarktstr. 60: Chr. Tischendefter, C. Sophienstr. 20; F. E. Seherer, Buchhandlung, W. Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, Buchhandlung, SW. Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen, SW. Dönhofsstr. 14 (8 bis 3 Uhr). Eintrittskarten zum Kurkurs 1 (Waldeyer) sind noch in beschränkter Zahl zu haben.

Die deutsche Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde nimmt am Freitag, den 9. Oktober, ihre gewohnte Tätigkeit wieder auf. Herr Professor Gustav Amberg wird an diesem Tage, abends 8 Uhr, in dem Hörsaal der alten „Urania“, Invalidenstr. 57-62, einen Experimentalvortrag halten über „Licht und Farbe“. Am darauffolgenden Sonntag findet unter Leitung des Herrn Prof. Hennings vom kgl. botanischen Museum eine Exkursion nach Zintenkrug statt zum Studium der heimischen Pilzflora.

Theater. Die Premiere des Dramas „San Marcos Tochter“, von A. Ritter, das die Direktion des Schiller-Theaters zur Erstaufführung in Berlin erworben hat, findet Mittwoch, den 14. d. M., im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) statt. Eintrittskarten für diese Vorstellung sind von heute an an der Kasse beider Schiller-Theater zu haben. — Central-Theater. Freitag, den 9. Oktober, gelangt als 4. Abonnements-Vorstellung „Der Kellermeister“. Operette in drei Akten von Karl Heller, welche im vergangenen Sommer im Keinen königlichen Operntheater mit großem Erfolge gegeben wurde, zur Aufführung.

Ein Straßenbrand verursachte Mittwochnachmittag eine Alarmierung der Feuerwehr nach der Lindenstraße. Vor dem Hause Nr. 105 war man damit beschäftigt, Spirituskübel von einem Wagen zu laden. Hierbei war nun der Boden eines Fasss herausgeplatzt, so daß sich der Spiritus auf den Fahrdamm ergoß. Ein vorübergehender Mann warf achtlos ein noch glühendes Streichholz, mit dem er sich eine Zigarre angezündet hatte, in die gefährliche Flüssigkeit, die dadurch sofort in Flammen ausbrach. Diese konnten von der Wehr durch Aufwerfen von nassem Sand zwar in wenigen Minuten erstickt werden, doch hatte dieses Schauspiel eine große Menschenansammlung zur Folge.

Hus den Nachbarorten.

Zwei auffehrenderende Raubfälle, von denen der eine überaus traurige Folgen hatte, sind gestern in Spandau ausgeführt worden. Der Schmiedelehrling Nolte wurde nach Eintritt der Dunkelheit auf offener Straße von drei Männern, die aus einem Neubau auf ihn stürzten, zu Boden geschlagen und seiner Burschenschaft im Betrage von 8 M. beraubt. Die Täter entkamen. Als Nolte den Vorfall seinen Eltern mitteilte, wurde seine Mutter vom Herzschlag getroffen und starb auf der Stelle. Fast zur selben Zeit wurde die Arbeiterfrau Schmidt, die von einem Ausgang heimkehrte, von drei Männern im Hausflur überfallen und ihrer Handtasche sowie ihres Portemonnaies beraubt. Einer der Attentäter wurde verhaftet; es ist ein mehrfach vorbestrafter Gärtner Waldemar Altman aus Berlin; seine Komplizen sind noch unbekannt.

Die Gemeinde Reinickendorf hat mit Erfolg gegen die Stadt Berlin Klage geführt. Berlin versorgt Reinickendorfs Straßenbeleuchtung. Nach dem seiner Zeit vereinbarten Vertrage war es zweifelhaft ob Berlin, sofern es den Gaspreis für Beleuchtungszwecke ermäßigt, was durch die Schaffung des Einheitspreises vor längerer Zeit bekanntlich geschah, auch an Reinickendorf das Gas für den billigeren Preis abgeben muß. Der Magistrat verneinte eine entsprechende Anfrage und Reinickendorf erhob gegen Berlin Klage. Gestern ist nun dem Reinickendorfer Gemeindevorstand ein obliegenden Urteil zugestellt worden, nach welchem Berlin verurteilt ist, an Reinickendorf 1 Pf. billiger als bisher Gas zu liefern. — Der Pankower Gemeindevorstand hat sich nun dieses Erkenntnis erbeden, um ebenfalls gegen Berlin vorzugehen. Auch die Pankower Straßenbeleuchtung wird von Berlin besorgt und zwar zu dem alten seiner Zeit auch in Berlin bestandenen Gaspreise.

Rudorf. Eine empfindliche Strafe verhängte das hiesige Schöffengericht gegen zwei Damen der Halbwelt, die verheiratete Anna Schirrmann und die unberebelichte Agnes Bauermeister. Beide Dämchen hatten sich wegen Erregung öffentlichen Argernisses zu verantworten. Die Sch. wurde zu 9 Monaten, die B. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Ein außerordentlich hartes Urteil fällte das Schöffengericht gegen mehrere durchaus anständige und unbescholtene Arbeiter, welche sich in der Erregung einer unbefonnenen Handlung schuldig gemacht hatten. Auf einem Neubau wurde eines Sonntags den Arbeitern mitgeteilt, daß der Bauherr kein Geld zum Bezahlen der Löhne aufstreifen könne, was natürlich die Bauarbeiter in große Aufregung versetzte. Als schließlich der Maurerpolier mit einer Summe Geldes kam, verabredeten sich einige Maurer, sich ihres Lohnes gewaltsam bemächtigen zu wollen. Dem Maurer Wilhelm Prehm gelang es auch, sich einen Hundertmarkschein wegzunehmen, welchen er dem Kolonnenführer Hermann Vachler übergab, damit derselbe das Geld unter die Mitarbeiter verteile. Dies geschah auch. Die Folge war, daß Prehm wegen Diebstahls, Vachler und zwei andre Maurer wegen Beihilfe zur Anklage gebracht wurden. Unter der Motivierung, „daß derartige Ausschreitungen leicht zu Mord und Totschlag führen könnten“, wurden Vachler und Prehm zu je einem Monat Gefängnis, die übrigen beiden Angeklagten zu 1 bzw. 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

In Prenzlau ist der Getreidehändler M. Geft flüchtig geworden. Er wird von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und betrügerischen Bankrotts verfolgt. Das Konkursverfahren gegen die Firma ist bereits eröffnet. Schwer betroffen ist eine große Zahl von Gutbesitzern und Landwirten, einzelne sind vollständig ruiniert; auch mehrere Bankfirmen sind in Mitleidenschaft gezogen.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Osten). In der Wahlvereinsversammlung, die am Dienstag in der Frankfurterstraße 117 stattfand, teilte der Vorsitzende Bader zunächst mit, daß seit der vorigen Versammlung 82 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen worden sind. Sodann gab Genosse Bader den Bericht von der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. Die rein sachlich gehaltenen Ausführungen, die vom Genossen Döhring in einzelnen Punkten ergänzt wurden, hatten keine Diskussion zur Folge. Der Vorsitzende machte sodann auf die am Sonntag, Montag und Dienstag ausliegenden Urwählerlisten zur Landtagswahl aufmerksam und wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig ist, die Listen, die vielleicht mehr Mängel aufweisen werden als die zur Reichstagswahl, genau zu prüfen. Von den Genossen Schneider und Kott wurde hierzu ausgeführt, daß selbstverständlich diejenigen, die bereits den Protestzettel gegen das etwaige Fehlen ihres Namens ausgefüllt haben, nicht selbst die Listen einsehen sollen, da das für sie der Bezirksleiter oder Vertrauensmann besorgt und eine doppelte Einsichtnahme ja nur den Beamten unnötige Arbeit machen würde. Wer jenen Zettel nicht ausgefüllt hat, muß nun auf jeden Fall selbst für die Einsichtnahme sorgen. — Infolge einer Anfrage des Genossen Döhring entspann sich sodann eine längere Debatte über die von der Lokalkommission verfügte Aufhebung der Sperre von Scheruchs Festfällen, früher Leo-Höfvis. Genosse Zimmermann führte hierzu aus, daß Herr Scheruch den vorschristsmäßigen Instanzenweg eingeschlagen habe, um seine Säle frei zu machen, die Bedingungen anerkannt habe, die die Lokalkommission zu stellen pflegt, und daß somit der Beschluß der Lokalkommission, den auch die Vertrauensmännerkörperschaft gutgeheißen hat, zu Recht erfolgt ist, trotz des Protestes des vierten Kreises. Genosse Bühner erklärte, daß der vierte Wahlkreis sich in keiner Weise mit der Aufhebung der Sperre zufrieden geben könne. Die Sprengung der Zollwunderprotektion-Versammlung, wo Genosse Adolph Hoffmann sprechen sollte, hätte eine gewaltige Enttäuschung im Kreise hervorgerufen und seitdem sei ein Mafel auf dem Birt haften geblieben. Nun werde freilich gesagt,

das Verhältnis des Birtes zum Besitzer sei ein andres geworden. Im Juni sei der alte Birtvertragsvertrag abgelaufen, Scheruch zahle zum 3000 Mark Paht mehr im Jahre und löse dafür seinen Saal ungehindert den Socialdemokraten hergeben. Aber niemand bürge dafür, daß, wenn wieder einmal ein den Centralisten heifel erscheinendes Thema verhandelt werde, nicht wiederum die Kabaubrüder zur Sprengung der Versammlung kommandiert würden. Die Genossen vom vierten Kreis müßten protestieren gegen jenen Beschluß der Lokalkommission. Es wären Säle genug frei, so daß man jenes Lokal ganz gut entbehren könne. Genosse Paul Schneider führte aus, daß er die Entrüftung der Genossen über die Vorkommnisse bei Scheruch vollkommen teile und mitfühle. Nachdem aber die Lokalkommission und die Vertrauensleute auf Grund der Anerkennung der Bedingungen die Aufhebung der Sperre beschlossen haben, sei es demokratische Pflicht, sich dem zu fügen. Genosse Litfin wies darauf hin, daß die Vertrauenspersonen im vierten Kreis (Osten) seiner Zeit einstimmig beschlossen haben, Herrn Scheruch wissen zu lassen, daß, wenn er wolle, daß die Sperre aufgehoben werde, er nach einem Jahr wieder vorfragen könne. Dieses Jahr sei erst im August nächsten Jahres abgelaufen. Eine Verlegung demokratischen Brauchs sei es, daß die Lokalkommission diesen Beschluß mißachtete. Dieser Beschluß bestehe noch. Der Redner beantragte demgemäß, daß die Sperre über Scheruchs Festfälle für die Genossen des vierten Kreises (Osten) aufrechterhalten bleiben soll. Nachdem sich noch mehrere Redner im selben Sinne geäußert hatten, wurde der Antrag Litfins einstimmig angenommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Gesellschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr. Heute abend 8^{1/2} Uhr: General-Versammlung im Saale VIII. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Eingegangene Druckschriften.

Das **Gewerbegericht**, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Dr. Rastrom (Privatdocent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Reich (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 1 des 9. Jahrgangs außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Verordnungsgerichten (Mannheim, Solingen, Konstanz, Tetslin, Breslau, Duisburg), andern deutschen Gerichten (Amtsgericht Wühldorf i. Bayern) u. a.: Der Verbandstag, von Stadtrat Dr. A. Reich und Privatdocent Dr. A. Rastrom. — Verfassung und Verträge: Bestellung eines Vizepräsidenten im Gewerbegerichts-Verband. — Recht des Arbeitsvertrags: Rechtsgültigkeit der Bestätigung zum Austritt aus der Genossenschaft. Von Dr. A. Hille. Lehrvertrag zwischen Vater und Sohn. — Allgemeines: Verein der Gewerbrichter Ostprelens. — Verbandsangelegenheiten: Nachlaß des Finanzrats Amend. Beilage: Versammlungsbericht über den Verbandstag.

Der Bericht über den **Verbandstag deutscher Gewerbegerichte**, der am 11. und 12. September in Dresden stattfand, ist in der Archivverwaltung des Verbandes fertiggestellt und durch den Druck veröffentlicht worden. Er wird der Nr. 1 des neuen Jahrgangs des „Gewerbegericht“ beigelegt und außerdem in Sonderabdrucken in den Buchhandel gegeben (Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die Verhandlungen betreffen: die Verhältniswahl in der Praxis, den Gelegenheitsbesuch Kaufmannsgerichte, die Fortschritte der Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag, praktische Erfahrungen über den Sälenversuch im Gewerbegerichts-Verfahren u. a. m.

Der **jugendliche Arbeiter** (Redaktion: Wien, XIII, Jöhsbauerstraße 2). Von dieser Zeitschrift der arbeitenden Jugend Ostprelens ist soeben die Oktobernummer, 12 Seiten stark, erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Leitartikel: Junge Geburtstage. — Lehrlingsbewegung: Ein Brief zum Geburtstag. Die Lehrlingsorganisation. — Feuilleton: Aus meinem Leben. Von Emil Volke. — Lehrlingschutz: Die Beschäftigung der Jugendlichen und das Lehrlingswesen in Preußen. — Belegblätter: Der große deutsche Bauernkrieg. Von Leber u. Höfer. — Die Gewerbelehrlingsreform. Der Gelegenheitsbesuch im Landtage. — Biographien: Ferdinand Lassalle. (Portrait.) Von Leopold Binarok. — Gedichte: Was und aus droht. Von Joseph Schiller. Der Fabeljunge. Von A. Hill. — Artikel: Hoch die Solidarität! Ein Rückblick über die Geschichte der Stenographie. Von V. A. Groß. — Aus Zeitungen und Büchern. Bericht der Gewerbelehrlings-Kommission in Wien. — Ernstes und Heiteres: Boshafte Gedanken eines „Jugendlichen“ etc. etc. — Aus den Vereinen etc. — Jahresabonnement 1,20 Mk. (Auch in Briefmarken.) Probe-Exemplare gratis!

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132/135 (Verband-Abteilung). — Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55

Extra-Preise

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
soweit der Vorrat reicht!

Porzellan

Teller weiss 10, tief 15 u. 18 Pf.
Dessertteller weiss 8 Pf.
Kompottteller weiss 5 Pf.
Terrinen weiss 1.15 Mk.
Kartoffelschüsseln weiss 65 Pf.

Salatiären weiss 12, 28, 38 Pf.
Sauciären weiss 40 Pf.
Bratenschüsseln oval 15 bis 45, rund 35 Pf.
Tassen weiss 10, dünn Porzellan, 25 u. 30 Pf.
Kaffeesevice für 2 Pers. 1.25, 2.40, für 6 Pers. 2.20
Kabarets bunt 90 Pf., 1.35, 1.80 Mk.
Satztöpfe 6 Stück 1.15 u. 1.80, 4 Stück 48 Pf.

Tafelservices fein, französ. Fabrikat 78 Teile für 12 Person. 82.50

Meissener Porzellan

Speiseteller flach 48, tief 53 Pf.
Kompottteller 30 Pf.
Terrinen 5.35, 6.35, 7.50 Mk.
Kartoffelschüsseln 1.35 bis 3.45 Mk.
Sauciären 1.50 bis 2 Mk.
Bratenschüsseln 72 Pf. bis 4.90 Mk.

Kaffeekannen 1.05 bis 2.40 Mk.
Teekannen 1 Mk. bis 1.65 Mk.
Zuckerboxen 53 bis 1.15 Mk.
Milchtöpfe 40 bis 1.25 Mk.
Tassen 55 bis 90 Pf.
Fruchtschalen 1.90 bis 6.30 Mk.
Tafelaufsätze 6.50 bis 10.25 Mk.

Emaile-Geschirre

Wassereimer 28 cm grau 70, hell 80, mar. 85 Pf.
Wannen oval 6 Größen 1.10 bis 2.80
Kasserollen ohne Ring 6 Gröss. 22 bis 55 Pf.
Kasserollen mit Ring 3 Gröss. 50 bis 65 Pf.
Fleischtöpfe 5 Größen 32 bis 60 Pf.
Gaskochertöpfe 6 Größen 50 Pf. b. 1.40
Wasserkessel für Gas 3 Größen 80 Pf. b. 1.50
Maschinentöpfe 13 Größen 13 bis 60 Pf.
Kaffeekannen 5 Größen 35 bis 90 Pf.

Teekannen 8 Größen 60 Pf. b. 1 Mk.
Teekannen dekoriert 3 Größen 1 Mk. bis 1.40
Kaffeebretter 4 Größen 40 bis 70 Pf.
Tassen m. Untertasse 2 Größen 25 u. 30 Pf.
Tassen m. Untertasse dekoriert 55 Pf.
Teller weiss 3 Größen 16 bis 20 Pf.
Teller dekoriert 2 Größen 25 u. 30 Pf.
Essnapfe weiss 3 Größen 15 bis 55 Pf.
Leuchter 15 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Graue Haarbese 3 Gr. 80 bis 1.25
Graue Handfeger 3 Gr. 38 bis 55 Pf.
Schrubber 8 Sort. 20 bis 30 Pf.
Teppichbese 2 Sort. 1.05 und 1.25
Teppichhandfeger 6 Sort. 35 bis 85 Pf.
Teppichkehrmaschinen 6.75 bis 12.50
Möbelbürsten 2 Sort. 45 und 60 Pf.
Handwaschbürsten 5 und 8 Pf.
Stahlpähne à Pack 17 Pf.
Bohnerwachs à Büchse 50 Pf.
Ascheimer 4 Größen 40 bis 90 Pf.
Ascheimer stark 3 Gr. 1.10 bis 1.40
Kohlenkasten 3 Gr. 1.20 bis 1.60
Kohlenkasten fein lackiert 2.50 und 3.25
Ofenschirme fein lackiert 4.25 und 6.50
Schirmständer 3 Preislag. 2 Mk. bis 4.25
Gaskocher 2 Brenner 6.75 bis 10.50

Gasplätten 2 Stück mit Erhitzer 6 Mk.
Fleischmühlen 2 Gr. 3.25 und 5 Mk.
Reibemaschinen 1.10 Mk.
Asbestkochplatten 13 Pf.
Küchenbeile 65 Pf.
Leuchter lackiert 40 u. 50 Pf.
Plättbretter bezogen 2.25 und 3.40
Waschbretter 45 u. 60 Pf.
Klammern 10 u. 18 Pf.
Gemüsetonnen-Etagere 2.50
Putzschränke 2.60 Mk.
Fussbänke 85 Pf.
Vorratsdosen 12 u. 25 Pf.
Frühstücksdosen 15 Pf.
Kaffeebretter 4 Größen 1.20 bis 2 Mk.
Kaffeebretter mit Steinguteinlage 2.60 Mk.
Servierbretter 2 bis 3 Mk.

Küchenschüsseln tief. 10 Gr. 32 Pf. b. 1 Mk.
Küchenschüsseln flach. 14 Gr. 18 bis 1.20
Teigschüsseln m. Griffen, 3 Gr. 1.10 bis 1.35
Schüsseln dekoriert 3 Größen 75 u. 85 Pf.
Schüsseln mit Napf 2 Größen 35 u. 40 Pf.
Schüsseln zur Waschgarnitur 1.50 Mk.
Krüge zur Waschgarnitur 1.50 Mk.
Eimer dekoriert, mit Deckel 2 Mk. u. 2.25 Mk.
Eimer ohne Fuss 2 Größen 80 Pf. u. 1 Mk.

Schaumlöffel 12 Pf.
Schöpfelöffel 15 Pf.
Konsole mit Mass 3 Größen 40 u. 75 Pf.
Topsiebe 3 Größen 45 u. 60 Pf.
Trinkbecher 15 Pf.
Brotkörbe 2 Größen 35 u. 40 Pf.
Kaffeetrichter 2 Größen 28 u. 30 Pf.
Tassensiebe 16 Pf.
Brot Dosen lackiert u. emailliert 1.80, ganz emailliert 2.20

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

2. Ziehung 4. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 7. Oktober 1900, vormittags.
Für die Gewinne über 1000 M. und von dreifachen Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

110 556 993 961 1073 354 730 01 801 2145 224
090 423 788 1400 85 14000 825 88 954 05 83 1339 276
342 541 310 74 746 17 60 73 902 4123 29 237 792
854 5130 355 579 815 97 992 6053 1400 284 336 407
897 7086 01 227 88 4 377 508 696 743 901 8023 166
309 22 660 621 28 06 12 738 832 83 928 9066 211 85
411 15017 79
11017 392 [400] 428 49 60 [400] 79 537 [400] 654
68 11217 38 44 82 968 82 490 645 746 12099 206 80
342 407 52 88 503 99 902 13011 203 692 815 62
14046 667 646 71 83 736 [400] 36 06 15030 197 301
684 631 748 64 813 16023 74 217 304 42 17075 [400]
148 276 496 540 52 836 785 953 18181 276 [500] 305 75
666 714 19032 144 266 100 852 [400] 980
20057 499 [500] 878 724 807 949 21214 455 721
926 07 22079 132 282 397 415 570 23363 133 259 338
80 623 811 24 [400] 515 691 873 933 25037 419 [500]
820 26027 93 387 417 355 54 529 63 951 27962 633 81
834 28133 95 380 419 90 702 640 29158 291 996 64
30025 83 [500] 256 408 [400] 303 71 600 814 922
31430 88 [400] 625 33 42 [400] 708 77 853 [400] 827
[400] 292 364 46 541 689 33130 61 [3000] 203 413
619 80 905 9 340 12 14 100 27 342 44 519 40 638 913
31518 238 318 443 42 88 919 70 30131 90 385 523 91
642 770 44 825 906 37199 357 885 786 841 43 927 84
38463 73 609 789 39236 654 [500] 50 931 86
40045 130 437 12 693 41085 170 213 379 703
42148 38 218 20 468 83 [3000] 729 78 823 43057
183 234 458 594 788 814 38 993 [400] 44110 29 219
942 776 815 45204 82 381 889 673 [5000] 729 78
390 46902 104 747 80 [400] 47227 [5000] 73 84 501
[4000] 68 788 98 849 48434 62 668 790 49189 524
816 80 976
50305 303 36 411 501 86 661 51340 605 732 975
52007 66 194 209 19 349 698 979 53048 247 304 644
54024 219 368 708 96 827 55497 698 741 82 936
54132 430 430 [400] 420 96 863 57156 19 297 437
58927 152 301 [400] 85 604 832 [500] 49 918 59099
133 314 980 602 816 813
60083 691 848 690 61317 688 731 59 92118
207 13 18 35 399 461 629 639 794 575 919 [500] 63091
711 550 64062 64 110 401 82 65022 246 763 30 881
967 66188 585 96 790 833 98 67683 836 68015 473
560 693 887 69425 37 78 305 609 82 [500]
70629 718 998 71209 90 83 842 99 72010
82 80 104 91 234 72 24 779 73157 581 618 783 698
74092 408 578 629 75070 221 94 520 195 964 69
76117 270 337 94 514 43 621 706 94 77072 142 [500]
44 206 316 443 605 894 78196 304 518 708 29 37 805 954
60 79135
80347 99 459 [5000] 629 46 90 306 8 [15 000]
86 81056 15 88 [500] 208 51 625 60 82096 93 123
[400] 97 281 43 67 114 16 847 920 93011 90 275 343
55 536 84002 106 417 653 910 85011 33 249 [500]
458 537 727 36 824 80681 145 [400] 248 60 334 54 516
59 94 617 72 84 87280 82 378 417 88 882 736 940 88500
[400] 176 401 2 19 18 [500] 924 89040 64 206 442 68
689
90005 280 310 413 29 91229 441 593 607 740 879
979 92989 317 636 34 805 941 11 78 93252 323 407
41 526 616 94111 281 [400] 99 331 76 473 572 4001
874 96303 965 94 058 190 314 584 793 940 5001 32
97217 74 443 612 779 96 572 [500] 980 98007 57 116
270 439 45 709 715 43 853 45 99083 [500] 100 174 84
682 708
100046 943 612 101466 513 54 670 722 102178
82 233 85 204 765 08 80 977 103359 471 643 795 830
100409 [5000] 176 242 319 41 557 21 790 937 105186
[400] 479 619 92 770 95 902 31 106306 451 77 848
940 107154 443 58 90 29 601 878 906 80 108500
741 819 109398 [400] 735 [500] 879
110262 477 381 [400] 78 1400 775 841 111977
266 [400] 72 [400] 577 112186 292 140 000 [400] 431
35 880 928 71 882 77 113020 184 236 50 258 35 860

[500] 888 91 114087 683 763 115136 214 317 623
931 116296 985 117017 72 112 336 437 502 615 784
118046 235 84 98 748 970 119210 38 306 800 [400]
120033 150 395 434 502 741 655 60 64 121117
56 269 319 412 572 756 813 983 122110 35 292 354 69
444 730 903 122002 146 279 389 432 [1000] 64 822
124073 326 428 533 529 125127 279 601 605 16 711
126298 398 513 26 87 783 60 [400] 827 [400] 127402
28 141 544 82 615 734 804 128000 808 588 679 790 873
73 129310 71 93 490 10 817 633 65 845 890
130082 357 35 59 570 601 78 836 973 82 131111
93 211 388 487 606 727 132024 92 63 82 [1000] 143 338
514 734 808 901 83 133041 80 520 426 506 616 819 95
134075 [400] 294 553 405 648 715 80 913 135029 39
96 123 [400] 85 222 35 383 947 136096 394 488 672
75 811 [400] 137070 80 384 501 819 930 54 138083
103 28 394 77 139011 153 94 717 581 732 812 17
140246 398 400 38 74 92 771 882 93 14001 916
[1000] 32 141215 90 222 37 [400] 621 25 814 942
142039 105 221 403 725 874 143179 279 80 584 948
144282 512 854 93 611 145197 247 479 717 49 78
146143 [3000] 75 216 34 722 76 806 969 [400] 147133
219 308 463 550 720 877 374 148055 186 333 47 00 01
577 [3000] 943 149050 30 71 604 62 [400] 93 795 [500]
830 983
150124 [400] 553 589 958 151311 [400] 408 56
152122 201 61 310 710 802 21 153919 333 426 44
60 684 895 913 154085 226 74 94 553 735 884 989
155032 270 473 543 738 89 870 92 928 [400] 156404
74 607 71 157210 422 48 82 883 934 [500] 158516
694 897 980 400 159022 149 338 498 619 892
160095 3 29 390 477 679 759 161078 [400]
724 61 698 162017 284 326 34 90 472 77 691 858
919 63 163261 337 60 674 75 702 72 808 95 929
164047 147 172180 361 724 78 165033 69 379
166532 151 167900 846 168048 302 418 71 573
99 678 [500] 868 169147 62 262 870
170098 695 96 201 837 59 788 171062 442 68 533
54 668 902 6 172307 [400] 483 501 5 802 840 [400]
526 173065 228 77 308 88 51 [500] 781 909 65
174055 100 64 442 90 515 706 547 175102 32 69
490 734 923 176205 315 35 996 699 60 819 [3000] 40 49
935 177283 441 65 610 [400] 719 [500] 834 [400] 77
178412 16 321 70 758 179043 121 246 90 97 337
69 511 637 732
180047 [400] 143 246 354 406 734 181315 31
463 642 29 818 59 77 182099 453 604 7 69 78 741
861 910 98 183114 458 532 640 [400] 48 83 906 [400]
184129 71 300 458 679 865 909 185163 242 70 465
99 325 608 72 874 837 186015 330 528 621 48 736
840 187100 15 00 94 328 444 63 76 553 687 4021
188026 95 251 804 37 636 751 818 902 189133
216 320 70 [400] 801 [800] 54 700 36 41 69 1 92 857 86
190144 65 390 477 667 96 882 191035 307 18
84 810 95 192074 151 309 551 692 [500] 193780
418 538 88 829 194254 398 400 [400] 695 809 [500]
195690 21 775 858 196349 901 197222 54 449
579 858 198008 104 229 67 402 649 904 199040
71 240 519 41 989
200056 327 474 81 80 776 830 958 98 201040
45 265 577 596 803 202286 301 22 432 695 203064
357 427 758 21 907 58 204000 317 437 56 529 863
206190 297 785 45 62 65 [400] 206117 [3000] 333
61 63 464 784 879 207099 70 273 463 [50 000]
209270 423 655 878
210105 260 60 539 [1000] 63 [3000] 84 642 80
704 36 520 211463 566 699 212158 494 65 829
212 948 213723 308 37 908 39 722 99 840 67 929
214307 225 662 644 709 [400] 874 74 91 215105
60 [400] 37 406 82 965 236 784 216000 458
820 90 318 4 85 [500] 217319 84 808 67 069 75 802
81 218683 774 50 364 219048 167 [400] 718 97
872 792 841 7
220101 365 418 46 659 783 221022 254 309
[400] 550 222349 764 514 223008 814 67 913 57
1 zu 13 700 200, 2 zu 50 000 200, 3 zu 1000 200, 3 zu 3000
200, 6 zu 1000 200, 36 zu 200 500, 54 zu 400 200.

2. Ziehung 4. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 7. Oktober 1900, nachmittags.
Für die Gewinne über 1000 M. und von dreifachen Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

104 [400] 297 306 533 779 1011 43 63 179 [400]
381 472 573 878 2042 86 94 106 481 547 903 3368
59 495 842 47 60 4043 97 108 407 618 814 928 5046
[500] 213 348 609 35 3 821 988 74 6188 235 40 41
403 515 603 718 78 969 7041 229 421 857 711 63 [400]
918 79 8021 35 112 41 46 065 791 957 9252 310 428
804 19 754 62
10028 113 68 356 642 89 783 812 900 7 48 68
11183 429 574 639 890 967 12038 148 202 5 81 365
400 78 700 884 940 13254 445 519 74 905 18 14200
472 944 734 35 35 571 975 15011 398 506 895 16113
233 [500] 597 756 882 17043 136 200 265 18025 33
206 91 517 662 759 948 67 19169 257 389 815 905
20011 92 285 385 603 [500] 863 70 21086 194
364 445 643 80 817 22033 162 200 47 524 601 59 703
93 980 [400] 23183 257 410 [3000] 40 762 24223
27 39 462 86 508 600 25044 256 88 485 93 596 860
26023 229 77 446 544 694 715 92 886 27428 674 809
94 126 52103 [400] 18 83 331 811 82 23261 489 529
69 734 988
30104 7 294 309 65 31020 [500] 90 130 261 591
811 32306 26 14001 403 354 76 884 33091 373 89
446 88 828 54225 826 [400] 69 979 35151 76 224 874
629 85 898 987 42 34216 80 [500] 373 437 74 522 31
869 837 37426 94 58 921 36843 224 40 83 338 458
[400] 775 801 4 966 59183 98 223 67 514 97 741
40080 148 620 70 435 48 63 68 82 839 41207 677
841 363 42075 778 98 251 100 596 [400] 43182 96
402 82 628 674 794 966 [500] 44309 87 378 [400]
409 551 628 987 42524 423 789 46196 242 482 616
852 47219 [400] 397 48030 37 40 417 24 72 675 897
943 49066 188 232 80 379 [3000] 710 93 827 908
50008 418 55 547 401 51063 164 442 862 52018
34 119 389 [500] 402 41 963 677 302 [400] 977 53227
320 613 890 993 54200 51 82 305 400 799 922 29 82
[500] 55032 274 398 788 519 696 56033 320 474
79 81 639 55 70 730 66 979 57146 377 [400] 402 569
600 [500] 83 723 81 809 15 939 75 85 58318 [400] 406
[500] 12 87 738 59306 400 94 023 72 81 679 936
40 [400]
60483 61116 323 465 579 754 62038 66 120 23
256 598 792 901 63008 98 294 312 589 610 50 786 83
64842 44 833 65137 482 687 66015 250 67 689
135 411 36 82 83 822 917 86 68165 73 [400] 389 522
682 801 961 69203 319 408 22 515 819 92
70148 529 32 821 55 71011 56 311 836 989
72030 511 238 [500] 457 66 590 997 73048 94 230 347
440 74008 73 82 177 44 76 356 [400] 419 539 689
738 75128 243 496 645 754 76090 400 [400] 500 75
844 974 77 599 255 644 754 78134 209 303 96 601 46
845 79107 674
80024 181 208 27 349 96 409 46 612 [400] 702
918 [400] 81029 383 456 77 84 647 873 901 82149 230
61 67 218 852 965 83023 222 329 434 678 90 827 928
84082 97 418 523 91 [500] 795 65 989 85083 82 222
[400] 320 82 709 839 86040 108 507 612 870 87049
[400] 182 219 30 [1000] 53 262 438 577 903 33 68 88035
106 216 318 81 968 621 46 73 89037 130 605 57 756
804 913
91351 58 589 69 743 89 92288 414 683 710 64
923 91350 507 065 28 94208 [500] 71 533 95052
366 700 400 65 99 699 222 30 82 946 55 96013 77
519 [400] 37 632 85 719 987 97173 96 285 381 579
[400] 811 98072 643 99353 407 676 603 693
100157 67 796 [10107 834 58 81 639 915 62
102138 72 746 414 726 916 109313 63 134 282 418 817
34 104388 [400] 53 577 634 839 990 105051 88
539 627 838 928 106148 54 222 34 410 72 598 770
967 107048 62 93 119 373 99 410 617 630 64 832
108074 75 243 841 780 875 109024 236 311 75 435
74 81 785 857
110309 404 502 680 [500] 111034 347 [1000] 497

2. Ziehung 4. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 7. Oktober 1900, nachmittags.
Für die Gewinne über 1000 M. und von dreifachen Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

[400] 826 633 [5000] 631 112025 174 253 474 522
782 941 113234 378 641 906 114122 235 186 489 693
61 821 115138 325 64 116065 280 79 859 797 819
117006 [500] 23 95 191 304 6 79 692 770 816 888
118004 17 155 814 488 603 [400] 6 719 875 119144
207 614 63 796 813
120029 583 603 13 882 70 924 121023 166
[10 000] 217 821 29 122017 83 292 302 [400] 59
474 674 834 123084 225 43 364 619 904 31 44 807
124070 111 23 94 323 42 [400] 481 83 614 913 125053
567 126292 428 586 690 712 127034 [500] 66 118
33 410 707 10 845 48 988 128311 528 [400] 702 6 118
861 990 129099 108 621 175 000 [500]
130017 226 476 545 97 617 899 861 131077 355
167 78 [400] 80 132132 316 440 698 794 37 69 888
133168 90 289 372 83 456 602 852 54 134526 721
820 42 135515 577 614 754 976 136219 33 86 458
607 74 137011 30 76 131 87 298 762 978 138513 39
48 721 91 813 994 139150 515 734 48 902 96
140059 273 637 728 141033 339 603 67 72 832
907 76 142172 202 316 448 15001 781 [400] 654
143042 116 [400] 26 83 216 19 807 567 562 616 [400]
74 724 26 841 85 144012 186 366 87 97 900 13 898
914 145105 202 657 749 80 554 146368 [400]
808 147909 103 78 226 69 689 82 148008 370 408
7 12 836 606 795 808 915 47 149006 54 60 229 300 527
31 632 872
150124 [400] 131 36 93 339 699 [400] 771 803
151179 709 845 69 152962 355 553 893 90 918
153354 200 300 547 630 75 561 85 154555 143 272
485 536 690 736 914 19 [400] 155030 72 122 387
[500] 822 156147 85 217 565 717 979 167113 352
620 73 829 901 158592 695 767 885 925 159209 339
99 491 829 881 839 83 6